

**D**ass Lateinamerika ein Kontinent ist, in dem sich die Bewegungen – in welche Richtung auch immer – teilweise überlappen und auch überkreuzen, ist nichts Neues. Trotzdem ließen sich in der jüngsten Vergangenheit in den einzelnen Ländern immer wieder Kräfte ausmachen, die in der Region als solcher die Hegemonie nachhaltig bestimmten. So war es in der Kolonialzeit etwa die katholische Kirche, die den Kontinent im Dienste der ausländischen Machthaber vor sich hertrieb, und ab Ende des 19. Jahrhunderts die Liberalen, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von den Neoliberalen US-amerikanischer Prägung abgelöst wurden.

In diesem Heft gingen wir der Frage nach, welche Kräfte heute in der Auseinandersetzung um die regionale Hegemo-

nie beteiligt sind, und stießen dabei auf das Phänomen der Evangelikalen Kirchen, die sich zeitgleich mit und in ihrer großen Mehrzahl auch gegen die sozialreformerischen Kräfte entwickelt haben. In Brasili-

## EDITORIAL

en, Chile, Kolumbien, Honduras, Nicaragua, etc. waren und sind sie maßgeblich am *backlash* dieser Dekade gegen linke und linksliberale Kräfte beteiligt.

So hat ihr Einfluss sicher dazu beigetragen, dass in Guatemala mit Alejandro Giammattei der dritte Rechtsextreme in Folge zum Präsidenten gewählt worden ist. Im Gegensatz dazu lassen die kurz bevorstehenden Wahlen in Bolivien, Argentinien und Uruguay Erfolge der progressiven Kandidaten erwarten.

Ein besonderes Augenmerk wird auf Mexiko gelegt, dessen Regierung – ebenfalls gegenläufig zu vielen anderen Ländern der Region – einen zwar recht kontroversiell diskutierten, aber mit viel Elan vorangetriebenen Demokratisierungsprozess eingeleitet hat. Allerdings gilt gerade hier der Spruch: „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“ Das zeigt sich vor allem in der Art und Weise wie Donald Trump seinen „privat“ anmutenden Feldzug gegen die MigrantInnen aus Zentralamerika führt, aber auch in seinen immer heftigeren Drohgebärden gegenüber Venezuela. Berichte über die jüngsten Entwicklungen in Ecuador und Peru folgen im nächsten Heft.

*Leo Gabriel*

## INHALT

### THEMA: EVANGELIKALE KIRCHEN: KONTERREVOLUTION DES GLAUBENS?

Evangelikale – ein neuer Machtfaktor in Lateinamerika . . . 4  
Von Jürgen Kreuzroither

Der Vormarsch der Evangelikalen . . . . . 6  
Von Ralf Leonhard

Vom Tod zum Teufel . . . . . 8  
Von Leo Gabriel

Brasiliens Evangelikale und „Bruder“ Bolsonaro . . . . . 9  
Von Jürgen Kreuzroither

Wege der chilenischen Pfingstbewegung . . . . . 11  
Von Miguel Ángel Mansilla und Luis Orellana Urtubia

Freikirchen in Österreich: „Wacht auf und schaut gut hin!“ . . . . . 13

### AKTUELLES & ANALYSE

Mexiko: Umbruch in Politik, Wirtschaft und Migration“ . 14  
Von Leo Gabriel

Guatemala: Dinosaurier kapern die Macht . . . . . 16  
Von Vaclav Masek

„Ortegas Nicaragua war ein Unternehmerparadies“  
Interview mit Bischof Rolando Álvarez . . . . . 18  
Von Ralf Leonhard

Bewusstseinsspaltung in Nicaragua . . . . . 19  
Von Leo Gabriel

Transgender-Frauen im (Männer-)Gefängnis:  
die Hölle aus Erden . . . . . 21  
Von Keyling T. Romero

Honduras: Ein Präsident in tiefen Schwierigkeiten . . . . . 22  
Von Johannes Schwäbl

Brasilien, Bolivien, ...: Die Hintergründe der  
Brände in Lateinamerika . . . . . 24  
Von Laurence Blair

Brasilien: Kavaliersdelikt Amtsmissbrauch . . . . . 26  
Von Jürgen Kreuzroither

Rios Hafen zwischen den Zeiten . . . . . 27  
Von Clemens van Loven

Argentinien: Nach der Wahl ist vor der Wahl . . . . . 30  
Von Laurin Blecha

Bolivien: Ein Prozess des Wandels mit Widersprüchen . . 32  
Von Robert Lessmann

Kurznachrichten . . . . . 34

Buchbesprechungen: . . . . . 37

Biennale 2019: Lateinamerika mit Licht und Blässe . . . 39  
Von Robert Lessmann



# EVANGELIKALE – EIN NEUER MACHTFAKTOR IN LATEINAMERIKA

Einst katholischer Kontinent par excellence, nimmt auch in Lateinamerika die Vielfalt religiöser Bekenntnisse zu. Dabei sticht vor allem die starke Expansion der evangelikalen Gemeinden ins Auge. Wiewohl eine inzwischen jahrzehntealte Entwicklung, sind sie erst in den letzten Jahren als politischer Machtfaktor verstärkt in die Öffentlichkeit getreten. Als solcher geben sie professionellen Politik-Erklärern Rätsel auf. Für die Linke haben sie sich zu einer ungeahnten Herausforderung entwickelt.

Von Jürgen Kreuzroither

**G**esamtgesellschaftliche Umbrüche der letzten Jahrzehnte bilden das Fundament für das rasche Wachstum der evangelikalen Kirchen: die starke Urbanisierung Lateinamerikas, der demographische Übergang, die Globalisierung und die massenmediale Durchdringung. Sämtliche Phänomene haben den Zugang zu neuen Ideen und Glaubensrichtungen erleichtert und die evangelikalen Einrichtungen haben sich in all diesen Aspekten anpassungsfähiger gezeigt als die katholische Konfession. Dabei lassen sich historisch verschiedene evangelische Etappen in Lateinamerika unterscheiden.

## Drei große evangelische Strömungen

Der historische Protestantismus gewann ab dem 19. Jahrhundert eine bescheidene Präsenz, die auf migrantische Zirkel begrenzt blieb. Ausschlaggebend für die geringe demographische Verbreitung war einerseits die wenig missionarische Ausrichtung von Lutheranern, Methodisten oder Calvinisten und andererseits die damals noch enge Bindung der jungen lateinamerikanischen Nationen an die katholische Kirche. Allerdings erlangten die genannten evangelischen Kirchen vielfach einen überproportionalen gesellschaftlichen Einfluss, entwickelten ein starkes soziales Engagement, waren an der Etablierung des politischen Liberalismus auf dem Subkontinent beteiligt und wurden zu wichtigen Verteidigern des Menschenrechtskonzeptes.

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts bemühten sich evangelikale Gruppen aus den USA, in der südlichen Hälfte des Doppelkontinents Fuß zu fassen. Im Unterschied zu den historischen protestantischen Kirchen betonten sie die missionarische Tätigkeit und nahmen dabei eine zutiefst

konservative Haltung ein. Letztere äußerte sich zum Beispiel in der Zurückweisung sowohl der modernen Wissenschaft als auch des religiösen Pluralismus. Diese restriktive Einstellung wandelte sich verschiedentlich mit der zunehmenden Ersetzung US-amerikanischen Personals durch einheimische Kräfte, sodass einige Gruppen zum sozialen Engagement von Lutheranern & Co. aufschlossen. Der Großteil transformierte sich allerdings im Zuge des Aufkommens der dritten evangelisch/evangelikalen Strömung: der Pfingstkirchen.

Das gemeinsame Merkmal der Pfingstkirchen: Sie behaupten die Gegenwart der Gaben des Heiligen Geistes. Mit anderen Worten: Pfingstler sind überzeugt, dass der Heilige Geist heute Werke verrichtet, wie sie schon im Neuen Testament überliefert sind, und so manifestiert er sich in Personen, die plötzlich fremde Sprachen sprechen, Prophezeiungen machen, Krankheiten heilen oder einfach Erfolg im Alltagsleben haben. Diese Zentrierung auf den Heiligen Geist dient institutionell auch der Abgrenzung von den evangelischen Kirchen.

Interessant ist, dass die Pfingstler der „Wiederverzauberung der Welt“ das Wort reden, während die klassischen protestantischen Kirchen nach Max Weber zu deren Entzauberung beigetragen hatten.

## Die Pfingstkirchen

Die Verbreitung der Pfingstkirchen während der letzten 100 Jahre ist ein globales Phänomen. Neben den Amerikas wuchs die Anhängerschaft namentlich in Ost- und Südostasien sowie in Subsahara-Afrika kontinuierlich. Auf allen Kontinenten gelang es dabei, flexibel an lokale Glaubenssysteme anzudocken.

In Lateinamerika waren ab den 1940er Jahren zwei Tendenzen für die Entwicklung der Pfingstbewegung prägend:

Erstmals sorgten die Pastoren für eine Anpassung an die Kulturen der jeweiligen Gemeinden. Insbesondere wurde die Wunderheilung in den Mittelpunkt des Glaubens gerückt, während zuvor die Sakralisierung des Alltags, die Verteufelung der Sünde im Zentrum stand.

Gleichzeitig wurde die von den USA ausgehende Missionstätigkeit intensiviert, was teilweise auf den Sieg der Revolution in China zurückzuführen war, wodurch mehr Kräfte für Lateinamerika zur Verfügung standen.

Ende der 1960er Jahre kam es in Lateinamerika zur Entwicklung eines Phänomens, das die Religionswissenschaftler als *Neopentecostalismo* bezeichneten. Charakteristisch für diesen sind die „Theologie der Prosperität“ und die Doktrin des „spirituellen Kampfes“. Dabei wurde die „Theologie der Prosperität“ ganz bewusst als Kontrapunkt zur Theologie der Befreiung eingesetzt – so nach dem Motto: „Wenn Gott heilen kann, kann er uns auch zum Wohlstand verhelfen“. Andererseits macht die Gegenwart Gottes aber auch das Böse im Menschen sichtbar, das um jeden Preis bekämpft werden müsse.

Bezeichnend für das „Neupfingstler-tum“ ist auch der verstärkte Einsatz von Massenkommunikationsmitteln, der wiederum zur Errichtung von so genannten „Megakirchen“ geführt hat. Das sind riesige Gebäude, in denen sich hunderte Menschen versammeln, um miteinander – teilweise sehr lautstark – zu kommunizieren und ihre Geschäfte abzuwickeln.

Trotzdem fallen diese „Megakirchen“ im Vergleich zu den vielen kleineren Kirchen, die sich in den so genannten *Asambleas de Dios* zusammengeschlossen haben, weniger ins Gewicht. Laut dem statistischen Zentralamt gehören in ganz Brasilien etwa 1,9 Millionen Menschen den Megakirchen an, während die *Asamblea de Dios* zwölf Millionen Gläubige vereinigt.

Das Wachstum der Evangelikalen ist vor allem auf ihre bessere Organisation und die Beherrschung von Massenkommunikationsmitteln und sozialen Medien zurückzuführen. In jedem neuen Armuts-



Gläubige in einer Messe des costaricanischen evangelikalen Predigers Rony Chaves

Wert heute auf unter 70 Prozent gesunken. Im Vergleich dazu hat sich die Zahl der Gläubigen bei den Evangelikalen im selben Zeitraum mit 20 Prozent verfünffacht. Auch die Zahl der Bekenntnislosen steigt stetig, jedoch wesentlich langsamer.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der sprunghafte Anstieg der evangelikalen Kirchen in ganz Lateinamerika zu einer Umwälzung nicht nur der Glaubensinhalte, sondern auch der politischen Landschaften geführt hat. Der damit verbundene Manichäismus ist nachhaltig daran beteiligt, dass Wahlentscheidungen nicht mehr aus dem Kopf (aufgrund von ideologischen Konzepten), sondern aus dem Bauch heraus (aufgrund der momentan vorherrschenden, moralisch geprägten Befindlichkeiten) gefällt werden – eine Situation, die letztendlich auch dem Wiederaufkeimen des Nationalismus in Europa nicht unähnlich ist. ■

Foto: <https://www.facebook.com/ApostoloRonyChaves/>

viertel, in dem die Katholiken die Errichtung einer Kirche planen, finden sie bereits mehrere evangelikale Religionsgemeinschaften vor.

Daraus ergibt sich für ganz Lateinamerika eine bemerkenswerte Entwicklung: Während bis 1970 noch 90 Prozent der Gläubigen katholisch waren, ist dieser

stehens zahlreiche Bezeichnungen hervorbrachte und gleichzeitig innerhalb der traditionellen Kirchen und Freikirchen eine bedeutende Wirksamkeit entfaltete. Für alle Richtungen der Pfingstbewegung hat das Werk des Heiligen Geistes eine zentrale Bedeutung bei Lehre und Glaubenspraxis. In den meisten theologischen Fragen steht die Pfingstbewegung in der Tradition des Evangelikalismus. Die heutige Pfingstbewegung geht auf den Anfang des 20. Jahrhunderts zurück, die von ihr beeinflusste charismatische Bewegung auf den Anfang der 1960er Jahre.

## KLEINES LEXIKON

Der **Evangelikalismus** ist eine theologische Richtung innerhalb des Protestantismus, die auf den deutschen Pietismus, den englischen Methodismus und die Erweckungsbewegung des 18. Jahrhunderts zurückgeht. Evangelikale machen eine persönliche Beziehung zu Jesus Christus zur Grundlage ihres Christentums. Zentral ist ebenso die Berufung auf die (teilweise als irrtumsfrei angesehene) Autorität der Bibel. Entsprechend erfolgt die Abgrenzung von liberaler Theologie und Säkularismus. Evangelikale Christen können verschiedenen protestantischen Konfessionen angehören, sich aber auch keiner speziellen Gruppierung zugehörig fühlen.

Der **Pietismus** (von lateinisch *pietas*; „Gottesfurcht“, „Frömmigkeit“) ist nach der Reformation die wichtigste Reformbewegung im kontinentaleuropäischen Protestantismus. Theologisch versteht sich der Pietismus als eine Besinnung auf zentrale Anliegen der Reformation. So findet sich einerseits in der pietistischen Bewegung ein moderner, „frühaufklärerischer“ Zug, da sie der Persönlichkeit des Einzelnen, zu dessen frommer Pflicht die Selbstbeobachtung gehören sollte, einen hohen Stellenwert gibt. Andererseits ist der

Pietismus im Laufe seiner Entwicklung in weiten Teilen eine konservative Bewegung geworden.

**Methodistische Kirchen** beruhen auf der Theologie und Kirchenverfassung von John Wesley (England, 18. Jhd.). Das Hauptgewicht liegt nicht auf Meinungen und Lehren, sondern auf Gesinnung und Lebensführung. Letztere waren auch der Hauptgrund für die Entstehung dieser protestantischen Abspaltung und nicht etwa theologische Konflikte.

**Erweckungsbewegungen** gehen davon aus, dass lebendiges Christentum mit der Antwort des Menschen auf den „Ruf des Evangeliums“ zu Umkehr und geistlicher Erneuerung beginnt. Erweckung meint dabei ein einschneidendes subjektives Erlebnis, das zu einer radikalen Kehrtwende im Leben und zur völligen Hingabe an Gott führen kann. Der Ausdruck Erweckungsbewegungen lässt sich auch als Überbegriff für verschiedene Erneuerungs- und Abspaltungstendenzen seit der protestantischen Reformation fassen (Reformationszeit: Täufer, Hugenotten; 17. Jhd.: Puritaner, Pietismus, Quäker; 18. Jhd.: Methodisten; 19. Jhd.: Baptisten, Methodisten, Neupietismus; 20. Jhd.: Evangelikale, Pfingstbewegung, charismatische Bewegung).

Die **Pfingstbewegung** ist eine weltweite christliche Bewegung, die im Laufe ihres Be-

Die **charismatische Bewegung** ist eine christliche, konfessionsübergreifende geistige Strömung. Sie beansprucht die besonderen Gnadengaben („Charisma“) bzw. Gaben des Heiligen Geistes hervorzuheben, die nach christlichem Verständnis von Gott verliehen werden. Die Bewegung selbst kam in den 1960er Jahren auf, als eine innerkirchliche Bewegung insbesondere in vielen Freikirchen und auch in anglikanischen, lutherischen sowie in der römisch-katholischen Kirche. Der Begriff wird auch synonym für Pfingstbewegung gebraucht.

**Quellen:** jeweils Wikipedia; alle Zugriffe im September 2019

## DER VORMARSCH DER EVANGELIKALEN

Nirgendwo sonst in Lateinamerika breitet sich der Protestantismus so rasch aus wie in Zentralamerika.

Von Ralf Leonhard

Das größte Gebäude, das in Managua in den vergangenen Jahren errichtet wurde, gleicht eher einer Tennishalle als einem Gotteshaus. Der Tempel der „Gemeinschaft der Familienerneuerung Hosanna“ (*Comunidad de Renovación Familiar Hosanna*) liegt an der Pista Jean Paul Genie, einer Gegend am südlichen Rand der Hauptstadt, dort wo die Reichen wohnen. Die 2500 Plätze füllen sich jeden Sonntag dreimal. Zusätzlich wird der *culto* im Fernsehen übertragen. David V. Spencer, der Gründer der Kirche, wurde 2018, wenige Monate vor seinem Krebstod, eingebürgert und von Daniel Ortega mit dem Orden für kulturelle Unabhängigkeit Rubén Darío ausgezeichnet. Die fundamentalistische Kirche, Sekte würden manche sagen, hat noch eine etwas kleinere Filiale im Nordosten der Stadt, die sich immerhin zweimal am Sonntag füllt, und ein Dutzend weitere im Landesinneren.

In Guatemala-Stadt wurde 2007 der bis dahin größte evangelikale Tempel Zentralamerikas eröffnet. 12.000 Gläubige fasst er. In der honduranischen Wirtschaftsmetropole San Pedro Sula steht ein Bau von den Dimensionen eines Hangars des *Ministerio Internacional La Cosecha Honduras*, der gar 30.000 Menschen Platz bietet. Für den jährlichen „Kreuzzug der Erlösung und der Wunder“ mietet Pastor Misael Argeñal aber das Fußballstadion an. Die von ihm in den 1990er Jahren gegründete Pfingstkirche unterhält in Honduras 71 Tempel und weitere 15 in anderen Ländern. Sie verfügt über 15 Radiosender und einen Fernsehkanal, um ihre Wahrheit unter das Volk zu bringen.

Der Protestantismus ist in ganz Lateinamerika auf dem Vormarsch, nirgendwo aber so schnell, wie in Zentralamerika. Unter den evangelischen Glaubensgemeinschaften sind es vor allem die Pfingstkirchen, die sich in atemberaubender Geschwindigkeit verbreiten. Wenn der Trend anhält, dann wird demnächst Honduras das erste hispanoamerikanische Land mit pro-

testantischer Mehrheit sein. Das renommierte chilenische Sozialforschungsinstitut *Latinobarómetro* hat für das Jahr 2017 einen Anteil von 39 Prozent Protestanten in Honduras (gegenüber 37 Prozent Katholiken) ergeben. In Guatemala sollen sich 41 Prozent zu einer der protestantischen oder evangelikalen Kirchen bekennen, in Nicaragua 32 Prozent und in El Salvador immerhin 28 Prozent. In Südamerika führt Brasilien die Liste der protestantischen Hochburgen mit vergleichsweise bescheidenen 27 Prozent an.



Der „Apostel“ Rony Chaves auf einer evangelikalen Konferenz im Mai 2019 in San José

In Nicaragua bekennen sich 73 Prozent der Protestanten zu einer der 860 Pfingstkirchen. In den anderen Ländern verhält es sich ähnlich. Die sogenannten historischen Kirchen wie Lutheraner und Methodisten, Presbyterianer und Calvinisten, spielen eine untergeordnete Rolle. Eine Sonderstellung nimmt die Mährische Kirche an der britisch kolonisierten Atlantikküste ein. Die hussitische Missionskirche ist seit dem 18. Jahrhundert vor allem unter den Indigenen stark verankert. Experten unterscheiden zwischen Evangelikalen (Baptisten, Nazarener, *Misión Centroamericana*),

traditionellen Pfingstkirchen, wie die *Asamblea de Dios*, und Neopfingstkirchen. Letztere finden vor allem in der städtischen oberen Mittel- und der Oberschicht Anklang, während sich die Pfingstkirchen an die untersten Schichten wenden.

Die Ausbreitung der Pfingstkirchen ist ein Phänomen, das in den 1970er Jahren begann und sich seit den konfliktreichen 1980er Jahren beschleunigt. Es sind fundamentalistische Glaubensgemeinschaften, die die Bibel beim Wort nehmen und konservativste Werte vermitteln. So wird die untergeordnete Stellung der Frau mit der Genesis und den Paulusbriefen begründet. Den Gläubigen wird nicht nur der Genuss von Alkohol und Tabak untersagt. Sie dürfen sich auch nicht modisch kleiden oder Tanzveranstaltungen besuchen. Für Musik und rhythmische Bewegung wird während der meist mehrere Stunden langen Gottesdienste gesorgt.

Die Sozialforscherin Paola Bolognesi hat für die nicaraguanische Zeitschrift *Envío* eine umfassende Studie verfasst, für die sie auch an einem Bekehrungsseminar teilgenommen hat. Dort konnte sie beobachten, wie der Pastor alle möglichen Tricks anwendet, um die Menschen in einen ekstatischen Ausnahmezustand zu versetzen und ihnen den Eindruck zu vermitteln, der Heilige Geist sei in sie gefahren. Zuerst werden ihre Schuldgefühle verstärkt: Eine vergewaltigte Frau macht sich der Unzucht schuldig, eine vom Ehemann verlassene Frau hat die Scheidung mitzuverantworten. Über öffentliches Bekennen der eigenen Verfehlungen und Reue wird dann die Befreiung vermittelt.

Besonders erfolgreich sind die Missionierungskampagnen unter der ärmeren und wenig gebildeten Bevölkerung. Die massiven Migrationsströme vom Land in die Elendsgürtel der Großstädte begünstigen das Wachstum der Evangelikalen. Denn die entwurzelten Menschen suchen Halt und Orientierung, die ihnen von den straff organisierten Kirchen angeboten werden. Die Pastoren und Prediger, die meist selbst über keine höhere Bildung, auch nicht über theologische Ausbildung, verfügen, aber ihre Botschaften in einfachen Bildern zu vermitteln verstehen, werden zu verehrten Vaterfiguren. Wer zu

einer der Pfingstkirchen übergetreten ist, macht seinen oder ihren Glauben auch in der Öffentlichkeit sichtbar: Man trägt die Bibel unter dem Arm, hört den ganzen Tag religiöse Sender, streut in die Alltagssprache Bibelzitate oder Gottesanrufungen ein und gibt seinen Kindern seltsame alttestamentarische Namen.

## Eintrittskarte Erdbeben

In Guatemala bot das große Erdbeben vom Februar 1976 eine Eintrittskarte für evangelikale Kirchen aus den USA, die mit Hilfsgütern ins Land kamen. Vorher war der neue Protestantismus vor allem auf den Bananenplantagen der US-amerikanischen *United Fruit Company* im Departement Escuintla zu Hause. Der bewaffnete Konflikt bereitete den Boden für weiteres Wachstum. Denn katholische Priester, von denen viele der Befreiungstheologie anhängen, galten als subversiv. Wer katholisch war, stand im Verdacht, mit den linken Rebellen zu sympathisieren. Mehr als 300 indianische Dörfer hat die Armee deswegen mit grausamen Massakern ganz oder teilweise ausgelöscht. Die unpolitischen evangelikalen Kirchen, die die Legitimität der Herrschenden nicht in Frage stellen, boten dagegen einen gewissen Schutz. Deswegen konnten sich damals gerade in den indigenen Gemeinden viele Pfingstkirchen festsetzen.

General Efraín Ríos Montt, der sich am 23. März 1982 an die Macht putschte, gehörte der kalifornischen Neopfungstkirche *El Verbo* an und zog mit dem Furor eines Predigers gegen die rebellischen Dörfer zu Felde. Ríos Montt holte evangelikale Prediger ins Land, um die ungehorsame Bevölkerung zu bekehren. Mit Jorge Serrano Elías kam 1991 über freie Wahlen ein Neopfungstler an die Macht. Allerdings dürfte das protestantische Stimmverhalten eine untergeordnete Rolle gespielt haben.

Mehrere Autoren weisen auf die positiven Auswirkungen der evangelikalen Wende hin: Der Alkoholkonsum, der gerade bei den unteren Bevölkerungsschichten ein gravierendes soziales Problem ist,

wird ebenso zurückgedrängt wie die physische Gewalt in der Familie und im öffentlichen Raum. Besonders die Frauen wissen es zu schätzen, wenn ihre Männer nicht mehr fremdgehen und einen größeren Teil ihres Lohns zu Hause abliefern. Frauen sind daher im Allgemeinen im Protestantismus stärker präsent und treten, wie der deutsche Theologe Heinrich Schäfer bemerkt, „als Vorkämpferinnen einer religiösen Rationalisierung familiärer Ökonomie auf“. Die Ersparnis muss allerdings an die Kirche weitergegeben werden. Der klassische Zehent erlebt eine Wiedergeburt, da den Gläubigen zehn Prozent ihres Einkommens abverlangt werden. Dazu kommen die Auslagen für Missionierung, die von den Einzelnen selbst getragen werden müssen. Die Verbreitung des Glaubens durch Hausbesuche und Werbung im eigenen Wohngebiet ist ein Teil der Pflichten, die die Bekehrten auf sich nehmen. Die meisten, so hat die Forscherin Paola Bolognesi herausgefunden, finden es auch nicht anstößig, dass fast ihr ganzer Zehent in die Privatschatulle des Pastors fließt.

möglich. Die Ausnahme bildet die grundsätzliche Abkehr von Gewalt und Verbrechen im Zuge der Bekehrung zum protestantischen Glauben. Die Glaubensbrüder sorgen dafür, dass das neu gewonnene Mitglied nicht rückfällig wird und den ehemaligen Kameraden durch eigene Drogen- oder Erpressungsgeschäfte Konkurrenz macht. Ein Beitritt zu einer der Kirchen kann sogar die Gefängnistore vorzeitig öffnen. Deswegen sind die Pfingstkirchen in der Gefängnismission besonders erfolgreich.

Unbestritten ist, dass das Fortschreiten des evangelikalen Protestantismus die Gemeinschaften spaltet. Selbst in kleinen Gemeinden Guatemalas stehen fünf oder mehr Tempel verschiedener Denominationen, die alle die Verkündung der einzigen Wahrheit für sich beanspruchen. Da die meisten aus diesem Wahrheitsanspruch und dem Auftrag zur Missionierung die Zusammenarbeit mit anderen Kirchen ablehnen, wird die ökumenische Bewegung geschwächt. Sozialer Zusammenhalt wird nur mehr innerhalb der eigenen engen Kir-



Foto: Santiago Billy

Protest von Maya-Autoritäten in Guatemala Stadt: Untergräbt der Evangelismus den Widerstand?

Eine zunehmend wichtige Rolle spielen Pfingstkirchen bei der Rehabilitation von Bandenmitgliedern. Wer in einer *mara*, einer Jugendbande, aktiv ist, verpflichtet sich, bis zum Tod dabei zu bleiben. Ein friedlicher Ausstieg ist kaum

chengemeinschaft gepflegt, nicht mehr in der Gesellschaft insgesamt. ■

Dieser Beitrag ist weitgehend aus dem 2016 erschienenen Buch *Zentralamerika. Porträt einer Region* des Autors übernommen

# VOM TOD ZUM TEUFEL

Die Evangelikalen in der geopolitischen Wende Lateinamerikas

Dass der in vielen Ländern verzeichnete Rechtsruck mit der sprunghaften Ausweitung der evangelikalen Kirchen und Netzwerke zusammenfällt, kommt nicht von ungefähr. Denn diese ist zu einem beträchtlichen Teil die Folge einer tiefsitzenden Auseinandersetzung zwischen der katholischen und evangelischen Hierarchie einerseits und den jeweiligen innerkirchlichen Demokratisierungsbewegungen andererseits.

Von Leo Gabriel



Guatemalas Präsident Jimmy Morales pflegt enge Kontakte zu Evangelikalen

Bereits in der Zeit des Kalten Krieges der 1970er Jahre war ein sprunghaftes Ansteigen von meist US-amerikanischen Wanderpredigern zu verzeichnen, welche in Allianz mit den in ganz Lateinamerika noch vorherrschenden Militärdiktaturen gegen die von der Befreiungstheologie unterstützten Volksbewegungen auftraten. Während etwa in Kolumbien die lateinamerikanische Bischofskonferenz CELAM in Medellín 1968 eine neue Epoche innerhalb der katholischen Kirche einleitete, bemühten sich die bewusst spirituell und teilweise auch spiritistisch gehaltenen Bibelübersetzungen der sogenannten *escuelas de verano* (Sommerschulen) dagegen zu halten. Zunächst schien es, als würden diese beiden antagonistischen Phänomene während der Pontifikate von Paul VI. und Johannes Paul II. unter Kontrolle gehalten werden.

Doch bald stellte sich heraus, dass die Geschichte stärker war als die kirchlichen Institutionen der mehrheitlich katholischen und der minderheitlichen, sogenannten historischen evangelischen Kirchen (Lutheraner, Anglikaner, Calvinisten, Presbyterianer, Baptisten, etc.). Die katholische Hierarchie war dabei nur teilweise erfolgreich, in Ländern wie Kolumbien, Chile, Bolivien, Paraguay und Venezuela, während sich die Demokratisierungsbewegungen innerhalb der katholischen Kirche in Guatemala, El Salvador, Nicaragua und vor allem in Brasilien nach und nach durchsetzten.

## Die lange Nacht des Vergessens

Unter dem Pontifikat von Johannes Paul II. und seinem Chefideologen Josef Ratzinger (dem späteren Papst Benedikt XVI.) zog der Vatikan die Notbremse: Er entzog namhaften Theologen wie Gustavo Gutiérrez, Leonardo Boff, Ernesto Cardinal etc. die Lehrbefugnis, reduzierte die Machtbefugnisse von fortschrittlichen

Bischöfen wie Kardinal Evaristo Arns von São Paulo und ernannte vor allem Bischöfe, welche ein besonderes Naheverhältnis zum rechtsradikalen *Opus Dei* unterhielten. Was der Vatikan dabei nicht bedachte, war der Umstand, dass die durch Militäroffensiven und Wirtschaftskrisen oft buchstäblich ausgehungerten Bevölkerungsmehrheiten gar nicht auf die katholische Kirche angewiesen waren, sondern bei den neu entstandenen evangelikalen Kirchen, die oft als Sekten bezeichnet wurden, Zuflucht fanden.

Dabei ist zu bemerken, dass diese neuen Glaubensgemeinschaften einerseits dem mehr oder minder bewussten Verlangen entsprachen, der in eine extreme Krise geratenen sozialen Wirklichkeit zu entfliehen, andererseits aber auch ein stark hierarchisch orientiertes Glaubensverständnis reflektierten. Sie waren sozusagen der Gegenpol zu der an der sozio-ökonomischen Realität orientierten Befreiungstheologie, die sich gegen die dogmatische Ausrichtung der Kirchenhierarchien stellte.

In dieser Situation hing es oft von Zufällen und dem jeweiligen politischen Umfeld der Gemeinden ab, ob sich die Gläubigen für die eine oder andere Variante entschieden. Natürlich waren die Aktivistinnen und Aktivisten der sozialen Bewegungen eher geneigt, sich den befreiungstheologischen Ansätzen verschiedener Kongregationen wie den Jesuiten, Dominikanern oder den sich rasch ausbreitenden Basisgemeinden anzuschließen. Aber besonders auf dem Land und in den marginalen Stadtvierteln machte sich ein Vakuum bemerkbar, das durch die historischen Kirchen und ihre Hierarchien nicht mehr gefüllt werden konnte. Und da die meisten der unteren Gesellschaftsschichten (mit Ausnahme der Indigenen) keinerlei Erfahrung mit partizipativen demokratischen Strukturen hatten, gingen sie den evangelikalen Pastoren auf den Leim.

Dabei ist festzustellen, dass auch viele der Evangelikalen in den 1990er und 2000er Jahren einen Entwicklungsprozess durchgemacht haben, der sie in ein Naheverhältnis zu den sozial ausgerichteten Basisgemeinden führte. Insofern ist die Erbschaft der US-amerikanischen Wanderprediger durchgewachsen, was erklärt, warum sich in den meisten Ländern die Evangelikalen eher der politischen Rechten (z.B. Brasilien), aber in anderen Ländern (z.B. Mexiko) der Linken angeschlossen haben.

## Prekäre Entwicklungen

Der Kampf der Parteien um die Stimmen der Evangelikalen ist durchaus offen; unter anderem auch deshalb, weil sich die politische Landschaft Lateinamerikas seit den Zeiten des Kalten Krieges grundlegend verändert hat. Ein Beispiel: In Nicaragua ist die Regierung des Präsidentenpaares Daniel Ortega und Rosario Murillo außenpolitisch zwar nach wie vor der antiimperialistischen Linken zuzurechnen. Was jedoch die auf ihre Allianzen mit dem Großunternehmertum zurückzuführende Wirtschaftspolitik betrifft, gehören sie eher dem rechten Flügel des politischen Spektrums an. Bei einem jüngst geführten Gespräch mit dem Schreiber dieser Zeilen wies Daniel Ortega voll Stolz darauf hin, dass ein evangelikaler Pastor eine der Festreden am 19. Juli, dem 40. Jahrestag der sandinistischen Revolution, gehalten hatte, und zwar niemand geringerer als der offiziell registrierte Pastor des Weißen Hauses in Washington.

In Guatemala hingegen hat sich Präsident Jimmy Morales, ein getaufter Katho-

lik, derart oft bei Veranstaltungen der Evangelikalen gezeigt, dass viele seiner Anhänger meinten, er wäre aus- und übergetreten. Oder: In Brasilien gibt es eine kaum abzuschätzende Zahl an Gläubigen, die sich für die linksliberale Umweltschützerin Marina da Silva entschieden haben, obwohl die überwältigende Mehrheit dem rechtsextremen Jair Bolsonaro die Stange gehalten hat.

Es sind aber nicht immer die klassischen politischen Themen wie Wirtschaft, Umwelt, Migration, Armutsbekämpfung etc., die den Ausschlag für die politischen Entscheidungen der Evangelikalen geben, sondern die an der Person orientierten Wertvorstellungen. Ihr Kampf gegen die Homosexualität und gegen die Abtreibung (Selbstbestimmungsrecht der Frauen) spielt dabei eine große Rolle. Aber auch die „Theologie der Prosperität“, welche den Gläubigen die Hoffnung auf Reichtum im Diesseits geben soll, ist für die Evangelikalen von großer Bedeutung (siehe Beitrag auf Seite 4).

In diesem Zusammenhang sind vor allem die Post-Pentekostalen zu erwähnen, eine Strömung, die auf nahezu ideale Weise die Werte des Neoliberalismus mit denen des Christentums verbindet. Die Subjekte dieser Strömung sind nämlich nicht Volksgemeinschaften, sondern die Individuen, die sich in einem Austauschverhältnis untereinander und sogar mit dem lieben Gott befinden. *Do ut des* (Ich gebe Dir, damit Du mir gibst) ist deren Devise. Die Megakirchen ähneln deshalb eher einem Jahrmarkt als einem Gotteshaus im klassischen Sinn, wobei die gottähnlichen Prediger in den Massenkommunikationsmitteln, über die diese Großkirchen inzwischen verfügen, eine große Rolle spielen.

Dabei findet auch eine manchmal recht oberflächlich vorgenommene Trennung zwischen „Gut“ und „Böse“, also die Unterteilung der Menschheit in „Engel“ und „Teufel“, bei den meisten Mitgliedern der evangelikalen Kirchen großen Widerhall, der u.a. auch in den äußerst emotional gehaltenen Gesängen zum Ausdruck kommt. Dieser Manichäismus macht es andererseits auch populistisch agierenden PolitikerInnen jedwedem Couleurs leicht, diese Art von Religiosität zu instrumentalisieren.

In einem Satz: Die in der Krise aufgetauchten evangelikalen Religionsgemeinschaften spiegeln die hierarchisch gegliederte Welt der traditionellen politischen Parteien wider und sind häufig daran schuld, dass Demokratisierungsprozesse scheitern. ■

## BRASILIENS EVANGELIKALE UND „BRUDER“ BOLSONARO

Jair Bolsonaro, langjähriger Hinterbänkler im brasilianischen Kongress, war ein Unbekannter für die meisten Angehörigen evangelikaler Gemeinden, als er sich im Mai 2016 am Jordanfluss in Palästina einer „Erneuerungstaufe“ unterzog. Das änderte sich mit diesem Akt, denn das dokumentierende Video wurde zum einschlägigen Hit im Internet. Wiewohl er katholisch blieb, wurde Bolsonaro fortan als „Bruder“ angesehen. Geholfen haben dürfte der Predigtstil des rhetorisch nur mäßig begabten jetzigen Präsidenten Brasiliens sowie der Umstand, dass seine dritte Frau und die drei Söhne evangelikalen Kirchen angehören

Von Jürgen Kreuzroither



Neben den Militärs machten die Evangelikalen Bolsonaro zum Präsidenten

**B**olsonaro ist nicht der erste Politiker, der das evangelikale Wählerpotenzial erkannt hat. Schon Dilma Rousseff sah sich 2010 im Vorfeld der Stichwahl um das Präsidentenamt veranlasst, einen offenen Brief an die evangelikalen Gemeinden zu richten, in dem sie unter anderem zusicherte, keine Liberalisierung des Abtreibungsrechts anzustreben. Zuvor hatte Marina Silva, ehemalige Umweltministerin unter Lula und evangelikale Pastorin, als Dritte im präsidentiellen Rennen ein Achtungsergebnis erzielt.

Hintergrund ist ein Wandel der religiösen Landschaft, dessen Geschwindigkeit in einem Land dieser Größenordnung wohl einmalig sein dürfte. Das brasilianische Statistikamt IBGE hat mittels eines alle zehn Jahre durchgeführten Zensus festgestellt, dass in der Periode 1990–2010 der Anteil der katholischen Konfession pro Jahr um ein Prozent zurückging, jener der

Evangelikalen hingegen um 0,7% stieg. Der nächste Zensus erfolgt 2020, weshalb die Entwicklung bis dahin nur mittels Umfragen zu verfolgen ist. Diese deuten auf einen beschleunigten Trend hin. Danach könnte der katholische Bevölkerungsanteil schon 2022 unter die 50%-Marke sinken.

Die konfessionelle Einteilung der Wahlberechtigten bei den Bundes- und Präsidentschaftswahlen 2018 lautete wie folgt: 56% Katholiken, 30% Evangelische/Evangelikale, 7% Konfessionslose, 1% Anhänger afrobrasilianischer Kulte, etc. Während die „katholischen“ Stimmen bei der Stichwahl zwischen Bolsonaro und PT-Kandidat Haddad mit leichten Vorteilen für ersteren gesplittet wurden, hatte Haddad bei den Konfessionslosen und Gläubigen afrobrasilianischer Kulte die Nase vorn. Entscheidend waren die „evangelikalen“ Stimmen, die zu 70% an Bolsonaro gingen.

⇒ von Seite 9: BRASILIEN

Bolsonaros Strategie eines rabiat-moralistischen Feldzugs unter direkter Adressierung evangelikaler Kernanliegen (nein zur Abtreibung, zu Rechten für Homosexuelle und der „Gender-Ideologie“ in den Schulen) ging also auf. Die Pastoren hatten insgesamt weniger Skrupel, eine Wahlempfehlung auszusprechen, als ihre katholischen Pendanten und sie konnten von einer größeren Befolgung durch die Gläubigen ausgehen. Bolsonaro gelang es damit übrigens auch, das einzige wachsende katholische Segment, die Charismatiker, mehrheitlich von sich zu überzeugen.

*Dios, IURD*) dar. Mit etwa zwei Millionen Mitgliedern ist sie straffer organisiert und öffentlichkeitswirksamer. Das liegt einerseits an den auffälligen tempelartigen Großkirchen, die in den letzten Jahren errichtet wurden, andererseits am einflussreichen Mediennetzwerk, das ihr Gründer Edir Macedo geschaffen hat. Grundlage für dieses Imperium bildet die verpflichtende zehnpromzentige Einkommensabgabe aller Angehörigen.

Der Milliardär Macedo, dem immer wieder Steuervergehen und kapitalere Verbrechen nachgesagt werden, agiert heute mehr als polit-religiöser Unternehmer. Seine Gunst gewinnt das jeweils erfolgversprechende politische Lager. Das war

Ein letztes Detail, das die Existenz eines evangelikalen Wählerblocks zumindest relativiert: Fast die Hälfte der 87 evangelikalen Vertreter im alten Kongress (Unterhaus des Bundes) wurden nicht wiedergewählt. Auch diese Abgeordneten sehen sich also einem kritischen Votum gegenüber.

### Der evangelikale Faktor

Der evangelikale Einfluss ist also ein gegebenener – und wachsender – Faktor in der brasilianischen Politik. Dabei lag den Pastoren das politische Geschäft lange fern. Den Wendepunkt markierte das Ende der Militärdiktatur in den 1980er Jahren. Man erkannte die Bedeutung der verfassungsgebenden Versammlung und brachte sich erstmals mit Kandidaten und Vorschlägen ein.

Seither ist das Engagement in den politischen Foren stetig gestiegen. Evangelikale Vertreter stellen heute ein Fünftel aller 513 Abgeordneten im Kongress. Sie sind in einer parteiübergreifenden Gruppe (*Bancada evangelica*) lose organisiert. Ihre Anliegen kreisen um die „Verteidigung der religiösen Freiheiten“, den „Schutz der Familie“ und die „Verteidigung christlicher Werte“. In der Praxis geht es um die Verhinderung „skandalöser Gesetze“, wie Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbruch oder des Eherechts für Homosexuelle. Weniger an die große Glocke

gehängt werden hingegen Lobbyaktivitäten zugunsten evangelikaler Wirtschaftsunternehmen (siehe IURD).

Der Wahlsieg Bolsonaro basiert auf der konzentrierten Anstrengung von zumindest drei Gruppen: den Militärs, der neoliberalen Elite und den Evangelikalen. Das Zusammenwirken dieser drei Machtpole in der Regierung erfolgt nicht spannungsfrei. Während sich nationalistische Militärs und Neoliberale in Sachen Wirtschaftspolitik (Privatisierungen) vielfach nicht grün sind, können beide Gruppen oft nichts mit der sozialkonservativen Agenda der Evangelikalen anfangen. Das chaotische Bild der Regierung unter ihrem nicht gerade führungsstarken Präsidenten spricht Bände. Dessen ungeachtet braucht die Linke als Voraussetzung für ein Wiedererstarken eine Strategie, die das evangelikale Wählerpotenzial mit einschließt. ■



Anfang Oktober 2018 wurde auch vor der Wiener Oper gegen Bolsonaros Wahl demonstriert

### Einheitlicher Wählerblock?

Von einem einheitlichen evangelikalen Wählerblock zu sprechen, wäre dennoch falsch. Dazu sind Ausrichtung und Struktur der einzelnen Kirchen zu unterschiedlich. So ist gerade die „Versammlung Gottes“ (*Assembléia de Deus*), mit 12,3 Millionen Mitgliedern die zahlenmäßig größte Gruppe der Evangelikalen, vergleichsweise dezentral organisiert. Sie erzielt in den marginalisierten Gegenden die größten Missionierungserfolge. Das bedeutet aber auch, dass die Linke mit ihren klassischen Themen diese Wählergruppe (wieder) erreichen können sollte, statt auf einen pseudo-religiösen Dialog mit dem evangelikalen Führungspersonal zu setzen.

Gewissermaßen das andere Extrem stellt die „Universalkirche des Königreichs Gottes“ (*Igreja Universal do Reino de*

in der Vergangenheit die Arbeiterpartei (PT) und ist aktuell das Bolsonaro-Lager. Dabei neigte er sich dem aktuellen Präsidenten vergleichsweise spät zu, hat allerdings eine Menge zu bieten. Die Universalkirche betreibt mit *Record TV* das zweitwichtigste TV-Netzwerk nach *Globo TV*, eine Vielzahl an Radiostationen, eine Zeitung mit 2,3 Millionen Auflage und soziale Netzwerke via Internet (WhatsApp).

Macedo wird wohl weiterhin sein Fähnchen in den politischen Wind hängen. Allerdings hat ihm eine neoliberal ausgegerichtete Regierung punkto Ausweitung seines Unternehmenskonglomerats prinzipiell mehr zu bieten. Eine erneuerte linke Bewegung müsste dagegen in Sachen Medienpolitik mit der IURD auf Kollisionskurs geraten. Das Ausbleiben einer Medienreform wurde ja als im Nachhinein verhängnisvoll für die PT bezeichnet.



# WEGE DER CHILENISCHEN PFINGSTBEWEGUNG

Die Rolle der Frauen in der Anfangsphase der Pfingstbewegung, die sozialen Unterschiede und die historischen und ethnokulturellen Zusammenhänge erlauben die Rekonstruktion der Geschichte der chilenischen Pfingstbewegung, wobei ihre nationalen Besonderheiten und ihre Anbindung an allgemeinere Tendenzen aufgezeigt werden. Eine autochthone Pfingstbewegung existierte gleichzeitig mit einem durch Missionare verbreiteten Evangelikalismus und formte eine Bewegung, die mit der Zeit wuchs, durch die Militärdiktatur starken Spannungen ausgesetzt war und heute in ihren konservativen Ausprägungen Teil des Kampfes gegen die sogenannte „Genderideologie“ ist.

Von Miguel Ángel Mansilla und Luis Orellana Urtubia

Die meisten Studien über die Pfingstbewegung auf globaler Ebene sehen ihren einzigen Ursprung in Wales (1904) oder in der Azusa-Street in Los Angeles (1906). In Chile entsteht sie als Bewegung 1909 und nennt sich 1910 Methodistische Pfingstkirche, aber der Einfluss kam von der aus Indien stammenden Mukti-Mission (1905), die von Pandita Ramabai geleitet wurde.

## Die Rolle der Frauen in der Gründungsphase

Ein zweiter und unbekannter Aspekt ist die Bedeutung der Frauen bei der Entstehung der Pfingstbewegung, vor allem im Zentrum und Süden des Landes, konkret in Concepción und Temuco. Vor allem zwei Frauen spielten eine wichtige Rolle: Elena Laidlaw und Laura Ester Contreras, erstere in der Gründungsphase, die eine wahre soziale und religiöse Revolution war. Trotzdem führte die Angst vor ihrer Führung schließlich zu ihrem Ausschluss. (...) Frauen waren weiterhin als Predigerinnen tätig, aber nicht in Führungsposition wie Laidlaw. Contreras war im Gegensatz zu ihr Schriftstellerin und Ideologin. Sie schrieb sieben motivierende Briefe an die neukonstituierte Gruppe, aber nach deren Konsolidierung hörte sie zu schreiben auf. Beide wurden vergessen: die ledige und ausgeschlossene Laidlaw und die als Frau eines Pastors integrierte und unsichtbar gemachte Contreras. (...)

## Die Pfingstfrage (1910-1924)

Die Pfingstbewegung entstand als Teil des Volksprotests im Kampf um das Recht zur Teilhabe an der religiösen Arbeit, nicht nur als „Arbeiter“, sondern auch als „Pastor“ (Chef). Sie stellte einen Wunsch nach aufsteigender sozialer Mobilität in der religiösen Arbeit dar und auch die Forderung

nach Einschluss von populären Ausdrücken, Symbolen und Traditionen in der protestantischen Liturgie. Davon ausgehend kann die Pfingstbewegung als Religion der Armen verstanden werden, in der die Frauen eine wichtige Rolle als Predigerinnen des Wortes auf der Straße spielen und die Aufgabe haben, die Bewegung in die Armenviertel zu bringen.

Die Frauen waren Expertinnen für das Predigen bei den Spelunken (Bars) und Tavernen. Sie profitierten auch am meisten von der Befreiung „ihrer“ Männer (Vater, Ehemann oder Söhne) aus der „Hölle“, welche der Alkoholismus für die Familien war. Dennoch war (und ist) die Kanzel den Männern vorbehalten. Nur wenn sie nicht da sind, können Frauen predigen, aber nicht „von oben“. Ein zentrales Thema war auch das Angebot an Heilung und Gesundheit durch Frauen. In dieser ersten Etappe war die Rolle der Frauen grundlegend für die Ausbreitung und Verankerung der Pfingstbewegung in den Armenvierteln und notleidenden Milieus.

## Wachstum und Spaltung (1925-1937)

1925 wird in Chile eine neue Verfassung verabschiedet, die die Trennung von Staat und katholischer Kirche etabliert. Trotzdem werden Angehörige der Pfingstbewegung beim Predigen auf der Straße

angegriffen und ihre Kirchen mit Steinen beworfen. In dieser Zeit beginnt in Chile das Eingreifen der Militärs in die Politik. Das „Säbelrasseln“ und die Militärcoups sollten ihre Entsprechung im „Seitenrasseln der Bibeln“ und den „Coups der Pastoren“ innerhalb der eigenen Kirchen finden. Ab 1923 ist es ersichtlich: Der vorherrschende Grundton in der Bewegung sind ihr zur Spaltung tendierender Charakter und ihre andauernden internen Kämpfe. (...)

## Pluralismus und Sichtbarkeit (1938-1949)

Zur Diversifizierung trug auch noch die Ankunft der missionierenden Pfingstbewegung aus Schweden (1937) und den USA (1941/1945/1950) bei. In zwei Aspekten unterscheidet sich die missionierende von der lokalen Bewegung: Die Pastoren legen ihrer Mutterkirche finan-



Foto: Jürgen Escher

Früh in Kontakt mit „Pfingstlern“: Mapuche-Demo in Santiago

zielle und kirchliche Rechenschaft vor, außerdem können sie bezahlt werden und bestimmen die Dauer ihrer regionalen oder nationalen Amtsführung selbst. In dieser Etappe entstehen drei signifikante Strömungen auf nationaler Ebene, wovon zwei im Weltkirchenrat vertreten sind, ein Umstand von großer Bedeutung für die chilenische Pfingstbewegung, weil sie so Teil einer internationalen Organisation ist, die sich durch Ökumene und religiöse Fortschrittlichkeit charakterisiert. Das kommt auch in einem Protestbrief zum Ausdruck, den die *Iglesia Pentecostal de Chile* und die *Iglesia Misión Pentecostal* 1986 an Diktator Pinochet schickten. (...)

## ⇒ von Seite 11: DIE CHILENISCHE PFINGSTBEWEGUNG

Die Pfingstbewegung als Ausdruck der Gemeinschaft war ein Zufluchtsort, ein Raum der Teilhabe und Solidarität, d.h. sie erlaubte die Konstruktion eines Gemeinschaftskapitals für die „urbanen Bauern“, die nicht gewerkschaftlich organisiert waren und keine oder nur sporadische Arbeit hatten. Sie gehörten sehr armen Familien an, oft mit vielen Kindern, dichtgedrängt lebend in ungesunden Unterkünften. Im Allgemeinen waren sie Analphabeten und viele haben unter der Abwesenheit eines fürsorglichen Vaters gelitten. Sie hatten keine Klassenidentität und folgten deshalb nicht den revolutionären Aufrufen einiger Parteien zu sozialem und politischem Wandel. Diese verachteten Gruppen fanden bei Hinwendung zur Pfingstbewegung einen Sinn in ihrer Situation durch eine theologische Begründung des Leidens und den Diskurs der Entschädigung im Jenseits. (...)

### Die Nachgründungsphase (1950-1989)

In dieser Etappe entsteht ein neuer Typ von Pastor, der Bischof, der sich vom normalen Gläubigen durch seine Lebensbedingungen, die über dem Durchschnitt der Gemeinde liegen, unterscheidet und die anfängliche Utopie, wo alle gleich waren, hinter sich lässt. Bischöfe und Superintendenten gehen dazu über, ihre Ämter lebenslang zu besetzen, und in einigen Fällen bleiben sie in der Familie. Die Vorstellung des Pastors als armer Mensch ohne Bleibe, der alle seine Mittel für den Bau einer Kirche hergibt, wird durch einen kleinbürgerlichen Pastor mit seinem Pfarrhaus und der bereits gebauten Kirche ersetzt. Er ähnelt eher einem Lehrer an einer öffentlichen Schule, aber er sieht sich weiterhin als „Arbeiter Gottes“, der einen Lohn verdient.

In diesem Prozess sind drei Abschnitte zu unterscheiden: jener der Konkurrenz innerhalb der Bewegung zwischen autochthonen Traditionen und aus dem Ausland kommenden Missionaren, der von Stillstand und Neudefinition mit neuen Diskursen wie der beginnende von sozialer Teilhabe und Engagement und schließlich der Übergang von der Anonymität zur öffentlichen Sichtbarkeit (1973-1986).

Im September 1973 putschte sich in Chile Pinochet an die Macht und die symbolische Symbiose zwischen der katholi-

schen Kirche und dem Staat erfuhr einen unüberwindbaren Riss. Verärgert über die Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen durch die katholische Hierarchie suchte Pinochet seine Legitimierung bei der größten Pfingstkirche in Chile, der IMP (*Iglesia Metodista Pentecostal*). War die Pfingstbewegung einst ein Ausdrucksmittel für Bauern, Arbeiter, Indigene und das Subproletariat, so wurden dieser Protest und dieses Aufbegehren während der Diktatur zum Schweigen gebracht. Trotzdem entstanden hunderte neue Gruppen und Strömungen. Trotz der Aufforderung, dem Pastor zu gehorchen, rebellierten sie gegen ihn mit Abspaltungen. Auf diese Weise mündete der Gehorsam gegenüber der Diktatur in ein religiöses Aufbegehren, die Unterwerfung unter den Staat hatte den Ungehorsam der Kirche gegenüber zur Folge. Das zeigt sich im erhöhten Wachstum der evangelikalen Kirchen, speziell der Pfingstbewegung, die von 1970 bis Ende der 80er Jahre von 500 auf 1500 anwuchs. Jede neue Kirche konstituierte sich durch Abspaltung von der ursprünglichen Kirche.

### Die Pfingstbewegung um die Jahrtausendwende (1987-2017)

(...) Allgemein kann gesagt werden, dass die Pfingstbewegung in Zeiten von strukturellen Krisen (1940-1960; 1970-1989) wächst. In diesem Rahmen präsentiert sich die Pfingstbewegung als gemeinschaftliche Alternative und als Bindeglied zwischen Stadt und Land und zwischen traditioneller und modernisierter Gesellschaft im Kontext des exportorientierten (Salpeter, Kohle) Kapitalismus und der Krise der ländlichen Gesellschaft. Später präsentiert sie sich als protektionistische, partizipative und im sozio-religiösen Bereich identitätstiftende Alternative im Kontext des etatistischen Modells und bei fehlender Demokratie. Wenn aber die chilenische Gesellschaft andere Räume der Partizipation zur Verfügung stellt, gerät die Identität der Bewegung in eine Krise, wie in der 2.Hälfte der 80er Jahre. Die Säkularisierung hatte tiefgreifende Folgen. Soziokulturelle Phänomene wie die Rückkehr der Demokratie, der Neoliberalismus, die Globalisierung und der Postmodernismus betrafen sie sehr. Man registriert einen rückläufigen Kirchenbesuch – wie bei anderen religiösen Gruppen –, vor allem seitens der zweiten Generation.

Intern gibt es weiters neue religiöse Erfahrungen, Veränderungen beim Glauben,

bei der Moral und bei den Ritualen mit neupfingstkirchlichem Einfluss. Die führenden Pfingstkirchler haben nicht nur das anfängliche Ethos (der Pastor als Diener des Herrn) verraten, sondern es kam auch zu unterschiedlichen Polemiken, die in der Presse veröffentlicht wurden, wie etwa Anklagen wegen unerlaubter Bereicherung. Andererseits werden die Pastoren von der neuen Generation junger evangelikaler Akademiker als Analphabeten oder wenig gebildet kritisiert. Das wiederum führt entweder zum Austritt oder zur Hinwendung zum missionarischen Protestantismus (Methodisten, Presbyterianer, Baptisten etc.). Ebenso gibt es bei den neuen Generationen Auffassungsunterschiede bei der Homophobie, der Abtreibung oder der Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare.

In den obersten Führungsspitzen der Pfingstbewegung zeigen sich allgemeinere Merkmale der chilenischen Gesellschaft: Zentralismus, Machismo, verwehrtter Zugang zu Führungspositionen für Frauen und Indigene. Mitte der 90er Jahre betrat man mit der *Alianza Nacional Cristiana*, die 1996 ein Wahlabkommen mit *Renovación Nacional* unterzeichnet hatte, das politische Parkett. Dadurch wurden bei den Gemeinderatswahlen im gleichen Jahr vier Vertreter gewählt. Das Abkommen wiederholte sich im Jahr 2000 nicht, was eine Wiederwahl verhinderte. Ein weiterer wichtiger Schritt war auch die Vorkandidatur von Pastor Salvador Pino bei den Präsidentschaftswahlen 1999. (...)

Glaubte man bis November 2017 noch, dass der einzige evangelikale Abgeordnete zwischen 1990 und 2006 Edmundo Salas im Distrito 45 (Region des Biobío) gewesen wäre, so war die Präsenz von Angehörigen der Pfingstbewegung gemeinsam mit solchen anderer evangelikaler und protestantischer Bewegungen bei den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen offenkundig. Aktuell gibt es nun drei Abgeordnete, die der rechtsgerichteten *Renovación Nacional* (RN) angehören und aufgrund ihres Diskurses der permanenten Opposition gegen alle staatlichen Projekte in Zusammenhang mit sozialen Freiheiten auf der Linie von globaleren konservativen Auseinandersetzungen gegen die sogenannte „Genderideologie“ gewählt wurden. ■

Mehr Details (u.a. Pfingstbewegung und Mapuche bzw. Aymara sowie Quellenverweise und Literatur) auf Spanisch unter: <https://nuso.org/revista/280/el-nuevo-evangelismo-politico>. Zusammenfassende Übersetzung: Brigitte Ghafouri-Schmidt

## FREIKIRCHEN IN ÖSTERREICH: „WACHT AUF UND SCHAUT GUT HIN!“

Die Anzahl der Freikirchen ist in den vergangenen 50 Jahren auch in Österreich stark gewachsen. Derzeit gibt es etwa 160 Gemeinden mit etwa 40.000 Mitgliedern, so der Grazer Theologie Christian Feichtinger. Das sind etwa 0,5 % der Gesamtbevölkerung. Genau kennt man die Zahl jedoch nicht, da die freikirchliche Szene unüberschaubar und zersplittert ist. 2013 schlossen sich mehrere Gruppierungen unter dem Namen „Freikirchen in Österreich“ zusammen und erlangten, mit kräftiger Unterstützung der katholischen und evangelischen Kirche, den Status einer in Österreich anerkannten Religionsgemeinschaft, mit allen Rechten und Pflichten, d.h. auch mit der Möglichkeit der Erteilung eines Religionsunterrichts! Dies war eine enorme Aufwertung. Pointiert kommentiert jeder evangelische Pfarrer Thomas Dopplinger: „So wanderte der Kontakt zu den Freikirchen vom Sektenreferat ins Ökumenereferat“.

Freikirchen sind historisch aus der Täuferbewegung der Reformation entstanden. Sie sind geprägt durch Erwachsenentaufe, eine wortgetreue Auslegung des Neuen Testaments, ein Bekenntnis zu Jesus Christus als Herr und Erlöser und das Gebot der Verbreitung des Evangeliums. Zählten die Täufer in ihren Anfängen noch zum politisch linken Spektrum der Reformation, so sind die derzeitigen freikirchlichen Gemeinden zwar locker im Stil, aber absolut konservativ in ihren theologischen und politischen Inhalten. Auf gesellschaftspolitischer Ebene sind sie vehemente Kritiker von Homoehe und Abtreibung. Sex vor der Ehe lehnen sie ab. „Unser Maßstab ist nicht der Mainstream, unser Maßstab ist die Heilige Schrift, und da gibt es ein klares Bekenntnis zum Schutz des Lebens, zur Ehe, zur Familie“, so Reinhold Eichinger, Ratsvorsitzender des Bündnisses „Freikirchen in Österreich“.

Der Eventcharakter der charismatischen Gottesdienste mit modernem Gesang, einfachen religiösen Botschaften wie „Gott liebt dich, Jesus liebt dich, und wir lieben uns sowieso“ wirkt verführerisch und lässt die gesellschaftspolitischen Ausrichtungen dieser Kirchen in den Hintergrund treten. Aber gerade diese Politik und der Missionseifer machen sie auch für ka-

Das Segensgebet für Sebastian Kurz beim religiösen Event „Awakening Austria“ im Juni dieses Jahres in der Wiener Stadthalle brachte dieser Veranstaltung und dem Altkanzler die erhoffte mediale Aufmerksamkeit und zeigte, dass nun auch in Österreich der Zustrom zu christlichen Freikirchen begonnen hat. Dieser ist jedoch nicht vergleichbar mit der Popularität dieser Kirchen in den USA und Lateinamerika, wo bereits 20 % der Bevölkerung diesen Strömungen angehören und auch bei Präsidentenwahlen, wie etwa in Brasilien, entscheidenden Einfluss ausüben.

Von Wolfgang Schweiger



Der evangelikale Prediger Ben Fitzgerald betete für Sebastian Kurz

tholische und politische Amtsträger interessant. Kardinal Schönborn wurde bereits 2009 auf die Freikirchen aufmerksam und setzte sich sehr stark für deren Anerkennung ein. Dabei scheinen der Kardinal die charismatische Begeisterung und der Eventcharakter der freikirchlichen Veranstaltungen so zu faszinieren, dass jedwede theologische Kritik ausgeblendet wird. Ganz im Gegenteil: Seine Aussage während des Stadthallenevents: „Wenn Mohammed erlebt hätte, dass die Christen eins sind, dann hätte die Welt, dann hätte auch Mohammed geglaubt, dass Jesus der Sohn Gottes ist“ zeigt ein Missionsverständnis, das in der Katholischen Kirche

spätestens mit dem 2. Vatikanischen Konzil verabschiedet wurde.

Kam von Schönborns Pressesprecher Michael Prüller noch eine sehr zurückhaltende Stellungnahme – er verstehe die Kritik nicht, man habe das Setting dieses Events als „ökumenische Veranstaltung“ geprüft und sei zum Schluss gekommen, dass man mitmachen könne –, ist der Wiener Pastoraltheologe Johann Pock klarer. In seinen theologischen „Anmerkungen zum Stadthallenevent“ kritisiert er den Heilsexklusivismus der Veranstaltung im Sinne einer Trennung von „Geretteten und Verlorenen“, die Segnung des Altkanzlers durch den Missionar Ben Fitzgerald, den fehlenden interreligiösen Dialog und schließlich auch die direkte Bibelauslegung ohne wissenschaftliche Absicherung durch die historisch-kritische Exegese. Sein Appell: „Wacht auf – und schaut gut hin, was hinter Hochglanzfassaden an tatsächlichen Interessen versteckt ist!“

Vielleicht sollte man am Stephansplatz eher auf die theologische Expertise dieses Pastoraltheologen vertrauen als auf die Empfehlung der ÖVP-Politikerin Gudrun Kugler, die nicht zuletzt durch einen Vorzugsstimmen-Wahlkampf in den Wiener Bezirken Donaustadt und Floridsdorf – einem freikirchlichen Hotspot – ein Nationalratsmandat ergattert hat. „Generell war in meinem Wahlkampf die Unterstützung durch christliche Gruppen stark spürbar“, stellte sie in einem *Profil*-Interview freimütig fest. Und unterstützt haben diese Kirchen eine ausgeprägte Abtreibungsgegnerin, deren ideologische Position durch ihr Theologiestudium am *International Theological Institute* in Trumau mit dem Schwerpunkt „Ehe und Familie“ geschärft wurde. Als Theologin war sie freilich auch Mitherausgeberin der Festschrift „Entdeckung der Freundschaft“ zum 65. Geburtstag des Wiener Kardinals. So schließt sich der Kreis der politisch-religiösen Bande im katholischen Österreich 2019, und es wird klar, dass spätestens jetzt die unter der Ära Kardinal Königs gepflegte „Äquidistanz zu den politischen Parteien“ vorbei ist. „Wacht auf und schaut gut hin!“ ...und zwar nicht nur auf die Freikirchen! ■

# UMBRUCH IN POLITIK, WIRTSCHAFT UND MIGRATION

„Die Trennung der politischen Gewalt von der ökonomischen Macht ist bereits eine Tatsache. Heute existiert ein wirklicher Rechtsstaat, wo niemand und nichts außerhalb der Gesetze stehen.“ Dieser Satz im Bericht des Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (AMLO), den er neun Monate nach seinem Amtsantritt am 1. September 2019 vorgetragen hat, mag andernorts wie eine triviale Selbstverständlichkeit klingen. Für die Mexikanerinnen und Mexikaner ist dieses Bekenntnis zur Tradition der Liberalen, die 1858 mit der Amtsübernahme von Benito Juárez, dem ersten indianischen Präsidenten in der Geschichte des lateinamerikanischen Kontinents, ihren Ausgang genommen hatte, Balsam für ihre durch eine Jahrzehnte lange Herrschaft von Korruption und politischer Gewalt gezeichnete Seele.

Von Leo Gabriel

worden wie an die 250 Dienststellen für im Ausland tätige Funktionäre.

Die Logik hinter diesem vielfach diskutierten Maßnahmenkatalog, der die unteren Schichten fördert und die mexikanischen Mittel- und Oberschichten beschneidet, besteht darin, dass AMLO unter allen Umständen verhindern will, dass die staatlichen Subventionen zur Quelle eines erneuten Korruptionskarussells werden – so nach dem alten Wiener Spruch: „Wo es nichts gibt, hat der Kaiser (in diesem Fall sind die lokalen und regionalen Kaziken und deren Handlanger gemeint) sein Recht verloren.“

Obwohl die Wirtschaftsfachleute angesichts des geringen Wachstums von einem Prozent von der Gefahr einer Rezession sprechen, hat sich der Peso nach kurzfristigen Turbulenzen gleich im Anschluss an den Regierungswechsel wieder erholt. Und selbst Carlos Slim, der auf dem Kommunikationssektor in den letzten 20 Jahren ein derart großes Vermögen angehäuft hat, dass er zum reichsten Multimilliardär des Landes wurde, ist bereit, in die umstrittenen Megaprojekte (siehe LAA 2019/2) groß einzusteigen.

„Wachstum ist nicht alles!“ ist einer der Stehsätze von López Obrador. So sind die gewaltbedingten Todesziffern (u. a. auch die Zahl der Morde an Frauen) in den letzten Monaten kaum zurückgegangen. Fast hat es den Anschein, dass die Drogen- und Erpresserkartelle das durch den Regimewechsel bedingte Machtvakuum ausgenutzt haben, um das Ansehen des neuen Präsidenten zu unterminieren. Es gibt sogar Fälle, in denen regierungskritische Stimmen für immer zum Schweigen gebracht wurden, um dann das Verbrechen der Regierung in die Schuhe zu schieben.

## Massenzuflucht in Mexiko

Das größte Problem aber bildete in den Monaten nach der Amtsübernahme von López Obrador der Exodus der vor allem aus Zentralamerika stammenden MigrantInnen. Bereits im Oktober des Vorjahres ist es zu einer Massenflucht von Hondurancern, Salvadorianern und Guatemalteken gekommen (siehe LAA 2018/4), wobei die US-Regierung die Bilder dieser Fluchtbewegungen für die weitere Verschärfung ihrer Migrationspolitik instrumentalisiert hat.

**A**uch seine Zuordnung dieser Schreckensherrschaft zum Neoliberalismus, der laut AMLO vor 36 Jahren begonnen hatte und mit seinem Amtsantritt definitiv zu Ende gegangen sei, mag viele in Erstaunen versetzen. „Man kann doch den Neoliberalismus nicht durch ein Dekret abschaffen“, ist in diesem Zusammenhang ein oft wiederholter Einwand. Doch man kann, meint López Obrador, wenn man es schafft, die Politik von der Wirtschaft zu trennen, das Allgemeinwohl über die Partikularinteressen zu stellen.

## Priorität Korruptionsbekämpfung

Es ist nicht zuletzt diese grundsätzliche Erwägung, die den Ausschlag gab, warum López Obrador die Korruptionsbekämpfung an die oberste Stelle der Strategie für seine „IV. Transformation“ gestellt hat. Anstatt jedoch, wie er es bei seiner Amtsübernahme versprochen hatte, „mit dem Besen bei der obersten Stufe der gesellschaftlichen Leiter zu kehren anzufangen“, setzte er zunächst ganz unten an.

Bald nach dem Beginn seiner Amtszeit richtete er ein Großaufgebot des staatlichen Sicherheitsapparats gegen die so genannten *Huachicoleros*, das sind die Banden, welche die staatlichen Erdölpipelines anzapfen, um das gestohlene Erdöl auf dem freien Markt zu verkaufen. Auf diese Weise gelang es ihm, die unter seinen Vorgängern übliche Talfahrt in der Erdölproduktion zu stoppen und diese von 32 auf 42 Prozent der Kapazität zu erhöhen.

Gleichzeitig wurde die neu strukturierte Staatsanwaltschaft gegen die Mittelsmänner der „großen Fische“ in der Kor-

ruptionskette der staatlichen und wirtschaftlichen Hierarchien Mexikos tätig. So wurde z.B. zunächst der Rechtsanwalt des Ex-Präsidenten Enrique Peña Nieto verhaftet, um überhaupt an die Informationen heranzukommen, die eine Verurteilung von AMLOs Vorgänger erst möglich machen würden.

Dieses Vorgehen sicherte dem neuen Präsidenten, der laut Meinungsumfragen nach wie vor mit der Unterstützung von 80 Prozent der Bevölkerung rechnen kann, einen nachhaltigen Applaus. Insbesondere die täglich (mit Ausnahme des Wochenendes) um sieben Uhr Früh im Fernsehen übertragenen Pressekonferenzen tragen dazu bei, dass AMLOs Popularität nicht schwindet, und das obwohl die von der Regierung durchgesetzte Austeritätspolitik den Arbeitsmarkt schwer unter Druck gebracht hat.

## Austerität als Wirtschaftsstrategie

„Vamos de la austeridad republicana a la pobreza franciscana“ (Wir gehen von der republikanischen Austerität zur franziskanischen Armut über), wiederholen die Staatsbeamten gebetsmühlenartig, wenn jemand ein Finanzierungsansuchen an sie stellt. Scheinbar im Widerspruch dazu hält der aktuelle Rechenschaftsbericht der Regierung fest, dass der selbst für lateinamerikanische Verhältnisse geringe Mindestlohn um 16 Prozent und die Pensionen um 2.500 Pesos (ca 125 Euro) angehoben wurden, zehn Millionen StudentInnen ein Stipendium erhalten haben und 300.000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Hingegen sind nahezu alle staatlichen Subventionen ebenso gestrichen

Seit Jahresbeginn hat die Zahl der in Mexiko geparkten Flüchtlinge enorm zugenommen. Obwohl die Dunkelziffer sehr groß ist, rechnen Menschenrechtsorganisationen mit mehr als 300.000 Flüchtlingen, die sich derzeit in Mexiko befinden, weil sie entweder nicht bis zur US-amerikanischen Grenze gekommen sind, oder von der *Border Patrol* aufgegriffen und zurückgeschickt wurden.

Um dem Ansturm zentralamerikanischer Flüchtlinge ein Ende zu bereiten, drohte Präsident Donald Trump zunächst mit der Anhebung der Einfuhrzölle für mexikanische Produkte um bis zu 20 Prozent. Daraufhin entsandte AMLO seinen Außenminister Marcel Ebrard nach Washington, um mit dem unberechenbaren Mann im Weißen Haus zu verhandeln. Resultat: Die mexikanische Regierung versprach, je ca. 20.000 Mann der neugegründeten Nationalgarde an die Grenzen zu den USA und Guatemala zu entsenden, was selbst bei den Anhängern von López Obrador und seiner MORENA-Partei auf ziemlich großen Unmut stieß. Die liberale Presse sprach von einer „Demütigung Mexikos“ und einem „Kniefall des Außenministers“.

Ganz besonders heftig fielen die Reaktionen der Zapatistischen Befreiungsbewegung EZLN aus, die behauptete, dass es seit den Jahren der Verfolgung um 1996 herum keine derart große Militarisierung in den von ihr kontrollierten Gebieten gegeben habe. Was die Zapatisten jedoch nicht erwähnten, war die Tatsache, dass der Auftritt der Nationalgarde nicht gegen die zapatistischen Indígena-Dörfer gerichtet war, sondern den Exodus der MigrantInnen stoppen sollte. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, dass die zapatistische Führung im Juli ein Kommuniqué herausgab, in dem sie der Weltöffentlichkeit mitteilte, dass die Anzahl der zapatistischen *Caracoles* (Cluster von Dorfgemeinschaften) von fünf auf zwölf erhöht wurde.

## Trump bedroht MigrantInnen

Trotz der Bemühungen der mexikanischen Regierung, den Wünschen Trumps entgegenzukommen, gab sich der unberechenbare Blondschoopf im Weißen Haus nicht zufrieden. Trump verlangte etwa von Guatemala, dass die Regierung von Jimmy Morales unterschreiben solle, sie werde



Foto: Leo Gabriel

Präsident Andrés Manuel López Obrador bei einer indigenen Zeremonie im Dezember 2018

alle Flüchtlinge, die über Guatemala in die USA eingereist sind, zurücknehmen, weil Guatemala ein sicheres Drittland sei. Morales lehnte zunächst unter dem Druck der katholischen Kirchenhierarchie und des Unternehmerverbandes ab, ließ aber seinen Innenminister ein paar Wochen später dennoch das umstrittene Dokument unterschreiben, weil Trump damit gedroht hatte, die *remesas* (Überweisungen der in den USA arbeitenden MigrantInnen an ihre Familien) zu blockieren, was für die Guatemalten einem nationalökonomischen Todesurteil gleichgekommen wäre.

Inzwischen hat Trump ein Dekret erlassen, demzufolge die MigrantInnen nur mehr außerhalb der USA, also in Mexiko oder in ihrem zentralamerikanischen Ursprungsland, Asylanträge stellen können. Auch wurde mit der Regierung in San Salvador eine Vereinbarung unterzeichnet, der zufolge die SalvadorianerInnen, wenn sie zurückgeschickt werden, El Salvador nicht mehr verlassen dürfen, bis die US-Behörden über ihre Asylanträge entschieden haben; ein ähnliches Abkommen wurde Ende September auch mit Honduras geschlossen. Die MigrantInnen sind also immer weniger in der Lage, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden. Die Flüchtlinge, die vor der Armut und der Gewalt davongelaufen sind, werden zu Gefangenen in ihrer eigenen Heimat, wobei die Regierungen (unter Einschluss Mexikos) gute Miene zum bösen Spiel machen.

## Alternativen zur Xenophobie

Was also tun, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen? Mitte Juli fand in San Salvador ein viel beachtetes Migrationsforum statt, an dem zum ersten Mal auch Vertreter der historischen evangelischen Kirchen (Lutheraner, Anglikaner, Baptisten, Presbyterianer etc.) aus Zentralamerika und den USA, aber auch Repräsentanten internationaler Organisationen wie des Hochkommissariats für Flüchtlinge der UNO, des Systems für die zentralamerikanische Integration SICA und des Weltsozialforums (vertreten durch den Schreiber dieser Zeilen) teilnahmen.

In der gemeinsamen Abschlusserklärung verpflichteten sich die TeilnehmerInnen, ein Netzwerk zu bilden, das entlang der Migrationsrouten so genannte *mesas de migrantes* errichten soll, welche den MigrantInnen bei der Schaffung einer regionalen MigrantInnenorganisation zur Seite stehen sollen. Damit gäbe es eine breite Allianz, die von Alaska bis Panama reichen würde. Vor dem Weltsozialforum, das Ende Oktober 2020 in der mexikanischen Hauptstadt stattfinden wird, soll ein groß angelegter Marsch der MigrantInnen organisiert werden, um im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in den USA sichtbar zu machen, dass dieses Problem nicht durch Verbote, Mauern und Stopptafeln, sondern nur durch das solidarische Zusammenwirken der sozialen Kräfte in der ganzen Region gelöst werden kann. ■

# DINOSAURIER KAPERN DIE MACHT

Alejandro Giammattei, der einstige Direktor des guatemaltekischen Gefängnisystems, hat am 11. August die Stichwahl um die Präsidentschaft des Landes gewonnen. Seine kommende Regierung könnte die krisengeschüttelte Region weiter destabilisieren.

Von Vaclav Masek

In einer Atmosphäre der Unsicherheit, der Indifferenz und der Sorge angesichts der Erstarrung der anachronistischen politischen Führung des Landes wurden die Guatemalteken am 11. August zu den Urnen gerufen. Zwei traditionelle Politiker rangen um die Präsidentschaft, was die internationale Presse ironisch als „Wettlauf der Unpopularität“ bezeichnete. Was die WählerInnen bewegte, waren aber nicht die Wahlen, sondern das am 26. Juli mit den USA abgeschlossene Abkommen über Guatemala als sicherer Drittstaat.

Die geringe Wahlbeteiligung unterstrich die allgemeine Apathie der Bevölkerung. Die Wahl gewann der frühere Direktor der Strafanstalten Alejandro Giammattei, der den Pakt in Frage gestellt hat. In der Rede zum Wahlsieg erklärte er: „Wenn wir nicht einmal unsere Leute betreuen können, dann die Ausländer schon gar nicht“.

Präsident Jimmy Morales jedoch willigte in Trumps xenophobe Pläne ein und akzeptierte das Abkommen, womit er ZentralamerikanerInnen in Guatemala und außerhalb ans Messer lieferte. Sein Motiv dafür war es wohl, sich vor dem Ende seiner Immunität am 14. Jänner 2020, wenn Giammattei ihn als Präsident ablösen wird, mit dem Weißen Haus gut zu stellen.

## Morales' plötzlicher Einstieg in die Politik

Vor vier Jahren fanden die wichtigsten Wahlen in Guatemalas junger demokratischer Geschichte statt. Nach wochenlangen Massenmobilisierungen stürzte wenige Tage vor den Wahlen ein Aufstand der BürgerInnen Präsident Pérez Molina. Es war eine Reaktion auf Enthüllungen über dessen zentrale Rolle in einem Netzwerk der Korruption, mit Millionen an Schmiergeldern, die er aus Häfen und Zollbehörden einstreifte.

Vor vier Jahren weckte in Guatemala das Bewusstsein Hoffnungen, an der Schwelle zu einer repräsentativeren Demokratie zu stehen, die den seit der Kolonialzeit die politische Macht monopolisierenden Eliten gegenüber nicht nachgeben würde. Unter den zahlreichen KandidatInnen tauchte Jimmy Morales auf, ein früherer Komiker ohne jede politische Erfahrung. Seine politikferne Vergangenheit machte ihn offenbar für die vom politischen System frustrierte Bevölkerung vertrauenswürdig und er gewann überraschend die Wahlen.

Morales hatte für die *FCN-Nación* kandidiert, eine von Militärveteranen gegründete politische Partei, von denen viele beschuldigt waren, während der 36 Jahre Bürgerkrieg Verbrechen gegen die Menschheit begangen zu haben. Die Entscheidung, mit der er die Eliten und den Status quo verteidigt, hat viele der GuatemaltekenInnen, die ihn gewählt haben, überrascht.

## Ein bleibendes Erbe

Vier Jahre nach jener historischen Mobilisierung durchlebt das Land wieder einen entscheidenden politischen Moment, in dem eine von einem unerfahrenen und reaktionären Präsidenten ausgelöste Verfassungskrise mit einer humanitären Krise zusammenfällt, die Ergebnis zunehmender Armut und systematischer Korruption ist, gegen deren Ursachen die scheidende Regierung nichts unternommen hat.

Morales hat durch eine Reihe von Maßnahmen Guatemalas demokratische Institutionen substanziell geschwächt und dabei die im letzten Jahrzehnt im Bereich Justiz erzielten großen Fortschritte rückgängig gemacht. Seine Regierung wird in Erinnerung bleiben als verantwortlich für die Zerschlagung der wichtigsten Instanz des Landes zur Bekämpfung der Korruption, der Kommission gegen Korruption und Straflosigkeit in Guatemala, CICIG. Ihre weltweit gewürdigten Nachforschungen haben bis zu den Spitzen des Staates reichende Korruptionsnetzwerke aufgedeckt, in die auch Mitglieder der Regierung Morales involviert waren, ja selbst sein Bruder und sein Sohn (beide inzwischen freigesprochen; die Red.). Die Regierung hat das Mandat der CICIG gegen den Willen der Bevölkerung einseitig beendet<sup>1</sup>.

In den letzten vier Jahren ist es in der Öffentlichkeit auch zum gefährlichen Wie-

deraufstieg eines lautstarken Sektors extrem rechter Politiker und Personen gekommen. Die Rhetorik ehemaliger Heeresangehöriger wie des FCN-Abgeordneten Estuardo Galdámez erinnert an den Kalten Krieg. Als Präsidentschaftskandidat der FCN musste sich Galdámez mit nur 4,12 Prozent der Stimmen begnügen.

Extrem rechte Organisationen wie *Fundación Contra el Terrorismo (Fundaterror)* und *Guatemala Inmortal* äußerten angesichts der Bekämpfung der Korruption die Befürchtung, „Guatemala könnte zu einem neuen Venezuela werden“. Sie haben CICIG vorgeworfen, eine „selektive Justiz“ zu praktizieren, da sie durch ihre Nachforschungen gezeigt hat, wie früher unantastbare Mitglieder der Unternehmerelite in illegale Machtstrukturen verwickelt waren. Das Vorgehen gegen reiche konservative Unternehmer musste in ihren Augen ideologisch begründet sein.

Soziale und UmweltaktivistInnen waren bevorzugte Zielscheiben dieser neuen antikommunistischen Kampagne. Der Staat hat ihre Anliegen kriminalisiert und sie unaufhörlich verfolgt. Im Jahr 2018 hat Guatemala sich in das weltweit tödlichste Land für UmweltaktivistInnen verwandelt<sup>2</sup>. Für Menschenrechtsombudsmann Jordan Rodas handelt es sich bei der Regierungsperiode von Morales um die „wahrscheinlich schlechteste Regierung der demokratischen Ära Guatemalas“.

## Sicherer Drittstaat?

Die jüngste Hinterlassenschaft von Jimmy Morales ist ein selbstmörderisches Migrationsabkommen mit den USA, das vermutlich seine Haut rettet, zugleich aber die immer schwächeren Institutionen des Landes opfert und vor allem die Lebensgrundlagen der Bevölkerung aufs Spiel setzt. Die Vereinbarung ist eine schwere Hypothek für Giammatteis künftige Regierung, die gezwungen sein wird, nach Trumps Pfeife zu tanzen. Für Washington eröffnet der Pakt die Möglichkeit, vor allem zentralamerikanische MigrantInnen, die Asyl beantragen wollen, nach Guatemala abzuschieben.

In der Spätphase seiner Amtszeit schickte Morales Innenminister Enrique Degenhart nach Washington, wo er am 26. Juli das schändliche Abkommen mit den USA unterzeichnete, das Guatemala zum sicheren Drittstaat erklärt. Bei der Unter-



Innenminister Degenhart unterschreibt Guatemalas Kapitulation in Sachen Migration

zeichnung schaute ihm Trump über die Schulter, ein symbolträchtiges Zeichen für Guatemalas diplomatische Unterwerfung. Dass Guatemalas Verfassungsgericht (CC) untersagt hatte, das Abkommen ohne Zustimmung des Parlaments zu unterzeichnen, hielt Morales nicht davon ab. Rodas und Manfredo Marroquín, der frühere Leiter des guatemalteckischen Zweigs von *Transparency International*, legten dagegen Beschwerde beim CC ein.

Für Marroquín hat Morales aus egoistischen Motiven gehandelt. „Gegen ihn laufen gerichtliche Untersuchungen, vermutlich hat er Verbindungen zu Drogenhändlern und will seine Auslieferung an die USA vermeiden, sollte er sich vor Gericht verantworten müssen. Er will sich mit den USA gut stellen, doch das bedeutet nicht, dass das auf Gegenseitigkeit beruht.“

## Ein Schritt vor, zwei zurück

In diesem sensiblen politischen Moment wählten die GuatemaltekinInnen – bei einer mit 38,9 Prozent historisch niedrigen Wahlbeteiligung in der Stichwahl – zähneknirschend den Chirurgen und früheren Gefängnisdirektor Alejandro Giammattei zu ihrem nächsten Präsidenten. Er siegte mit 58,9 Prozent der Stimmen, mit einem Vorsprung von fast 20 Prozentpunkten vor Sandra Torres, der einstigen Präsidentengattin<sup>3</sup>. Bei seinem Antreten in den drei vorhergehenden Präsidentschaftswahlen, jeweils als Kandidat einer anderen politischen Partei, war er erfolglos geblieben.

KritikerInnen erwarten vom extrem konservativen Giammattei die Fortsetzung des Politikstils von Morales: unzugänglich für Kritik, auf gutem Fuß mit Guatemalas

mächtiger Unternehmerelite und wenig empfänglich für die Anliegen der marginalisierten Gemeinschaften. Seine politische Laufbahn reicht mehr als zwei Jahrzehnte zurück. Bekannt ist er vor allem für seine angebliche Beteiligung an der außergerichtlichen Hinrichtung von sieben Insassen des Gefängnisses Pavón in Guatemala Stadt. Er war damals, im September 2006, Direktor des nationalen Gefängnisystems. Nach zehn Monaten Untersuchungshaft sprach ihn ein Gericht von diesem Vorwurf frei, aber während seines gesamten politischen Lebens vertrat er eine Politik der harten Hand.

Journalisten, die seine Laufbahn verfolgt haben, beschreiben ihn als beharrlich und besessen von der Idee Macht auszuüben. Während der Wahlkampagne bediente er sich ständig einer grobschlächtigen Sprache, intensiver Gesten und populistischer politischer Vorschläge ohne jede technische Grundlage. Die Anschuldigungen seine Glaubwürdigkeit betreffend haben Spekulationen über seine Transparenz als Politiker ausgelöst. Das guatemalteckische Nachrichtenportal *Nómada* berichtete über seine möglichen Verbindungen zu Drogenhändlern in den Departements Petén und Izabal. Ehemalige Militärs sind Teil des Kampagnenteams seiner rechten Partei *Vamos*.

In einem von Drogengeld überschwemmten Land wie Guatemala überascht dieser Vorwurf nicht. Anlass zur Sorge gibt die Beobachtung, dass die Durchdringung des Staates durch geheime Netzwerke, sei es in Form von Drogenhändlern oder Kriegsverbrechern, offenbar unumkehrbar und umfassend ist.

## Der Druckkochtopf

Die von nationalistischen Gefühlen geprägte und von extrem rechten Hardlinern unterstützte Regierung Morales hat durch ihre Unfähigkeit, Lösungen für die systemischen Ursachen von Ungleichheit und Armut in Guatemala zu finden, den Exodus ländlicher Bevölkerung Richtung Norden verstärkt. Die neu gewählte Regierung weist viele Ähnlichkeiten zur abtretenden auf. Sie hat vermutlich Rückhalt bei Militärs und Drogenhändlern, weist eine zweifelhafte Vorgeschichte in Sachen Menschenrechte auf und wehrt sich gegen deren juristische Aufarbeitung. Sie übernimmt die Macht ohne jeden greifbaren Gegenvorschlag zum restriktiven Migrationsabkommen.

Um die guatemalteckischen Machtstrukturen zu ändern, wird viel mehr nötig sein als ein neuer Präsident. Das Land braucht einen dramatischen Strukturwandel, wie er bisher noch von keinem Politiker in diesem Amt umgesetzt worden ist. Kurzfristig ist Guatemala auch Schlachtfeld im US-Wahlkampf für die dortigen Wahlen im kommenden Jahr, in dem das nördliche zentralamerikanische Dreieck (Guatemala, Honduras, El Salvador) bei der Formulierung der jeweiligen Migrationspolitik eine wichtige Rolle spielt. „Unter diesen neuen Bedingungen wird sich Guatemala in einen Druckkochtopf verwandeln“, so Menschenrechtsombudsmann Rodas. „Es ist nur eine Frage der Zeit, wann er explodieren wird.“<sup>4</sup> ■

Der Autor lebt als Forscher und Übersetzer in Guatemala Stadt. Seinen im August auf [www.nacla.org](http://www.nacla.org) veröffentlichten Beitrag hat Hermann Klosius übersetzt und gekürzt.

<sup>1</sup> Die CICIG wurde Anfang September aufgelöst; ihre internationalen MitarbeiterInnen haben das Land verlassen. Ihr Abschlussbericht wurde am 28. 8. unter dem Titel „Ein gekapertter Staat“ veröffentlicht. Drei Wochen später wurde eine Kommission gegründet, die angebliche Gesetzesverstöße der CICIG aufarbeiten soll.

<sup>2</sup> Laut einem Bericht von Global Witness verzeichnete Guatemala 2018 eine Verfünfachung der Morde an UmweltaktivistInnen, auf die diesbezüglich höchste Mordrate pro Kopf.

<sup>3</sup> Torres wurde Anfang September wegen illegaler Finanzierung ihres Wahlkampfes im Jahr 2015 verhaftet.

<sup>4</sup> Dass am 4. September als Reaktion auf die Ermordung von drei Soldaten über Teile mehrerer Departements der Ausnahmezustand verhängt wurde, lässt für die nächste Zukunft ein zunehmend repressives Klima befürchten.

Interview mit  
**Rolando Álvarez**

Das Gespräch mit dem Bischof der Diözese Matagalpa führte Ralf Leonhard.

**In Nicaragua gab es vor 40 Jahren eine Revolution, die nach über vier Jahrzehnten Diktatur soziale Gerechtigkeit schaffen wollte. An der Spitze der Revolutionsregierung stand Daniel Ortega, der auch jetzt seit zwölf Jahren wieder regiert. Ist das ein sozialistisches Regime, wie viele behaupten?**

Ich würde von Fiskalpopulismus sprechen, der lange Zeit von Venezuela gesponsert wurde. Zwischen 2008 und 2017 hat Nicaragua 4,87 Milliarden Petrodollars bekommen. Davon wurde ein Teil in Sozialprojekte investiert, die Großteils klientelistisch ausgerichtet sind. Es profitieren Parteimitglieder oder Staatsangestellte. Diese Gelder sind nicht über die offiziellen Kanäle geflossen, sondern über Privatunternehmen. Mehr als eine Milliarde landete bei der Familie Ortega, der Rest von 3,77 Milliarden muss vom nicaraguanschen Volk zurückgezahlt werden. Das sind jetzt Staatsschulden.

**Ortega ist stolz darauf, sich nicht beim Internationalen Währungsfonds verschuldet zu haben, und dass er damit auch strenge Auflagen vermeiden konnte.**

Damit wurde eine gewisse makroökonomische Stabilität erreicht, die sich aber nicht in den Haushalten niedergeschlagen hat. Unternehmer haben mir bestätigt, dass keine der konservativ-liberalen Regierungen davor ihnen so gute Bedingungen geboten hat wie die sandinistische von Ortega. Die Zusammenarbeit mit dem Unternehmerverband wurde sogar in der Verfassung festgeschrieben. Jedes Gesetz wurde mit den Unternehmern abgestimmt. Es herrschte ein Steuerparadies für die wirtschaftlichen Eliten.

## „ORTEGAS NICARAGUA WAR EIN UNTERNEHMERPARADIES“

**Diese Flitterwochen endeten mit der Sozialversicherungsreform vom April 2018, die die Unternehmer belastet hätte. Nicaragua galt als Land mit vergleichsweise geringer Neigung zur Gewalt. Wie kann man sich erklären, dass in einem halben Jahr wahrscheinlich über 500 Menschen der politischen Gewalt zum Opfer gefallen sind?**

Das ist der falsche Umgang mit der sozialen Krise. Ich bin der Meinung, dass die Unruhe schon längst latent vorhanden war. Dann brach in der Biosphäre *Indio Maíz* – einer der wichtigsten Lungen Zentralamerikas – ein Brand aus und es gab Proteste, weil die Regierung zu wenig unternahm. Schließlich gingen die Studenten gegen Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge für Pensionisten auf die Straße und viele Menschen schlossen sich an.

**Bis dahin war die Polizei immer mit dosierter Gewalt gegen Demonstrationen vorgegangen und ließ die Lage nicht eskalieren, etwa bei den Protesten gegen den geplanten interozeanischen Kanal.**

Diese Proteste waren eine regionale Angelegenheit, organisiert von der kommunalen Bauernbewegung. Was im April passiert ist, war ein nationaler Aufstand, der mit Ausnahme der Atlantikküste das ganze Land erfasst hat. Das war eine spontane Erhebung. Es kann sein, dass bestimmte politische Gruppen Einfluss genommen haben, aber in Nicaragua gibt es keine Organisation, die imstande wäre, so einen Aufstand zu steuern.

**In Nicaragua wird in einem Dialog eine politische Lösung gesucht. Wie steht es dabei?**

Am 18. April 2018 begann eine Krise in Nicaragua. Präsident Ortega suchte damals die Vermittlung der katholischen Kirche und im Mai begann ein Dialog. Konkretes Ergebnis war, dass die Regierung die Menschenrechtsorganisationen der Vereinten Nationen und der Organisation



Foto: Ralf Leonhard

Amerikanischer Staaten einlud, um die Gewalt im Land zu dokumentieren. Dass der Dialog nicht vorankam, lag an internen Problemen der Regierung und der Opposition. Der Regierung war es wichtig, dass die Barrikaden und Straßensperren beseitigt würden, aber sie musste erkennen, dass die Leute am Verhandlungstisch keinen Einfluss auf die Aufständischen an den Barrikaden hatten. Lange Zeit gab es dann keinen Kontakt mehr. Erst im Februar dieses Jahres begann eine zweite Etappe der politischen Verhandlungen. Der größte Erfolg war bisher die Freilassung der politischen Gefangenen.

**Die wurden aus den Gefängnissen entlassen, aber nicht entlastet.**

Die laufenden Strafprozesse sind nur suspendiert. Grundlage der Freilassung ist ein einseitig erlassenes Amnestiegesetz. Die Bürgerallianz der Opposition reklamiert außerdem, dass noch immer eine Anzahl Gefangener im Gefängnis ist, während sich die Regierung auf eine mit dem Roten Kreuz erstellte Liste beruft, die abgearbeitet sei.

**Es bleiben andere Forderungen, wie die Wiederherstellung der Bürgerrechte. Darf man wieder demonstrieren? Ein neues Gesetz kriminalisiert doch den friedlichen Protest.**



Im Prinzip ja, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. In der Praxis herrscht weiterhin Angst, weil die Polizei zu bedauerlichen Übergriffen neigt.

**In der ersten Dialogrunde vom Mai 2018 hat der Student Lesther Alemán Präsident Ortega öffentlich zum Rücktritt aufgefordert. Jetzt tritt die Opposition viel bescheidener auf.**

Ich denke, im Laufe der Krise haben alle dazugelernt und sich gemäßigt. Alle bewegen sich heute innerhalb des Verfassungsrahmens. Auch die OAS spricht in ihrem jüngsten Kommuniqué nicht mehr von vorgezogenen Wahlen, sondern von freien und international beobachteten Wahlen. Regulärer Termin ist 2021.

**Das Wahlgesetz und der Ortega-hörige Oberste Wahlrat wurden aber noch nicht reformiert.**

Soweit ich informiert bin, ist die Regierung bereit, in Zusammenarbeit mit der OAS diese Reform anzugehen. Wahrscheinlich gibt es äußere Umstände, die das verzögern. Ein neues Wahlgesetz sollte auch die regionale und kommunale Ebene umfassen.

**An wem liegt es, ob der Dialog fortgesetzt wird?**

Die Bürgerallianz will erst weiter reden, wenn die ihrer Meinung nach noch inhaftierte Gruppe frei ist. Die Regierung beruft sich auf die Rotkreuz-Liste und gibt der Bürgerallianz die Schuld für die Unterbrechung. Da muss die Verständigung neu hergestellt werden.

**Es gibt aber inzwischen auch externe Faktoren. Die USA machen massiv Druck.**

Ja, es gibt das Magnitsky-Gesetz, das bestimmten Personen die Einreise in die USA verbietet, und den sogenannten Nica-Act, der sich auf internationale Kredite für Nicaragua auswirkt. Das ist zum Teil schon in Kraft und wirkt sich auf die Bevölkerung aus. Als Kirche ziehen wir es aber vor, die Außenpolitik anderer Staaten nicht zu kommentieren. Es wäre wünschenswert, dass diese Krise unter Nicaraguanern gelöst wird. Die staatliche Würde und Souveränität sollten gewahrt bleiben.

weiter Seite 20 ➔

## BEWUSSTSEINSSPALTUNG IN NICARAGUA

Warum sich mit Daniel Ortega schwer Frieden schließen lässt

Bei allen politischen Widersprüchen, die das Land spätestens seit dem 18. April 2018 charakterisieren, sind sich fast alle NicaraguanerInnen, aber auch die meisten BeobachterInnen im Ausland, darüber einig, dass diese Nation zutiefst gespalten ist. Dabei bedarf es keiner Mauer und keines Stacheldrahts. Der Graben befindet sich vielmehr in den Köpfen der Menschen und hat die meisten Familien und auch politische Parteien im In- und Ausland in Mitleidenschaft gezogen. Dabei sind die Symbolfiguren der Auseinandersetzungen, der seit 2007 amtierende Präsident Daniel Ortega und seine Frau Rosario Murillo, Vizepräsidentin seit 2017, gleichzeitig Auslöser und Katalysatoren einer tiefgehenden Bewusstseinspaltung geworden.

Von Leo Gabriel

Obwohl die Symptome dieser Krankheit nur allzu augenscheinlich sind, bleiben die Ursachen weitgehend im Verborgenen. Denn wie lässt sich zum Beispiel erklären, warum nach wie vor Menschen eingesperrt und misshandelt werden, nur weil sie mit der Fahne Nicaraguas auf die Straße gehen und „Freiheit“ schreien? Wie war es möglich, dass es in einem Land, das zu Recht als das sicherste von ganz Zentralamerikas galt, innerhalb weniger Wochen zu einem Gewaltausbruch gekommen ist, der hunderte Tote und tausende Verletzte gefordert hat?

Selbst wenn die Beweggründe der Regierung und der Opposition relativ offensichtlich sind – den einen geht es um den Erhalt einer mühsam errungenen Macht, den anderen um die Durchsetzung ihres Anspruchs auf die Demokratisierung der Gesellschaft – war und bleibt das Ausmaß der Konfrontation weitgehend unverstänlich. Auch die Tatsache, dass beide Seiten von außen stimuliert und gefördert wurden, erklärt noch nicht, warum die Menschen fürchten müssen, in ihrem eigenen Haus bei lebendigem Leib zu verbrennen oder von paramilitärischen Einheiten zum Verschwinden gebracht zu werden – und das, obwohl inzwischen die meisten der aufgrund ihrer politischen Aktivitäten Verurteilten im Mai dieses Jahres freigelassen wurden und es auf der anderen Seite mit Ausnahme von einigen spontanen *flash-mob*-Aktionen, so gut wie keine Demonstrationen mehr gab.

### Scheitern des Dialogs

Dennoch ist die politische Stimmung in Nicaragua eineinhalb Jahre nach dem

Ausbruch der gewaltsamen Ereignisse nach wie vor von einer extremen Polarisierung gekennzeichnet. Daran änderte auch der politische Dialogprozess nichts, der im Mai des Vorjahres stattgefunden hat und im März 2019 wieder aufgenommen wurde. Allerdings waren diese Dialoge jeweils von kurzer Dauer: einmal, weil sich die katholische Kirche wegen ihres menschenrechtlichen Engagements für die Regierung Ortega als untragbar erwiesen hatte; und zuletzt, weil die hauptsächlich wirtschaftsfreundliche Oppositionsfraktion *Alianza Cívica* sich geweigert hatte, den Dialog fortzusetzen, ehe nicht auch die restlichen politischen Gefangenen freigelassen würden.

Mit allen diesen Fakten und Eindrücken im Kopf führte der Schreiber dieser Zeilen Ende Juli d.J. ausführliche Gespräche sowohl mit RepräsentantInnen der Opposition als auch mit Vertretern der Regierung, um der Frage nachzugehen, warum das Gefühl der allgemeinen Beklemmung in der Bevölkerung nach wie vor vorhanden ist. In den Gesprächen mit der Opposition wurde klar, dass die traumatischen Ereignisse der staatlichen und paramilitärischen Repression weiterhin andauerten, dass die als Oppositionelle gebrandmarkten Bürgerinnen und Bürger, die teilweise aus dem Exil in Costa Rica zurückgekommen waren, von den Banden der Sandinistischen Jugend verfolgt und eingeschüchert wurden.

### Hoffnung auf faire Wahlen

Trotzdem (oder gerade deswegen?) setzen die Oppositionsführer ihre Hoffnung auf die nächsten Präsidentschaftswahlen,

weiter Seite 20 ➔

⇒ von Seite 19: NICARAGUA

auch wenn diese erst im Jahr 2021 stattfinden würden. Dabei ist es ihnen besonders wichtig, dass das Wahlgesetz (*código electoral*) nicht nur die KandidatInnen der traditionellen Rechtsparteien PLI, PLC, PC etc. zulässt, sondern auch KandidatInnen von Koalitionen wie dem breit aufgestellten Oppositionsbündnis unter dem Namen *Alianza Nacional Azúl y Blanco* (ANAB), in dem Bauern-, StudentInnen-, Indígena- u.a. Organisationen ebenso vertreten sind wie die *Alianza Cívica* und einige Repräsentanten der Rechtsparteien.

Mir wurde klar, dass der Ball wieder einmal bei Daniel Ortega und seiner Frau Rosario Murillo lag, die de facto die laufenden Regierungsgeschäfte mit der ihr eigenen Unnachgiebigkeit übernommen hat. Aus diesem Grund war es mir umso wichtiger, nach mehr als einem Jahr wieder mit Daniel Ortega zusammenzukommen.

Für die Vorbereitung dieses Gesprächs war die Lektüre der Ortega-Biographie des nicaraguanischen Journalisten Fabián Medina Sánchez („Der Gefangene 198“) von besonderer Bedeutung. Darin charakterisiert er Daniel Ortega als einen Guerillakommandanten, der seinen siebenjährigen Aufenthalt in den Gefängnissen und Folterkammern der Somoza-Diktatur bis heute nicht überwunden hat. Unter Bezug auf Originalquellen schreibt Medina, dass Daniel Ortega, wenn er allein ist, nach wie vor sein Essen im Stehen einnimmt und innerhalb des großen Areals seines Amtssitzes in einer Kammer wohnt, die etwa die Ausmaße einer Gefängniszelle hat.

### Von der Gefangenschaft zur Paranoia

Verschiedene Aussagen während des dreistündigen Gesprächs lassen darauf schließen, dass Ortega sich bis zum heutigen Tag nicht nur physisch, sondern auch politisch als Gefangener seiner Geschichte empfindet, der er nur dank seiner übertriebenen Vorsichtsmaßnahmen heil entkommen konnte. Irgendwie scheint er eine panische Angst davor zu haben, dass ihm das Schicksal von Muammar al-Gaddafi beschieden sein könnte, dessen Leben ein schreckliches Ende fand.

Deshalb reden Ortega und mit ihm seine zahlreiche Gefolgschaft nach wie vor von einem „Putsch“, den er manchmal als *El Abrilazo* bezeichnet, hinter dem das US-Imperium stehe. Die Angst, die ihm manchmal auch Schweißperlen auf die Stirn



Rosario Murillo und Daniel Ortega

treibt, ist es also, die erklärt, warum er sich fast nie außer Haus bewegt – und wenn, dann nur in Begleitung von hunderten von Polizisten und Leibgardisten.

Zu dieser physischen Paranoia gesellt sich noch eine politische; so als fürchte er sich davor, dass ihm die Opposition die ganze Hand wegriß, wenn er ihr nur den kleinen Finger reicht. Deshalb lässt er sich auch auf keine ernsthaften Verhandlungen ein, weder was das Wahlgesetz betrifft, dessen Reform er ohne Konsultationen mit der Opposition in Angriff genommen hat, noch bezüglich der Vermittlung durch ihm durchaus wohlgesinnte Weggefährten innerhalb seiner eigenen Partei, der FSLN, oder durch linksliberale Kräfte wie die mexikanische Regierung unter Andrés Manuel López Obrador oder das zentralamerikanische Integrationsbündnis SICA.

Vielleicht ist es auch die schlechte Erfahrung des Jahres 1989, als er unter Vermittlung der so genannten Contadora-Gruppe die Wahlen akzeptierte und dann verlor, die ihm immer wieder den Satz entlockt: „Ich verhandle lieber mit dem Zirkusdirektor als mit seinen AkrobatIn.“

Tatsächlich hat Daniel Ortega sein monatelanges Schweigen erst gebrochen, als er im Februar d.J. mit einer von Präsident Trump entsandten Delegation zusammentraf, die ihn unter Androhung der Verschärfung der Sanktionen gegen seine Mitarbeiter zur Wiederaufnahme des Nationalen Dialogs zwang. Auch dass bei der Feier zum 40. Jahrestag der Revolution ausgerechnet der evangelische Pastor des Weißen Hauses reden durfte, spricht für sich.

All dies spricht aber auch dafür, dass die Wurzel der nach wie vor andauernden Polarisierung der politischen Landschaft Nicaraguas zu einem Großteil in der ganz persönlichen Befindlichkeit und Charakterstruktur des Präsidentenpaares liegt. Denn solange deren Paranoia der bestimmende Faktor in der Auseinandersetzung mit den oppositionellen Kräften bleibt, kann von einer Öffnung im Hinblick auf die Wahlen 2021 nicht die Rede sein. ■

⇒ von Seite 19: NICARAGUA

**Während der Revolution in den 1980er Jahren genoss die Befreiungstheologie so etwas wie den Status der offiziellen Religion. Gleichzeitig positionierte sich die Amtskirche unter dem damaligen Erzbischof Miguel Obando y Bravo klar in der Opposition. Hat das nachhaltig zur Spaltung der Kirche beigetragen?**

Nein, das was sich Volkskirche nannte, waren eigentlich nur kleine Grüppchen. Jetzt sind auch die gespalten, denn einige bleiben treu zu Ortega und andere sind auf kritische Distanz gegangen und haben sich der Amtskirche angenähert. Sie haben eine Entwicklung durchgemacht und die Rolle der Priester und Bischöfe neu beurteilt. Die Kirche ist gestärkt aus dieser Situation hervorgegangen.

**Die Amtskirche positioniert sich nicht so hart wie damals?**

In den 1980er und frühen 90er Jahren waren beide Positionen verhärtet, die der Basiskirche und die unsere. Seither haben sich beide gemäßigt, sich ihrer Mission zugewandt und entwickelt. Der kritische Flügel der Volkskirche, der zu Ortega auf Distanz gegangen ist, hat sich uns angenähert. Es gibt einen offenen Dialog und wir anerkennen gegenseitig unsere jeweiligen Werte. ■

Rolando Álvarez Lagos, 52, hat an der Päpstlichen Lateranuniversität Theologie und Philosophie studiert und wurde 2011 Bischof von Matagalpa. Seit 2009 fungiert er außerdem als Sekretär des Zentralamerikanischen Bischofssekretariats. Das Interview fand während der Tagung *Lateinamerika und Frieden?* der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart Ende Juni 2019 statt.

# TRANSGENDERFRAUEN IM (MÄNNER-)GEFÄNGNIS: DIE HÖLLE AUF ERDEN

Spott und Demütigungen waren die Folterwerkzeuge, die das Ortega-Regime gegen Transgender-Gefangene einsetzte. Victoria, Kisha und Carolina erzählen ihre Erlebnisse.

Von Keyling T. Romero

Stell dir sich vor, du befindest dich in einem leeren Raum. Du bist in der Nähe der Tür und trägst keine Kleidung. Schamgefühle überkommen dich und du versuchst erfolglos, dich mit deinen Händen zu bedecken. Stell dir vor, es gibt Dutzende von Männern im Raum, die deinen Körper beobachten und dich auslachen. Du bist gegen deinen Willen da. Jetzt schämst du dich in Grund und Boden, weinst vor Hilflosigkeit und der Demütigung wegen.

Victoria Obando, Kisha López und Carolina Gutiérrez, alle Transgender-Frauen, erlebten diese Szenen während der zehn Monate, in denen sie im Männergefängnis *La Modelo* festgehalten wurden. Die Gefängnisbehörden zogen sie aus, legten ihnen Handschellen an, drohten ihnen mit Vergewaltigung und weigerten sich, ihre Geschlechtsidentität anzuerkennen. „Ihr seid *huevones*<sup>1</sup>. Ihr seid hier, weil ihr Eier habt, nicht für irgendetwas anderes“, wurde ihnen gesagt. Die Demütigung, die den drei widerfuhr, ging über das Gefängnis hinaus, denn in den Räumen des Justizkomplexes von Managua, in denen sie des mutmaßlichen Verbrechens des Terrorismus beschuldigt wurden, war es ihnen verboten, während der Anhörungen die Beine zu kreuzen. Heute erzählen sie, wie es für sie war, Transgenderfrauen in einem Männergefängnis zu sein.

## „Mein Protest fand in den sozialen Netzwerken statt“

Alle Polizisten, die am 9. Juli 2018 Kisha López verhafteten, kannten sie. Sie wussten, dass sie einen Schönheitssalon hatte, dass sie gebrauchte Kleidung verkaufte und Kredite vergab, aber trotzdem wurde sie nackt aus ihrem Haus geholt und beschuldigt, sie habe Straßenblockaden in Diriamba (Departement Carazo) finanziert. Kisha konnte nichts tun, um sich zu verteidigen. Sie sah hilflos zu, wie die Polizei-



Foto: Claudia Tijerino, Niu

Kisha López

sten ihr Haus zerstörten, ihren Partner Edwin Gutiérrez schlugen und beide als die schlimmsten Verbrecher in der Nachbarschaft hinstellten. Sie bat darum, sich anziehen zu dürfen, aber es war vergebens. Als sie in der Polizeistation ankamen, brachten sie sie auf die Terrasse, setzten ihr eine Kapuze auf und ließen sie länger als eine Stunde in der Sonne. Bis dahin hatte sie nur über soziale Netzwerke gegen die Diktatur von Daniel Ortega protestiert. Ihr Partner schloss sich jedoch Personen an, die an den Straßenblockaden in Carazo teilnahmen. Deshalb wurden sie festgenommen. Stunden nach der Festnahme wurden sie nach Managua in das als *El Chipote* bekannte und berüchtigte Gefängnis verlegt.

„Ich erinnere mich, dass mein Körper zitterte. Ich habe versucht mich zu bedecken und sie haben mich immer wieder ausgelacht“, sagt Kisha. Die Wärter nutzten aus, dass sie nackt war, und demütigten sie. Es gab mehrere Gelegenheiten, in denen sie ihr auf die Brüste und auf das Gesäß schlugen und sagten: „Erkenne, dass du ein Mann bist, keine Frau“. Die Zurschaustellung des Körpers als Form der Folter wurde nicht nur gegen Transgender-Personen eingesetzt, jedoch war sie ihnen und ihrer Geschlechtsidentität gegenüber drastischer und der Hinweis darauf mit stark diskriminierenden Aussagen verbun-

den. „Wir wurden alle gleichermaßen physisch und psychisch misshandelt. Aber ein Unterschied lag darin, dass man uns Transgenderfrauen drohte, uns einzusperren, eben weil wir Victoria, Carolina oder Kisha heißen. Sie sagten uns, dass es in diesen Hochsicherheitszellen Verbrecher gibt, dass sie uns vergewaltigen können, dass sie mit uns machen können, was sie wollen, und dass niemand etwas tun würde, selbst wenn wir schreien würden“, erinnert sich Victoria Obando, die am 10. Juni 2019 freigelassen wurde.

Transgender-Personen erlebten somit im doppelten Sinn Hass. Erstens, weil die Behörden sie für die Proteste gegen Ortega verantwortlich machten, und zweitens, weil diese ihre sexuelle Orientierung nicht billigten. Carolina Gutiérrez, die erste Transgender-Frau, die im Zuge der Proteste verhaftet wurde, erlebte dies am eigenen Leib. Sie wurde auf eine Polizeistation in Carazo gebracht, wo ihr ein Polizist auf den Mund schlug, sodass ihr zwei Zahnstücke ausbrachen. Später brachte man sie nach *El Chipote*, wo die Schläge und psychologische Folter fortgesetzt wurden.

## Als Trans im Männergefängnis

Kisha López lebte zehn Monate im größten Männergefängnis des Landes. Dort erlebte sie die bittersten Momente ihres Lebens, weil sie die Gefängniswärter und sogar ihre Zellengenossen diskriminierten. „Ich erinnere mich, dass es einige gab, die die Bibel heranzogen, um mich zu verurteilen“. Während der ersten Wochen befand sich Kisha in derselben Zelle wie ihr Partner. Er gab ihr Kraft, den Misshandlungen und unmenschlichen Bedingungen des Gefängnisses standzuhalten, aber als die Gefängniswärter erfuhren, dass die beiden ein Paar waren, trennten sie sie. Grundbedürfnisse, wie sich zu waschen und der Toilettengang, waren für die Transgender-Frauen eine Odyssee. „Wir mussten unsere Scham überwinden, auch wenn wir aufs Klo gingen, denn eine der zahlreichen Repressionen der Wachen war es, die Türen währenddessen aufzutreten. Aber das sind die Kosten, die durch die Befreiung unseres Landes entstehen“, sagt Victoria Obando.

⇒ von Seite 21: NICARAGUA

**Diskriminierung vor Gericht**

Kisha López durfte während ihrer Anhörungen vor Gericht nicht einmal die Beine kreuzen. Ihren Äußerungen zufolge kam es einmal zu einem Streit zwischen der Richterin und ihrer Anwältin, da diese der Richterin erklärte, dass das Sitzen eine Sache der Gewohnheit sei. Die Richterin antwortete: „Ja, aber Sie müssen wie ein Mann sitzen, weil dies von der Richterin angeordnet wird“. In Nicaragua erkennt der Staat die Geschlechtsidentität der Transgender-Personen nicht an. Anstatt sie vor Risiken zu schützen, nutzten sie ihre Sexualität als Unterdrückungsmechanismus. „Wenn der Staat eine/n Transsexuelle/n sieht, nutzt er dessen/deren Verwundbarkeit aus und ist dafür verantwortlich, wenn er sie gegen ihn/sie einsetzt“, sagt Dámaso Vargas, Mitglied der *Mesa Nacional LGBT Nicaragua*.

**Verurteilung und Freilassung**

Victoria Obando, die sich seit ihrem 18. Lebensjahr als Frau fühlt und definiert, ist in Bewegungen aktiv, die sich für die Anerkennung der sexuellen Vielfalt einsetzen. Vor ihrer Festnahme hatte sie eine Universitätskarriere an der UNAN in Managua begonnen. Sie wurde unter anderem des Terrorismus und des Raubes beschuldigt und am 10. Juni 2019 freigelassen.

Kisha Cristelia López stammt ursprünglich aus Diriamba, Carazo. Die Achtundzwanzigjährige wurde im August letzten Jahres verhaftet und zu 41 Jahren Gefängnis verurteilt. Am 20. Mai 2019 kam es zu ihrer vorzeitigen Freilassung.

Guiselle Carolina Gutiérrez Mercado, auch als „Sexy Carolina“ bekannt, wurde zu 47 Jahren Gefängnis verurteilt; sie habe öffentliche Straßen blockiert, Raubüberfälle begangen, Waffenhandel betrieben und öffentliches Eigentum beschädigt. Ihr Anwalt legte jedoch Berufung ein und die Haftstrafe wurde auf 13 Jahre herabgesetzt. Am 20. Mai 2019 kam es zu ihrer vorzeitigen Freilassung. ■

Keyling T. Romero ist Journalistin und schreibt für Niú und Confidencial. Erstveröffentlichung auf: <https://niu.com.ni/el-infierno-de-las-mujeres-trans-en-prision/>. Übersetzung und Kürzung: Laurin Blecha

<sup>1</sup> *huevo = dt. Ei. Sexistische und diskriminierende Bezeichnung, die auf die männlichen Geschlechtsorgane bezogen ist.*

**HONDURAS****EIN PRÄSIDENT IN TIEFEN**

Seit Mitte April streiken in Honduras Gewerkschaften des Bildungs- und Gesundheitssektors gegen ein Gesetz zur neoliberalen Umstrukturierung dieser Bereiche. Diese Proteste haben sich inzwischen zu einem landesweiten Aufstand entwickelt, in dem sich die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsteile und die fehlende Legitimität des autoritären Regimes von Präsident Juan Orlando Hernández ausdrücken. Die Autorität seiner Regierung wird zusätzlich durch seine unlängst aufgedeckte Verwicklung in den Drogenhandel untergraben.

Von Johannes Schwäbl

**W**ürden wir über jedes Unglück weinen, das in diesem Land mit dem Namen *hondo* (tief) und *duro* (hart, schwer) geschieht, würden wir die Flussbetten und die Straßengraben füllen und den Traum der Jungen und Mädchen ertränken, die immer noch Trost in den Guaven, den Butterbroten und den Umarmungen und Worten derer finden, die für sie sorgen“, schreibt die honduranische Poetin Melissa Cardoza.

Die Lebensrealitäten der rund neun Millionen BewohnerInnen des kleinen mittelamerikanischen Landes Honduras sind schwierig. Korruption, organisiertes Verbrechen, Gewalt und Armut prägen das Land. Laut Daten des nationalen Statistik-Institutes INE leben sechs Millionen HonduranerInnen in Armut, 3,9 Millionen davon in extremer Armut. Im vergangenen Jahr registrierte die Beobachtungsstelle für Gewalt an der Autonomen Nationalen Universität 3310 Morde. Obwohl die Mordrate damit geringer ist als in den Vorjahren, zählt Honduras weiterhin zu den gefährlichsten Ländern der Welt. Durchschnittlich verlassen jeden Tag 300 HonduranerInnen ihre Heimat und machen sich auf die gefährliche Reise in den Norden. Das Thema Migration ist allgegenwärtig und die Geschichten darüber füllen die Gesprächsrunden. Sei es über den eigenen missglückten Versuch und die Abschiebung; den Bruder, der in einigen Tagen aufbrechen will oder die Nachbarin, die vor wenigen Tagen in Los Angeles angekommen ist und vorerst bei ihrer Schwester Unterschlupf gefunden hat.

Wir befinden uns auf dem entgegengesetzten Weg, in Richtung Süden, in die nordhonduranische Stadt El Progreso. „Nehmt Mückenspray mit, es gibt eine Dengue-Epidemie“, schreibt uns unsere Freundin Maria am Vortag. „Ok, Mückenspray haben wir dabei. Hast du was von Straßenblockaden auf der Strecke gehört?“

Wer zurzeit in Honduras unterwegs ist, sollte gut informiert und flexibel sein. In den letzten Monaten haben Demonstrationen und Straßenblockaden immer wieder weite Teile des Landes lahmgelegt. Die Proteste richten sich gegen die Regierung von Präsident Juan Orlando Hernández und sind der vorläufige Höhepunkt der politischen und sozialen Instabilität, die seit dem zivil-militärischen Putsch vom Juni 2009 im Land herrscht. Seit der verfassungswidrigen Wiederwahl des Präsidenten bei den umstrittenen Wahlen im November 2017, die unter anderem von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) als zweifelhaft bezeichnet wurden, hat sich die Situation weiter zugespitzt. Das Land befindet sich in einer tiefen Krise. Die Parole „Fuera JOH“ (Juan Orlando Hernández raus) ist allgegenwärtig, ob als Graffiti in den Straßen oder als einfacher Gruß und Zuruf zwischen Bekannten.

Heute ist die Autobahn zwischen den Städten San Pedro Sula und El Progreso frei. Wir passieren die Überreste einer Mautstelle, die im Zuge der Proteste zerstört wurde und nun als stilles Monument von der Wut und dem Widerstand derer zeugt, die der Hoffnungslosigkeit und staatlichen Repression weiterhin trotzend die Stirn bieten. Laut einer öffentlichen Umfrage im April 2019 des ERIC (*Equipo de Reflexión, Investigación y Comunicación*) sind 62,7% der Befragten der Meinung, Hernández müsse bereits vor den nächsten Wahlen zurücktreten. Neben der fehlenden demokratischen Legitimierung gibt es eine Reihe von weiteren Gründen für die Unbeliebtheit des Präsidenten. So zum Beispiel die Verwicklung in Korruptionsfälle, der weitere Anstieg der Armut im Land und der massive Ausverkauf der natürlichen Ressourcen und öffentlichen Gemeingüter an transnationale Unternehmen. 70,3 Prozent der honduranischen Be-

## SCHWIERIGKEITEN

völkerung sind überzeugt, dass die staatlichen Institutionen durch das organisierte Verbrechen kontrolliert werden. Juan Antonio Hernández, der Bruder des Präsidenten, sitzt seit November in den Vereinigten Staaten in Haft. Ihm wird organisierter Drogenhandel im großen Stil vorgeworfen.

„Honduras ist wie eine trockene Weide, die jeder x-beliebige Zündfunke entfacht“, beschreibt Suyapa Figueroa die Situation. Figueroa ist Vorsitzende der honduranischen Ärztekammer und wurde in den letzten Monaten zu einem der wichtigsten Sprachrohre des Protestes. Als Ärzte- und LehrerInnengewerkschaften im April gegen die Privatisierung des staatlichen Gesundheits- und Bildungssystems mobilisierten und in den Streik traten, entfachte dies einen erneuten Flächenbrand. Dem Aufruf der LehrerInnen und MedizinerInnen, die sich in der Plattform zur Verteidigung der Bildung und Gesundheit zusammenschlossen haben, folgten weitere Sektoren. StudentInnen, SchülerInnen, Eltern, soziale und indigene Organisationen unterstützen den Kampf der Gewerkschaften, auch der Transportsektor und sogar Teile der nationalen Polizei traten zeitweise in den Streik. In den Tagen zwischen Mai und Juni kam es nahezu täglich zu massiven Demonstrationen, Straßenblockaden und Universitäts- und Schulbesetzungen im Land. Die honduranische Menschenrechtsorganisation *C-Libre* zählte zwischen dem 4. März und dem 25. Juni 346 Protestaktionen.

### Explosive Dekrete

Auslöser für diese Protestwelle war die Verabschiedung mehrerer Regierungsdekrete, welche den nationalen Notstand im Gesundheits- und Bildungssystems erklären und die Einrichtung von Sonderkommissionen ermöglichen. Diese Kommissionen sollen eine Umstrukturierung und Sparmaßnahmen in beiden Bereichen vornehmen. Das honduranische Bildungs- und Gesundheitssystem ist in der Tat in einer tiefen Krise. Dies zeigt sich auch an der aktuellen Dengue-Epidemie, die bereits mehr als 100 Todesopfer forderte. KritikerInnen wie der Lehrer Bayron Rodríguez Pineda sehen in der Regierungsinitiative allerdings eine falsche Lösung und befürchten Massenentlassungen und einen Angriff auf die Rechte und Strukturen der organisierten Lehrkräfte und MedizinerIn-

nen. Dadurch sollen die starken Gewerkschaften geschwächt werden, denn diese setzten sich bisher erfolgreich gegen neoliberale Reformen und die Privatisierung der öffentlichen Gesundheit und Bildung ein.

„Der Protest hat einen allgemeinen Charakter entwickelt. Was als ein Streik bestimmter Sektoren begann, wandelte sich in einen Nachbarschaftsaufstand. Wir waren fähig, die Stadt San Pedro Sula lahmzulegen und Straßen im ganzen Land zu blockieren. Es ist eine Wiederholung des Aufstands vom Dezember 2017, der auf den Wahlbetrug folgte. Er ist nur stärker und klarer in seinen Zielen. Das Ziel ist das Menschenrecht auf universelle Gesundheit und Bildung“, beschrieb Bayron Rodríguez Pineda im Juni die Situation.



Der Präsident, ein „Vaterlandsverräter“ und „Delinquent“ (Protest im Februar 2018)

### Repression und Scheindialog

Die Regierung antwortete mit brutaler Repression und schickte Polizei und Militäreinheiten, um gegen die Demonstrierenden vorzugehen. Dabei setzen Polizisten und Soldaten neben großen Mengen von Tränengas und Gummigeschoßen auch scharfe Munition ein. Amnesty International spricht von einer klaren Botschaft des Präsidenten: „Fuera JOH zu rufen und eine Veränderung zu fordern kann mit einem hohen Preis bezahlt werden. Bei den Protesten starben mindestens sechs Personen und es kam zu Dutzenden Verletzten, in vielen Fällen aufgrund des Schusswaffeneinsatzes durch Sicherheitskräfte.“ Aufgrund des Drucks auf der Straße wurden die umstrittenen Regierungsdekrete, die Auslöser für die Proteste waren, zurückgenommen.

Im Juni rief Hernández zu einem nationalen Dialog auf. VertreterInnen der Plattform wurden zu diesem Dialog allerdings nicht eingeladen und kritisierten diesen als Farce zwischen der Regierung und ihr nahestehenden Personen, die die Gewerkschaften nicht repräsentieren. Die Plattform rief deshalb zu einem alternativen, breiten und zivilgesellschaftlichen Dialog auf, um Auswege aus der aktuellen Krise zu finden. Dabei wird die Bevölkerung aktiv eingebunden. Dies ist allerdings ein langsamer Prozess, der durch lokale Versammlungen in den Städten und Landkreisen geschieht. Aufgrund dessen und auch wegen der Erschöpfung, welche die konstanten Mobilisierungen und die massive Repression der letzten Wochen mit sich brachten, gehen die Proteste im Juli

zurück. Es hat den Anschein, als hätte die Regierung es erneut geschafft, eine Krise auszusitzen. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist dadurch aber nicht überwunden, und so bleibt nur abzuwarten, wann die Situation erneut explodiert.

### Das „Drogenproblem“ des Präsidenten

Und dies lässt nicht lange auf sich warten. Anfang August berichten internationale Medien über die Verwicklung des Präsidenten in den organisierten Drogenhandel. Ein Dokument eines Gerichtshofes in New York bringt ihn in Verbindung mit Drogenhandel und Geldwäsche. So sollen im Jahr 2013 1,5 Millionen US-Dollar aus Drogeneinnahmen für Hernández' Wahlkampf verwendet worden sein. In einer abendlichen Pressekonferenz weist dieser

⇒ von Seite 23: HONDURAS

## DIE HINTERGRÜNDE DER BRÄNDE

die Vorwürfe zurück und spricht von einer Verschwörung des organisierten Verbrechens gegen seine Regierung. Das glaubt ihm in Honduras niemand und selbst in der eigenen Partei werden Stimmen für seinen Rücktritt laut. In sozialen Netzwerken, die längst die traditionellen, der Regierung nahestehenden Medien im Land als Informationsquelle ersetzt haben, verbreitet sich die Nachricht wie im Flug.

Erneut kochen die Emotionen auf, die Leute warten auf weitere Informationen. Erste Demonstrationen und Versammlungen werden koordiniert. „Dieses Mal wird er fallen“ ist vielerorts zu hören. „Juan Orlando Hernández hat keine Legitimität im Land, was ihn an der Macht hält, ist die Unterstützung, die er aus dem Ausland erhält“, erklärt die Ärztin Ligia Ramos in einem Interview, das über Facebook verbreitet wird. Mit den jüngsten Anschuldigungen aus New York ist auch die Hoffnung verbunden, die US-Regierung müsse nun endlich ihre Unterstützung für Hernández zurückziehen. Allerdings dauert diese Hoffnung nur kurz an. Am 25. August wird der honduranische Präsident vom US-Staatssekretär für Innere Sicherheit empfangen. Thema des Gespräches sind die irreguläre Migration und Grenzsicherheit<sup>1</sup>.

Am Tag unserer Abreise kommt es erneut landesweit zu massiven Demonstrationen und die wichtigen Verbindungsstraßen in Honduras sind blockiert. So verlassen wir das Land auf einer Alternativroute. Auf unserem Weg zur Grenze über kurvige Straßen, die sich an grün bewachsenen Hügeln entlang schlängeln, bleibt ein surrealistischer und unglaublicher Eindruck zurück: über ein Land, dessen Bevölkerung aufgrund fehlender Alternativen massiv ins Ausland flieht, oder mit einer bewundernswerten Mischung aus Mut, Ausdauer, Sturheit und Phantasie immer wieder zum Sturm gegen die Windmühlen eines autoritären Regimes antritt, und das solange wiederholen wird, bis diese schließlich einstürzen. Sollte es nicht gelingen JOH zu stürzen, sieht Menschenrechtsaktivist José Carlos Cardona Honduras am Rand einer beispiellosen Katastrophe: „Das Land ist nahe am Kollaps, der jederzeit eintreten kann. Ein kleiner Funke genügt, und alles geht zur Hölle“.

<sup>1</sup> Ende September kam es zum Abschluss eines Abkommens mit den USA, das Honduras zum „sicheren Drittstaat“ erklärt.

Auf Extraktivismus setzende Regierungen in Lateinamerika schüren die Zerstörung im Amazonas und darüber hinaus. Internationale Allianzen und indigene Technologien können zum Schutz des Lebensraums beitragen und die 30 Millionen Einwohner des Amazonas unterstützen.

Von Laurence Blair

Satellitenbilder lieferten Ende August ein apokalyptisches Bild von Lateinamerika. Unkontrollierte Waldbrände breiteten sich im Herzen des Kontinents in alle Richtungen aus, ohne vor nationalen Grenzen Halt zu machen. Die Feuer im brasilianischen Amazonas übertrafen jene der letzten acht Jahre um mindestens 35 Prozent und drangen bis in die Savanne des *Cerrado* vor. Erstickende Rauchschwaden senkten sich über Städte im peruanischen Teil des Regenwaldes und machten im 4000 km entfernten São Paulo den Tag zur Nacht. Die Flammen wüteten auch im Feuchtgebiet des *Pantanal* und dem ausgedehnten Waldgebiet des *Chaco*, das sich Bolivien, Brasilien und Paraguay teilen. Hier standen mindestens 40.000 Hektar Vegetation in Flammen. Sie brachten schon durch die Entwaldung im Interesse der Agroindustrie gefährdete indigene Völker wie die *Ayoreo* und *Yshir* weiter in Bedrängnis.

Die vielleicht schlimmsten Szenen spielten sich in der Region *Chiquitano* ab, einer riesigen Übergangszone aus Trockenwald in Ostbolivien, die den Amazonas und den Chaco verbindet. Hier wurden allein im August 782.000 Hektar in Brand gesetzt und damit seit Jahresbeginn schon über eine Million, fast das Dreifache im Vergleich zum Durchschnitt der letzten Jahre. Wie auch in Brasilien, Paraguay und Peru sind die Schäden an Vegetation und den gefährdeten Wildtieren unanschätzbar; laut lokalen UmweltschützerInnen wird es Jahrhunderte dauern, bis sich die betroffenen Gebiete wieder erholt haben.

Organisationen wie COICA, die Koordination indigener Organisationen des Amazonasbeckens, Vertreterin der drei Millionen Indigenen der Region, haben rasch erkannt, dass die Bedrohung territoriale und politische Grenzen sprengt. In

einem offenen Brief warf sie den Regierungen von Jair Bolsonaro und Evo Morales „physischen, ökologischen und kulturellen Genozid in Amazonien“ vor, die sich durch ihre Aktionen und Unterlassungen von Tag zu Tag verschlimmerten. Die beiden Präsidenten seien im Regenwald nicht länger willkommen, da sie wiederholt „ihren Rassismus und strukturelle Diskriminierung gegen indigene Völker“ bewiesen hätten. Sie handelten nur im Interesse großer Wirtschaftsgruppen und ihrer Megaprojekte in Agroindustrie, Bergbau und Wasserkraft.

Die internationale Aufmerksamkeit war lange auf den brasilianischen Amazonas beschränkt und strukturelle Aspekte vernachlässigt. Das Blickfeld auszuweiten bedeutet nicht, Evo Morales, den einstigen Kokabauern, mit Bolsonaro, dem nationalistischen früheren Fallschirmjäger, gleichzusetzen. Es heißt vielmehr einzusehen, wie der uruguayische Ökologe Eduardo Gudynas schreibt, dass wir mit einer Situation konfrontiert sind, „in der alle politischen Ideologien unfähig scheinen, die Feuer zu löschen“, mit einem düsteren Panorama, in dem Feuer in allen wichtigen tropischen und subtropischen Ökoregionen Südamerikas wüten, „in den Dschungeln, den Trockenwäldern, den Savannen und sogar im Pantanal“. Die grenzüberschreitenden Gemeinsamkeiten zu verstehen, ist der erste Schritt hin zu Strategien zur Hilfe für die Wälder und die darin lebenden Völker.

Feuer sind in der Zeit zwischen August und Oktober quer über den Kontinent zwar üblich, aber nicht naturgegeben. Die Bauern nützen die Trockenzeit in der Regel, um weniger wertvolles Holz von bereits gefällten Bäumen zu verbrennen, um so für Rinder oder Pflanzungen Platz zu schaffen. In Bolivien ist diese Praxis als *chaqueo* bekannt, ein traditionelles, primitives Verfahren von fraglichem Nutzen für den Boden. Aber sowohl in Bolivien wie in Brasilien begannen viele der hunderttausenden individuellen Feuer im Primärwald oder griffen auf ihn über. Der wirkliche Schaden könnte noch höher sein, da viele Feuer in Wäldern vom Satelliten aus nur schwer zu beobachten sind.

In beiden Ländern hat das ungewöhnliche Ausmaß der Brände direkt mit der Ermunterung dazu durch die Regierung zu

## IN LATEINAMERIKA

tun. Offenbar wurden etliche brasilianische Bauern durch Bolsonaros aggressiven Abbau der Umweltbehörden dazu angespornt, einen „Tag des Feuers“ zu organisieren, um Wald niederzubrennen und die Agrarfläche auszuweiten. In Bolivien verweisen Umweltschützer auf zumindest sechs präsidentielle Dekrete und vier neue Gesetze aus den letzten sechs Jahren, welche die landwirtschaftliche Nutzung von Wäldern fördern. Die Entwaldungsrate hat sich so seit 2015 verdreifacht. Morales hat auch die von Kleinbauern gelegten Feuer als für sie überlebenswichtig bezeichnet. Viele von ihnen sind arme MigrantInnen aus dem Hochland und wesentlicher Teil seiner sozialen Basis.

### Internationalen Druck erzeugen

Die drastische Ausweitung der Brände im August hat wie seit Jahrzehnten nicht die Verletzlichkeit der südamerikanischen Wälder vor Augen geführt. Wie die COICA in ihrem Brief feststellte, haben dazu viele langfristige und heimtückische Faktoren beigetragen: Herkömmliche Schlägerung, die schleichende Ausweitung der Ackerflächen für Sojaanbau und Rinderzucht, Dürren und lokaler Klimawandel, Migration und Verstädterung sowie von linken und rechten Regierungen verfolgte massive Infrastruktur- und Wasserkraftprojekte haben in nur fünf Jahrzehnten zur Zerstörung von fast 20 Prozent des Amazonas beigetragen. Dieser komplexe Mix aus Faktoren, die hinter dem Verschwinden von wesentlichen Primärwäldern in ganz Südamerika stehen, erfordert intensives Nachdenken darüber, wie andere Länder, internationale Organisationen und NGOs sowie einzelne Individuen darauf wirksam reagieren können.

Es geht um extrem viel. Der Amazonas ist nicht Quelle von 20 Prozent des Sauerstoffs der Erde, wie der UN-Generalsekretär und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron irrtümlich behauptet haben. Doch er ist wichtig als Quelle einer einzigartigen Biodiversität, ein Regulator des globalen Klimas und eine riesige Kohlenstoffsenske. WissenschaftlerInnen sehen die Entwaldung sich einem Kipppunkt nähern, an dem sich der ganze Urwald unaufhaltsam in eine kärgliche Savanne verwandeln würde. Der Schutz des Amazonas und der



Europas Importe von Soja und Rindfleisch fachen die Regenwaldzerstörung mit an.

benachbarten Wälder ist das Kernstück jedes ernsthaften Versuchs, die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu mildern.

Arrogante Belehrungen oder gar militärische Drohungen würden jedoch nur nationalistischen Ängsten Brasiliens Souveränität betreffend Auftrieb geben und Bolsonaros absurder Behauptung, Umweltorganisationen stünden hinter den Feuern, in die Hände spielen, wie auch seiner Weigerung, Hilfe aus dem Ausland anzunehmen. Symbolische einmalige Zahlungen wie die von der G7 angebotenen 20 Millionen US-Dollar sind auch wenig hilfreich. Stattdessen sollten Programme wie der Fonds für den Amazonas, der seit 2008 über eine Milliarde Dollar für Umweltmaßnahmen aufgebracht hat, gestärkt und an Bedingungen geknüpft werden. Wenn nationale Regierungen diese Konditionen ablehnen, sollten diese Mittel – wie kürzlich von neun brasilianischen Staaten vorgeschlagen – über lokale Behörden kanalisiert werden oder über vertrauenswürdige multilaterale Organisationen, lokale Gemeinschaften oder NGOs.

Wenn es zugleich in den nördlichen Wirtschaften Fortschritte beim Waldschutz und der Dekarbonisierung gibt, dann wird es ihre moralische Autorität stärken, wenn es darum geht, andere Länder beim Schutz ihrer Wälder zu unterstützen – und auch dem Weltklima nützen.

Eine Option für Individuen besteht auch darin, weniger oder kein rotes Fleisch zu essen, werden doch Wälder weltweit gerodet, um Platz für Rinder und den Anbau von Tierfutter zu schaffen. Doch

bewusste KonsumentInnen im Westen dürften weniger Einfluss haben als angenommen. Als die USA 2017 den Import von brasilianischem Rindfleisch stoppten, war es wegen Sicherheitsbedenken. Der Großteil der auf einstigen Regenwaldflächen erzeugten bolivianischen Produkte ist für China bestimmt. Die Kritik an komplizierten Lieferketten und industriefreundlichen Bescheinigungen der Nachhaltigkeit von Produkten wie Palmöl, Holzkohle und Tropenholz ist zwar auch wichtig, aber schwer so breit zu vermitteln, dass sie gesellschaftlichen Wandel bewirkt.

In diesem Kontext sollten Handelsvereinbarungen wie das nach jahrzehntelangen Verhandlungen im Juni verkündete Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur sorgfältig geprüft und nicht vorschnell abgelehnt oder akzeptiert werden. Auf der einen Seite gibt es das ökologische Risiko einer weiteren Ausweitung der Agrarfront in Südamerika; andere verweisen auf die im Vertrag enthaltenen grünen und menschenrechtlichen Standards und deren vorgesehene regelmäßige Prüfung<sup>1</sup>. Frankreich und Irland haben erklärt, dem Abkommen nur zuzustimmen, wenn Brasilien seinen Verpflichtungen gegenüber der Umwelt nachkommt. Finnland hat im selben Sinn angesichts der Brände vorgeschlagen, die brasilianischen Rindfleischexporte in die EU einzuschränken. Sollte sich Südamerika aber gezwungen sehen, seine Handelsbeziehungen mit China oder Trumps USA zu vertiefen, würde das wohl deutlich laschere Schutzbestimmungen bedeuten.

⇒ von Seite 25: HINTERGRUND  
DER BRÄNDE

### Fokus auf die Völker des Amazonas

Grundsätzlich muss jeder Versuch, zum Schutz der südamerikanischen Wälder beizutragen, die dort lebenden Völker einbeziehen. Europäische Invasionen und Krankheiten haben die indigenen Zivilisationen des Amazonas dezimiert. Nach Jahrhunderten staatlich betriebener Kolonisierung leben im Amazonasbecken heute etwa 30 Millionen Menschen, verteilt auf ein paar größere und hunderte kleinere Städte, Dörfer und indigene Reservate. Diese vorwiegend arme Bevölkerung afrikanischer und gemischter Abstammung wird weiter wachsen. Wie können ihre materiellen Bedürfnisse und das Bestreben der Regierungen, aus der Entwicklung des Regenwaldes politischen und finanziellen Profit zu schlagen, mit dem nötigen Schutz des Amazonas vereinbart werden?

Einen möglichen Schlüssel dafür liefert die Geschichte des Regenwalds, der vor tausend Jahren kein unberührter Wald war, sondern die Heimat vielfältiger und komplexer städtischer Gesellschaften. Wer heute durch den Amazonas reist, sieht überall Spuren einstiger Eingriffe, von dicken Schichten von *terra preta* (fruchtbarer menschengemachter Boden) bis zu den Obstbäumen und Palmen, die von vorkolumbischen Völkern gepflanzt und domestiziert worden sind. Ohne zu verbrennen oder zu kollabieren ernährte der Wald in den Jahrhunderten vor 1492 problemlos einige Millionen Menschen. Diese sorgsame Koexistenz zwischen menschlicher Gesellschaft und Umwelt verfügte über Wissen und Methoden, die von den indigenen BewohnerInnen des Regenwalds bis heute bewahrt wurden. Erhalten ihre Stimmen mehr Gewicht, könnte das für die Suche nach einer Lösung hilfreich sein.

Experimente wie nachhaltige Obstplantagen in indigenem Besitz im brasilianischen Amazonasstaat Acre bieten bereits eine alternative Sichtweise ökologischer Produktion. In Belem, Pará, prüft das renommierte Forschungsinstitut *Imazon*, wie alte Agroforst-Techniken für den Lebensunterhalt genutzt werden können, ohne die Natur zu schädigen. Auch Methoden wie die Steigerung der Effizienz bereits landwirtschaftlich genutzter Flächen, die Förderung von Aufforstung von unproduktivem Land, die Stärkung gemeinschaftlicher Feuerprävention oder auch Anreize

für Migration aus dem Amazonasbecken, indem anderswo Chancen geschaffen werden, können eine Rolle spielen. Auch eine Verschiebung der Wirtschaft in amazonischen Städten von der Produktion hin zu Dienstleistungen und dem Wissenssektor kann ihre Belastung der Umwelt verringern.

Vor allem haben sich indigene Völker in gut demarkierten und beschützten Reservaten als die wirksamsten Wächter gegen menschengemachtes Feuer und sonstige Entwaldung erwiesen. Manchmal kann dabei technische Unterstützung von außen nützlich sein. So arbeitet die FAO mit Mbya Guarani-Gemeinschaften in Paraguay zusammen und hilft ihnen mittels einer Smartphone-App und GPS dabei, die Reste des atlantischen Regenwaldes zu schützen, während *Global Forest Watch Ayoreo*-Dörfer im Chaco mit Satellitenbildern dabei unterstützt, Entwaldung zu überwachen.

Solche Vorschläge mögen utopisch oder technokratisch anmuten. Südamerikas Wälder sind heute mit höheren Ansprüchen konfrontiert als je zuvor. Die Uhren in Richtung einer radikal genügsamen Gesellschaft zurückzudrehen, wäre wahrscheinlich unpopulär und kaum durchführbar. Doch unter indigenen VertreterInnen und selbst Teilen des Agrobusiness gibt es die Bereitschaft, mit neuen Ansätzen und ungewohnten Formen der Zusammenarbeit zu experimentieren. Im November 2018 fand zum Beispiel in der von Indigenen besetzten Aldeia Maracanã in Rio eine Konferenz statt, bei der indigene Delegierte aus dem Amazonas und ganz Amerika Ideen über die Verteidigung der Natur und die Sicherung einer nachhaltigen Lebensweise austauschten.

Dabei erklärte mir També, ein *Korubo*-Schamane aus dem Westen Brasiliens, während er auf dem Boden ein zeremonielles Feuer entzündete: „Feuer ist wie eine Gottheit. Das Feuer des Widerstands ist auch nach 500 Jahren noch stark.“■

Der Autor ist ein unabhängiger britischer Journalist, dessen Beitrag Ende August auf der Seite [www.nacla.org](http://www.nacla.org) erschienen ist. Übersetzung und Kürzung: Hermann Klosius

<sup>1</sup> *Bisherige Erfahrungen, etwa mit dem Abkommen zwischen Mexiko und der EU, stellen letzterer ein schlechtes Zeugnis aus, da die dort enthaltenen menschenrechtlichen Klauseln folgenlos geblieben sind. Zu begrüßen ist hingegen die Verpflichtung der künftigen österreichischen Regierung durch das Parlament, dem Abkommen auf EU-Ebene nicht zuzustimmen.*

## KAVALIERSDELIKT

Obwohl er im Verfahren gegen Ex-Präsident Lula seine Kompetenzen als Richter systematisch überschritten hat, bleibt Justizminister Sergio Moro im Amt.

Zum Pfingstwochenende 2019 ließ die Website *The Intercept* eine publizistische Bombe platzen. Das Medienprojekt, hinter dem der US-Journalist und Pulitzer-Preisträger Glenn Greenwald steht, veröffentlichte zahlreiche Unterhaltungen des aktuellen Justizministers und damaligen Bundesrichters Sergio Moro mit den Staatsanwälten des Korruptionsverfahrens *Lava Jato* (Autowäsche), die über den Messaging-Dienst *Telegram* geführt wurden. Daraus geht hervor, dass Moro als Richter die ermittelnden Staatsanwälte im Verfahren gegen den früheren Präsidenten Luiz Inácio da Silva anleitete, beriet und mit ihnen die effektivste Vorgehensweise diskutierte.

Aus den veröffentlichten Texten geht nicht nur ein absoluter Mangel an Neutralität des Richters und eine direkte Beteiligung an der Strategie der Staatsanwaltschaft hervor. Moro gab zudem Anweisungen, wie mit der Presse und möglichen Zeugen vorzugehen war. Er drängte auf Durchsuchungen, wenn zu viel Zeit verstrich und das Thema aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verschwinden drohte. Aus dem Austausch mit Staatsanwalt Deltan Dallagnol geht jedoch auch hervor, dass Richter und Staatsanwälten bewusst war, wie schwach die Beweise gegen Lula waren, mit denen dieser verurteilt und von der Präsidentschaftswahl ausgeschlossen wurde.

Zur Erinnerung: Lula wurde vorgeworfen, von einer Baufirma ein Luxusapartment sowie aufwändige Umbauten in dieser Wohnung am Strand von Guarujá geschenkt bekommen zu haben. Lula leugnete stets, Besitzer dieser Immobilie zu sein. Stichhaltige Beweise blieb die Staatsanwaltschaft schuldig, und so lag letztlich nur die belastende Kronzeugenaussage des Direktors der inkriminierten Baufirma vor. Dem bereits wegen Korruption verurteilten Geschäftsmann winkte für seine Aussage die Entlassung. Die Verurteilung des Ex-Präsidenten beruhte damit auf der richterlichen Abwägung zweier Aussagen, die Moro zu Lasten Lulas entschied, was die-



## AMTSMISSBRAUCH

sem eine achtjährige Freiheitsstrafe eintrug.

Die Reaktion der beiden Hauptbelasteten Sergio Moro und Deltan Dallagnol? Die Inhalte der Kommunikation wurden nicht bestritten, der „illegale Ursprung“ natürlich beklagt und ansonsten kein unangemessenes Verhalten eingestanden. Die Reaktion Bolsonaros? Nach anfänglichem Schwanken, ob Moro als Justizminister zu halten sei, kam er zum Schluss, dass die Reaktion der Öffentlichkeit nicht stark genug sei. Moro blieb auch nach zwei mehrstündigen Anhörungen im Parlament im Amt.

Dass der öffentliche Aufschrei nicht allzu laut ausfiel, mag auch am gesellschaftlichen Klima in Bolsonaros Brasilien liegen: Natürlich blieb der Hinweis nicht aus, dass Greenwald erstens Ausländer sei, zweitens homosexuell und drittens – *horribile dictu* – zur Erschleichung der Aufenthaltsgenehmigung einen Brasilianer ehelichte! Dass die gewichtige Anwaltskammer ebenso wie konservative Medien, die bisher die *Lava Jato*-Heldensaga verbreitet hatten, personelle Konsequenzen forderten, konnte da ruhig ignoriert werden.

Dabei reißt die Serie an Enthüllungen durch *The Intercept* seither nicht ab. Bekannt wurde mittlerweile, dass Verfahren gegen Ex-Präsident Cardoso und Präsidentensohn Flavio Bolsonaro bewusst verschleppt wurden. Details über Absprachen zwischen den *Lava Jato*-Ermittlern und dem US-Justizministerium haben bereits eine Gruppe von demokratischen US-Abgeordneten zu einer offiziellen Anfrage bewogen. Ein Ex-US-Botschafter in Brasilien gab zu, dass wirtschaftsstrategische Überlegungen bei der Unterstützung der *Lava Jato*-Ermittlungen seitens der US-Regierung eine Rolle gespielt haben.

Die Farce um Lulas Verurteilung geht indes weiter: Das Recht auf Überstellung in Hausarrest wurde mit der Auflage einer Kaution von € 1,1 Millionen zuletzt praktisch verweigert. Immerhin: Der Oberste Gerichtshof hat ebenfalls kürzlich entschieden, dass aufgrund von Kronzeugenaussagen Angeklagten besondere Verfahrensrechte eingeräumt werden müssen. Das könnte in eine Aufrollung zahlreicher Urteile in der *Lava Jato*-Kampagne münden.

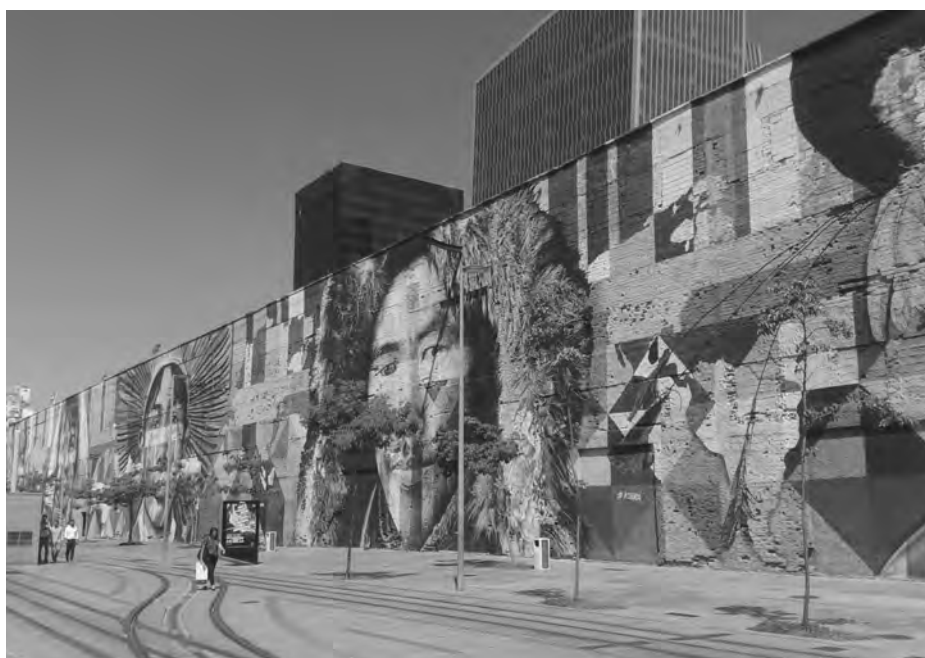
Jürgen Kreuzroither

## RIOS HAFEN ZWISCHEN DEN ZEITEN

Auf den Spuren „Kleinafrikas“ in Porto Maravilha

Seit 2011 finden im ehemaligen Hafengebiet von Rio de Janeiro umfangreiche „Revitalisierungsmaßnahmen“ statt. Sie ereignen sich unter dem euphemistischen Projektnamen „Porto Maravilha“ (Wunderbarer Hafen). Dabei handelt es sich um ein Infrastruktur- und Immobilienprojekt, das sich vornehmlich an die weiße brasilianische Mittelschicht und ausländische Touristen richtet. Welche Räume konzidiert Rios Stadtverwaltung Personen afrobrasilianischer Herkunft bei diesem Vorhaben?

Von Clemens van Loyo (Text und Fotos)



Wandbild Etnias: Inspiriert vom Mythos der brasilianischen Rassendemokratie?

Bereits im November 2009 wurden die rechtlichen Grundlagen für das Hafentransformationsprojekt *Porto Maravilha* gelegt. Aus ethischer und menschenrechtlicher Sicht von Bedeutung für den Ausgang der daran anschließenden „belebenden Maßnahmen“ ist deren Auswirkung auf Rios afrobrasilianische Gemeinschaft, zumal sie die Mehrheit der im Hafengebiet lebenden Bevölkerung stellt. Sie unterläuft in ihren Praktiken und Diskursen den offiziellen Diskurs der Stadtverwaltung zu Porto Maravilha. Thematisch und geographisch beziehen sich diese Praktiken und Diskurse auf das sogenannte „Kleine Afrika“ (*Pequena Africa*).

„Kleinafrika“ ist ein historisch und symbolisch aufgeladener Begriff für das Hafenviertel, der territorial in etwa deckungsgleich mit dem Gebiet von Porto

Maravilha ist. Er geht zurück auf die über zweihundertjährige Präsenz afrobrasilianischer Traditionen und Widerstandspraktiken in Saúde, Gamboa, Santo Cristo, den von Porto Maravilha am meisten betroffenen Stadtteilen. Im Zuge der Redemokratisierung, hundert Jahre nach dem Verbot der Sklaverei in Brasilien, wurde in der brasilianischen „Bürgerverfassung“ von 1988 die afrikanische Kultur zum Thema gemacht, insbesondere in ihren Kämpfen um Anerkennung, die sie mit der weißen, zumeist katholisch geprägten Elite ausfocht. Narrative des Widerstands finden sich in Liedern, Gedichten und Erzählungen der Sambaspieler und Chronisten zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Ausdruck afrobrasilianischer Identität.

Allerdings ist der Begriff „Kleines Afrika“ umstritten, da er Gedanken an

weiter Seite 28 ⇨

## ⇒ von Seite 27: RIOS HAFEN ZWISCHEN DEN ZEITEN

Homogenität und Authentizität hervorruft. Kleinafrika war und ist ein Ort territorialer und sozialer Dispute verschiedener ethnischer und religiöser Gruppen: heute von brasilianischen MigrantInnen aus dem Nordosten und Nachfahren von Portugiesen, Spaniern, Italienern; früher von Arabern und Juden. Nicht jedes Fest oder jeder Samba, der dort gefeiert oder gesungen wird, muss traditionell und historisch verbürgt sein. Auch hierbei unterliegt Kleinafrika dem Wandel der Zeit und Vorlieben.

Ende des 20. Jahrhunderts fingen die afrobrasilianischen Akteure im Hafenviertel an, sich auf Kleinafrika als Legitimationsort für ihre Herkunft und Handlungen zu berufen. Zum Beispiel übernahmen Rios Obdachlosenbewegungen Symbole und Diskurse der Sklaverei, um ihre Forderungen für sozialen Wohnungsbau durchzusetzen. So kam es im Hafenviertel zu mehreren Besetzungen leerstehender Gebäude durch Obdachlose, die sich auf die abolitionistische Bewegung und emanzipative Persönlichkeiten der afrobrasilianischen Geschichte bezogen: etwa die Besetzung *Quilombo das Guerreiras*, *Chiquinha da Gonzaga*, *Zumbi dos Palmares* oder *Machado de Assis*. Der Begriff *quilombo* bezeichnete während der Sklaverei einen Zufluchtsort für entflohene Sklaven. Heutige städtische *quilombos* machen zwar Anleihen bei den Nachfahren ehemaliger entlaufener Sklaven, verwenden den Begriff aber als Metapher. Wichtig sind den urbanen *quilombos* die Bezüge zum afrikanischen Widerstand, zum Aufstand und Heldentum, aber auch zur Kreativität und Lebensfreude. Etliche Akteure des Hafenviertels berufen sich auf Kleinafrika: die Karnevalszüge der *Afoxé Filhos de Gandhi* und *Prata Preta* genauso wie die Verbliebenen der selbsternannten *quilombos* von der *Pedra do Sal*, die derzeit um territoriale Anerkennung kämpfen und sich in einem Wohnungskampf mit dem Franziskanerorden auf dem *Morro da Conceição* befinden.

### Von Passos zu Paes

Was hat dies mit dem Hafenprojekt von Porto Maravilha zu tun? Einiges, denn Porto Maravilha eignete sich den Begriff Kleinafrika unter touristischen und kommerziellen Vorzeichen an und machte ihn so zum Bestandteil des Projektes, das auf die Verwertung kulturhistorischer Ge-

denkstätten zielte. Bis zur „Wiederentdeckung“ des Valongo-Kais, des in amtlicher Diktion „goldenen Schatzes“, spielte Kleinafrika keine Rolle in der Vermarktungsstrategie von Rios Stadtverwaltung. Eine vermeintliche Wiederentdeckung des afrobrasilianischen Erbes suggeriert fälschlicherweise, dass dieses Erbe lange verschüttet und im Alltag der Menschen nicht präsent gewesen sei. Erst jetzt sei es gelungen, das Erbe freizuschaukeln. Der gleiche Diskurs vertritt die Ansicht, dass die Region gut einhundert Jahre – also zwischen den „Stadtverbesserungen“ der Bürgermeister Francisco Pereira Passos (1902-1906) und Eduardo Paes (2009-2016) – eine kulturelle und menschliche Leere aufgewiesen habe, weder Geschichte, Tradition noch „zivilisiertes“ Leben kannte.

Unter den falschen Zuschreibungen und der langen Nichtbeachtung konnte sich ein alternativer geschichtlicher Diskurs mit kulturellen Praktiken entwickeln, abseits von jenem, der die Hafenzonen als heruntergekommenen Sozialraum schildert. Für die Stadtverwaltung war es jedoch wichtig, das Hafengebiet als degradierten Raum zu beschreiben, um damit den moralisch-ethischen Rahmen für die Notwendigkeit der Revitalisierung zu schaffen. Dass das Hafengebiet Leben, Kultur und Geschichte hatte und hat, ist leicht zu zeigen. Es ist nicht nur Wiege des *Samba* und des *Capoeira* an der *Pedra do Sal*, sondern Ort sozialer Errungenschaften, Gründungsstätte der ersten Gewerkschaften, in denen Schwarze akzeptiert wurden und zu Führungspersonalitäten heranwachsen, sowie Territorium von Rebellionen gegen staatliche Autorität. Kurzum, ein Gebiet voll Leben und Geschichte, unterschiedlicher Glaubensrichtungen und Festlichkeiten.

### Rundgang der gelenkten Erinnerung

Rios ehemaligem Bürgermeister Eduardo Paes zufolge lebe die „Hafenrevitalisierung nicht nur vom Straßenbau als vielmehr vom Aufleben der Erinnerung“. Daher hat seine Stadtverwaltung im November 2011 den „Historisch-archäologischen Rundgang zur Feier des Afrikanischen Erbes“ ins Leben gerufen. Doch wer verordnet das Gedenken und welche AkteurInnen sind beteiligt? Um das zu beantworten, muss man sich die Erinnerungsstätten ansehen. Ihre Auswahl und Darstellung sind umstritten.

Beim *Jardim Suspenso do Valongo*, dem Valongo-Garten, den Paes im Geiste von Pereira Passos 2012 wiedereröffnet hatte, erinnert die Stadtverwaltung zwar an das Gebiet des Valongo und an die umliegenden Masthäuser für die geschwächten Sklaven. Unerwähnt bleibt, dass der 1903 von Pereira Passos angelegte Garten den Zweck hatte, den Sklavenhandel und den naheliegenden Valongo-Kai vergessen zu machen. Es wird nicht erwähnt, dass anstelle des Gartens dort vorher große Sklaven-Verkaufshäuser standen, die man abriß, um auf deren Schutt die „Hängenden Gärten“ zu errichten. Das Erinnern bleibt widersprüchlich. Es ist ein Erinnern, um zu vergessen. Gegenwärtig erobert sich die Natur den Garten zurück. Die Stadtverwaltung hat bisher nicht daran gedacht, dem Ort Namen und Gedenktafel zurückzugeben.

Auf die selektive Auswahl der Stätten verweist Claudio Honorato, Historiker und Mitarbeiter des *Instituto Pretos Novos* (IPN). Er fordert ein viel größeres Gebiet und zusätzliche Gedenkstätten für den Rundgang. Etwa die Lazarette, in die man Neuankömmlinge steckte, die zwar krank waren, aber für die Sklavenarbeit noch „verwendbar“ erschienen. Honorato bietet in Zusammenarbeit mit dem IPN seine eigenen Begehungen an. Auch die Historikerinnen Hebe Mattos und Martha Abreu haben sich 2014 mit ihrem Projekt „Gegenwärtige Vergangenheiten“ (*Passados Presentes*) des Themas angenommen und 19 repräsentative Orte für einen Rundgang aufgestellt. Sie erweitern den Rundgang um festliche und religiöse Elemente, konzentrieren sich auf Samba- und Capoeira-Stätten, aber auch auf das literarische Vermächtnis der Hafenregion, indem sie das Geburtshaus von Machado de Assis von der Favela der Providência in ihre Rundgänge miteinbeziehen. Sie interessieren sich für die Zeit nach der Abschaffung der Sklaverei, als die ehemaligen Sklaven begannen, sich in Gewerkschaften zu organisieren. Eine ähnliche Stoßrichtung verfolgt seit 2017 die Journalistin und Aktivistin von Rios afrobrasilianischer Bürgerrechtsbewegung Gabriele Roza, die mit ihrer interaktiven App „Museum von Gestern“ (*Museu do Ontem*) die vorherrschende Lesart der Sklaverei als Teil einer überwundenen Gesellschaftsordnung durchbricht, Ausformungen der heutigen Sklaverei betrachtet und die Ungereimtheiten und Korruptionsvorfälle zu Porto Maravilha recherchiert.

Ein weiterer Kritikpunkt an dem institutionalisierten Rundgang der Stadtverwaltung ist dessen Titel. Dieser erscheint fragwürdig, wenn nicht gar zynisch: „Feier des Afrikanischen Erbes“, ohne Hinweis auf das Leiden der afrikanischen Sklaven, ohne Hinweis auf die städtischen *quilombos*, die zur Kultur und zum Alltag der Hafengebiet gehörten, ehe sie im Zuge der „Revitalisierungsmaßnahmen“ geräumt wurden. Dem Besucher, der Besucherin wird mit dem Rundgang ein weißes, eurozentrisches Bild vom afrikanischen Erbe vermittelt.

Ein wiederkehrendes Problem der Gedenkorte sind die fehlenden Hinweisschilder bzw. deren beklagenswerter Zustand. Der Ort des Valongo-Kais spiegelt die Überlagerung und Sedimentierung historischer Diskurse zur Sklaverei. Der Kai wurde zwei Mal umgestaltet: zunächst bei der Ankunft der Kaiserin Teresa Christina 1843 in Rio de Janeiro, als der transatlantische Sklavenhandel in Brasilien seit 1831 bereits offiziell verboten war und man die „Episode“ kurzerhand mit einem neuen Platz überbaute. Und ein weiteres Mal bei den „Stadtverschönerungsmaßnahmen“ des Bürgermeisters Pereira Passos 1903, als man das Ende der Monarchie und den Beginn der Republik zelebrierte.

### Formen und Grenzen der Erinnerung

Der Valongo-Kai wird indes selten genutzt: von afrobrasilianischen Bewegungen nur bei einigen wenigen Ritualen wie der Reinigung (*Lavagem*) des Kais durch *Candomblé*-Gruppen und bei religiösen Prozessionen im Laufe des Jahres. Er ist, ebenso wie die anderen Orte des Rundgangs, noch kein lebendiger Erinnerungsort. Obwohl er seit 2017 zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört, beinhaltet er keine Dokumentation des transatlantischen Sklavenhandels, verfügt über keine pädagogische Aufbereitung in Gestalt einer Bibliothek oder eines Informationszentrums. Für gewöhnlich wird er von TouristInnen und Schulgruppen besucht, denen erklärt wird, dass Rio de Janeiro weltweit der größte Umschlagplatz für den globalen Sklavenhandel war und über 700.000 afrikanische Sklaven über den Kai eingeschifft wurden. Über den Beitrag der afrikanischen Kulturen zur heutigen brasilianischen Gesellschaft, über ihre Feste, ihre Lebensfreude, ihr Essen, ihre Art von Gemeinschaftlichkeit wird bei solchen Führungen kaum etwas berichtet.



Hängender Garten von Valongo, April 2019

Die Begehungsorte sind geographisch auf einen kleinen Ausschnitt von Kleinafrika beschränkt. Das verdeutlicht das Interesse der Stadtverwaltung, das afrobrasilianische Gedenken zeitlich und territorial zu begrenzen. Es erlaubt eine bessere Kontrolle nicht nur der Gedenkstätten, sondern des Diskurses überhaupt. Schließlich könnten sich neue Forderungen von Seiten der afrobrasilianischen Bewegungen ergeben, die unangenehm für die Stadtverwaltung wären.

Neben den von der Stadtverwaltung gewährten Räumen der Erinnerung und besagtem Rundgang gibt es im Hafenviertel aufrührerische Räume der afrobrasilianischen Kultur. Die Räume haben zumeist keinen physischen Bestand, sind kurzlebig und aktionsbezogen. Sie zielen, anders als die von oben dirigierte Erinnerungspolitik der Stadtverwaltung, auf die Formierung von Subjektivität und Selbstermächtigung ab. In Schreibwerkstätten des „Museums für afrobrasilianische Geschichte und Kultur“ im Stadtteil Gamboa wird dem Gegendiskurs Raum gegeben. Dort geht es um Reflexion durch Schreibebeit, Aufarbeitung rassistischer Traumata und darum, sich von dem Leid durch körperliche Praktiken wie lautes Schreien und gegenseitiges Umarmen zu lösen. Durch das gegenseitige Vorlesen von Texten, die von Ungerechtigkeiten durchzogenen Gesellschaft erzählen, werden solche Räume zu Quellen der Anerkennung und des Aufbegehrens sowie zu Erfahrungsorten afrikanischer Vorgeschichte.

Auf dem medialen Vorzeigebild von Porto Maravilha, der *Praça Mauá*, Rios neuem Postkartenmotiv, findet das afrikanische Erbe keine Erwähnung, obwohl die Gegend um den Platz noch vor dem Gebiet um den Valongo der Einschiffung der Sklaven diente und damit eigentlich ein Ort der afrobrasilianischen Erinnerungskultur wäre. Seltsamerweise befindet sich

an der *Praça Mauá* eine Plakette im Gedenken an die Ankunft der Bahai-Religion in Brasilien. Gleichwohl ist das afrobrasilianische Erbe oftmals gar nicht materialisiert und örtlich fixiert. Es zeigt sich in Geschichten, Ritualen und im Alltäglichen.

### Rückkehr autoritären Denkens

Fragwürdig ist, dass sich Bürgermeister Paes als „Entdecker“ gibt, als derjenige, der es mit Porto Maravilha erst möglich gemacht habe, dass man auf den „Sklavenkai“ von Valongo gestoßen sei. Das zeigt: Die angeschlagene Rhetorik einer „Eroberung und Entdeckung der Vergangenheit“ ist besser geeignet, die Erinnerungsstätten für ökonomische Zwecke zu instrumentalisieren, als ein die Vergangenheit aufrüttelnder Diskurs. Paes' politisches Gebaren steht im Licht der positivistisch kodierten Nationalflagge Brasiliens und ihrer patriotischen Lesart: „Vorwärts Brasilien“, *Pra frente, Brasil!* Das Wissen, dass im Gebiet des Valongo die Anlegestelle für Sklavenschiffe war, ist nicht neu. Es offenbart die Gleichgültigkeit und Unempfindlichkeit vorangegangener Stadtregierungen für die afrobrasilianische Bevölkerung und die Unfähigkeit, sich der sklavistischen Vergangenheit zu stellen. Stattdessen entstand mit dem Wandbild *Etnias* für die Olympischen Sommerspiele 2016 ein romantisierendes und Ungleichheit nivellierendes Wandgemälde, offenbar inspiriert vom Mythos der brasilianischen Rassendemokratie.

Auf diskursiver Ebene ist Porto Maravilha bisweilen erfolgreich. Dabei bestätigt sich ein bekanntes Verfahren von Rios machtvolleren Elite. Indem sie sich bei der Bezeichnung des Projekts einer realitätsfernen Übertreibung hingibt, wendet sie eine Strategie an, die den Hafen von vornherein mit einer Diskursivität ausstattet, die nicht hinterfragt werden darf. Kontroversen sollen im Keim erstickt werden, mit dem Hinweis darauf, dass die „Wunderbare Stadt“ nun einmal einen „Wunderbaren Hafen“ brauche. Somit begründet „das Wunderbare“ den Hafen auf einer metaphysischen Ebene und lässt den profanen Kritiker als Nörgler und schlechten Patriot erscheinen. Aus dem Slogan der brasilianischen Militärdiktatur: „Brasilien, liebe oder verlasse es“ wird sodann „Rio, liebe oder verlasse es“. In Zeiten von Bolsonaro & Co kein unwahrscheinliches Szenario. ■

Der Autor ist Postdoktorand am Amerika-Institut der LMU München. Er forscht in und über Rio de Janeiros Hafengebiet.

## NACH DER WAHL IST VOR DER WAHL

**S**inceramente. Aufrichtig. So lautet der Titel des im April erschienenen Buches von Ex-Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner (CFK). Bei ihrer Tour durch das Land, sei es in Buenos Aires, Mendoza, Mar del Plata oder Santiago del Estero, wurde schnell klar: CFK kann (immer noch) Menschen mobilisieren. Tausende strömen zu ihren Veranstaltungen im ganzen Land, und das Buch ist bereits in der 2. Auflage erschienen. CFK ist zurück auf der höchsten politischen Bühne des Landes. Seit dem Regierungswechsel 2015 wurde über ihre mögliche Rückkehr spekuliert. Dies schien aber lange Zeit mehr als unsicher: Korruptionsvorwürfe gegen Cristina und hochrangige MitarbeiterInnen ihres Kabinetts flauten nach dem Verlust bei den Präsidentschaftswahlen 2015 medial nie ganz ab, die Affäre rund um den Tod des Sonderstaatsanwaltes Alberto Nisman im Jänner 2015 schwebt bis heute als nicht restlos aufgeklärt über ihrer Regierungszeit (2007-2015), und das Ende ihrer Amtszeit war von einer Wirtschaftskrise geprägt. Diese und andere Faktoren ließen eine erneute Kandidatur von CFK fast unmöglich erscheinen.

### Die „Fernández-Fernández-Formel“

Schließlich erfolgte Anfang Mai 2019 etwas, das der Historiker Fernando Manuel Suárez als eine Kombination aus politischem Mut und Kalkül beschreibt<sup>1</sup>, beides Attribute, die Cristina seit Beginn ihrer politischen Karriere charakterisieren. Alberto Fernández, der ehemalige Kabinettschef von Néstor Kirchner (2003-2007), stellte sich als Spitzenkandidat der *Frente de Todos* vor, einer Allianz von Mitte-Links-Parteien, mit CFK als Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin. Mutig war es deshalb, da einerseits Alberto Fernández in der Vergangenheit öffentlich als scharfer Kritiker von CFK aufgetreten war<sup>2</sup> und andererseits, da ein erneutes Antreten von CFK für ein so hohes Amt auch auf allgemeine Ablehnung stoßen hätte können. Doch die Entscheidung für die auf Social Media-Plattformen groß propagierte „Fernández-Fernández-Formel“ war – zumindest nach den bisherigen Reaktionen – richtig. Indem sich Cristina nicht in die allererste Position stellt, nimmt sie Wind aus den Segeln ihrer zahlreichen Kritike-

Aus den Vorwahlen vom 11. August ging das peronistische Bündnis „Frente de Todos“ mit einem Vorsprung von 15 Prozentpunkten gegenüber der Regierungskoalition „Juntos por el Cambio“ von Präsident Mauricio Macri als Sieger hervor. Damit katapultierten sie Argentinien nicht nur in die Schlagzeilen zahlreicher Medien weltweit, sondern auch in eine noch tiefere Wirtschaftskrise. Der argentinische Peso verzeichnete den höchsten Tagesverlust seit der Staatskrise 2001/02, die Inflation liegt bei über 50% und die Arbeitslosenrate steigt weiter massiv an. Die Vorwahlen waren ein Stimmungstest vor den Präsidentschaftswahlen am 27. 10., bei denen es zur Rückkehr der PeronistInnen und ihrer Mitte-Links-Allianz in die Casa Rosada kommen könnte.

Von Laurin Blecha



Können Alberto Fernández und Cristina ihren Erfolg aus den Vorwahlen wiederholen?

rInnen, die ihr Machtbesessenheit vorwerfen, und kann ihre Basis mobilisieren, um für die „größere Sache“ zu kämpfen: den Wiedereinzug in die *Casa Rosada*.

Vor allem im Vergleich mit Mauricio Macri wirkt die Fernández-Fernández-Formel überraschenderweise „erfrischend“ und „neu“, obwohl die Regierungskoalition *Cambiamos*<sup>3</sup> („Wandel“) sich 2015 als Bewegung abseits der traditionellen Parteien durchaus erfolgreich vermarktete. Nicht zu vergessen sind etwa die Zugewinne von *Cambiamos* bei den Wahlen zum Senat und Kongress im Oktober 2017. Aber schon vor den Vorwahlen standen die Prognosen für eine Wiederwahl Macris im Oktober 2019 schlecht, doch lehnte er es ab, einer potenziellen parteiinternen Nachfolgerin, der aktuellen Gouverneurin der Provinz Buenos Aires, María Eugenia Vidal, Platz zu machen. In dieser so wichtigen Provinz bringt sich derzeit der ehemalige Wirtschaftsminister von CFK, Axel Kicillof, als Nachfolger Vidals in Stellung.

Kicillof, enger Vertrauter von CFK, der sich als Wirtschaftsminister ihrer Regierung im Streit mit den so genannten Geierfonds aus den USA mit seiner harten, unachgiebigen Verhandlungstaktik einen überregionalen Namen gemacht hat, versteht es ähnlich wie CFK, sich öffentlich in Szene zu setzen. Spekulierte wurde auch, dass er das Erbe von CFK antreten könnte. Im Moment scheint er jedoch den wichtigen Gouverneursposten der Provinz Buenos Aires, ein politisches Sprungbrett in Argentinien, im Auge zu haben. Bei den Vorwahlen erreichte Kicillof fast 50%, Vidal blieb mit etwa 32% weit hinter ihm.

### Die Geister von 2001/02

Die Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierung ist schon seit langem stetig gewachsen, weil ihre anfangs propagierten Pläne, das Land wirtschaftlich auf Erfolgskurs zu bringen, gescheitert sind. Die unternehmensfreundliche Politik Macris setzte vor allem auf Investitionen aus dem

Ausland. Makroökonomisch verfolgte die Regierung eine klassisch neoliberale Handels- und Finanzpolitik, bei der die Aufhebung der Devisenkontrollen eine große Rolle spielt. Dies führte jedoch dazu, dass der argentinische Markt mit ausländischen Produkten geflutet wurde und lokale Arbeitsplätze (etwa in der Industrie, aber auch im Einzelhandel) verloren gingen und auch Kleinunternehmen nicht mit den ausländischen Produkten konkurrieren konnten. Devisen erhofften sich die neoliberalen Köpfe rund um Macri aus den gelockerten Konditionen für ausländische Investoren beim Erwerb von Land sowie aus dem Export von Agrarprodukten. Exportsteuern auf landwirtschaftliche Produkte (wie Weizen und Mais) wurden abgeschafft. Auch erwartete man sich Einnahmen durch den Ausbau der Erdöl- und Gasproduktion in *Vaca Muerta*, wo ökologisch umstrittene fracking-Methoden zum Einsatz kommen (siehe Heft 2/2019).

Medienwirksam setzte sich Macri gern bei Staatsbesuchen in Szene, etwa jenem von Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2017 – der erste solche Besuch seit 15 Jahren – oder beim Besuch von US-Präsident Obama im März 2016.

Das größte Problem eines stetig steigenden Defizits mit dem Ausland konnte jedoch dadurch nicht gelöst werden, ver-

Mrd. Dollar umfasste. Mit dieser „Jahrhundertschuld“ waren Einsparungen in vielen Bereichen verbunden, besonders im öffentlichen Sektor, was längerfristig dem Konsum schadete. Die wirtschaftliche Situation verschlechterte sich dennoch zusehends, sodass sogar der IWF in einem Bericht anmerkte, dass seine Politiken in Argentinien nicht den erwünschten Effekt hatten. Unruhe machte sich erneut breit, da die Staatskrise 2001/02 vielen ArgentinierInnen nur zu gut in Erinnerung ist. Ein ähnliches Szenario scheint möglich, besonders wenn das vorhandene Kapital weiter ins Ausland geschafft wird und damit der Staat und seine Institutionen die Kontrolle über die Kapitalflucht (75 Mrd. US-Dollar unter Macri) verlieren.

## Die doppelte Wiederwahl

Nicht unter Kontrolle sind auch seit langem die Inflation, die derzeit bei über 55%<sup>4</sup> liegt, die hohe Arbeitslosigkeit und vor allem die stetig wachsende Armut. Wie dies eine neue Regierung unter Alberto Fernández in den Griff bekommen will, ist noch fraglich. Der Ökonom Alan Cibils sieht derzeit zwei Szenarien: Im Falle einer Wiederwahl Macris wird längerfristig die Sparpolitik nicht ausgesetzt werden, auch wenn der Präsident vor kurzem Erleichterungen für die Mittelklasse versprochen hat.

Diese sind eher kurzfristige Maßnahmen, unter ihnen ein 90-tägiges Einfrieren der Benzinpreise und ein einmaliger Bonus von 5.000 Pesos (~80€) für Staatsangestellte. Cibils meint, dass es unter Macri längerfristig zu einer noch stärkeren Privatisierung des Sozialsystems und einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes kommen würde. Letzteres würde vor allem die Erosion von Arbeitsrechten betreffen, die jetzt schon von GewerkschaftsvertreterInnen angeprangert wird.

Bei einem Sieg der Fernández-Fernández-Koalition soll laut CFK ein „*contrato social de ciudadanía responsable*“<sup>5</sup> kommen. Diese „Sozialpartnerschaft“ ähnelt einem Modell, das bereits unter Juan Domingo Perón und dem einflussreichen Unternehmer José Ber Gelbard in den 1950er Jahren für wirtschaftliche Stabilität sorgte. CFK setzt somit auf die Kooperation von UnternehmerInnen, ArbeiterInnen

und den Gewerkschaften<sup>6</sup>. Diese pragmatische, moderate Wirtschaftspolitik vertritt auch Alberto Fernández, der innerhalb des *Partido Justicialista* als Zentrist gilt und sowohl Gehör bei radikalen, alternativen Strömungen als auch konservativeren Teilen der Partei findet.

Ein Erfolg von Macri und seiner Allianz *Juntos por el Cambio* im Oktober ist – trotz des Debakels vom August – genauso wenig ausgeschlossen wie ein Erdrutschsieg von Alberto Fernández. Der Kurssturz des Peso könnte Macri nützen, um verlorene Wählerstimmen oder WechselwählerInnen doch wieder auf seine Seite zu ziehen, vor allem wenn freundliche Medien, wie *Clarín*, ihn dabei unterstützen. Auch muss und wird sich CFK ihrer eigenen Vergangenheit stellen müssen. Die Manipulationen von Statistiken unter ihrer Amtszeit sind ein auf Dauer nicht zu ignorierendes Thema, ebenso wie die Aufarbeitung möglicher Korruptionsfälle. „Argentinien ist das Land, in dem sich alle zehn Minuten etwas verändert und zehn Jahre später gar nichts.“ Dies meinte vor kurzem der Journalist Fernando Rosso<sup>7</sup>. Noch ist nicht entschieden, was in Argentinien am 27. Oktober passieren wird.

**Nachtrag der Redaktion:** Der Beitrag wurde vor dem Regierungsdekret vom 1. Septembe verfasst, mit dem Macri einen drastischen Kurswechsel vollzogen hat. Danach müssen große Exporteure künftig für den Kauf von Fremdwährungen und die Überweisung von Devisen ins Ausland eine Erlaubnis der Notenbank einholen; Privatpersonen dürfen monatlich höchstens 10.000 US-Dollar kaufen. Inzwischen ist Alberto Fernández klarer Favorit für den Wahlsieg und dürfte Macri ab dem 10. Dezember im Präsidentenamt beerben. ■

<sup>1</sup> <https://nacla.org/news/2019/06/03/audacity-and-calculations-cristina-kirchner>

<sup>2</sup> Siehe etwa: [https://www.clarin.com/politica/video-crudo-analisis-alberto-fernandez-gestion-cristina-kirchner\\_3\\_2NkSA5u\\_L.html](https://www.clarin.com/politica/video-crudo-analisis-alberto-fernandez-gestion-cristina-kirchner_3_2NkSA5u_L.html)

<sup>3</sup> Seit 2019 *Juntos por el Cambio*

<sup>4</sup> <https://www.reuters.com/article/us-argentina-bonds/is-the-clock-ticking-again-for-argentine-debt-ask-the-imf-idUSKCNIV61P1>

<sup>5</sup> <https://www.pagina12.com.ar/192714-sinceramente-por-cristina-kirchner>

<sup>6</sup> <https://nacla.org/news/2019/06/21/another-imf-bailout-argentina-part-1>

<sup>7</sup> <https://nuso.org/articulo/argentina-polarizacion-y-extremo-centro/>



Axel Kiciloff, peronistischer Hoffnungsträger

schlimmerte sich sogar noch. Ein erneuter Zahlungsausfall (*default*) stand im Raum und Macri wendete sich schließlich im Februar 2018 an den Internationalen Währungsfonds (IWF). Nach Abschluss der Verhandlungen gab dieser Mitte Juni 2018 den größten je in seiner Geschichte an einen Staat gewährten Kredit frei, der 57

# EIN PROZESS DES WANDELS MIT WIDERSPRÜCHEN

Wenn in Bolivien am 20. Oktober gewählt wird, geht es darum, ob Präsident Evo Morales noch einmal eine absolute Mehrheit für seinen „proceso de cambio“ bekommt. Während anderswo Wege aus tiefster Wirtschaftskrise gesucht werden und politische Umstürze zur Debatte stehen, ist Bolivien relativ stabil. Dabei war das Land im Herzen Südamerikas vor anderthalb Jahrzehnten noch dessen notorisches Armenhaus und galt lange als Prototyp politischer Instabilität. Was läuft dort anders? Eine Bilanz mit Licht und Schatten.

Von Robert Lessmann, La Paz/Wien

Seit seiner Unabhängigkeit (1825) hatte Bolivien mehr Regierungen, als Jahre ins Land gingen. Manchmal mehrere an einem Tag. Zuletzt war das in der Zeit der Militärdiktaturen (1964-81) so, wo manche Juntas nur zwei Wochen hielten und die einzige Präsidentin des Landes, Lidia Gueiler, nach einem halben Jahr von ihrem eigenen Cousin aus dem Amt gepuscht wurde. Auch die nachfolgende Epoche der Demokratisierung ab 1982 war mit ihren Megakoalitionen nur vordergründig stabil. Mehrheiten zwischen 20 und 30 Prozent reichten zur Präsidentschaft. Die ökonomische Basis des Modells bestand in ausländischer Entwicklungshilfe (um die zehn Prozent des BIP), bescheidenen Renten aus den Rohstoffexporten und beträchtlichen Einnahmen aus dem Kokaingeschäft.

Das änderte sich mit dem Erdrutschsieg von Evo Morales und seiner MAS (*Movimiento al Socialismo*) im Herbst 2005, wo zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert mit 54 Prozent eine absolute Mehrheit zustande kam (bei den 82 Prozent von 1956 war auch Wahlbetrug im Spiel) und nur mehr eine der Altparteien die Dreiprozenthürde überspringen und politisch überleben konnte.

## Erlebnisorientierter Umgang mit dem Wählervotum

Seitdem hat die MAS alle Wahlen und Abstimmungen (und es waren viele) stets mit absoluter Mehrheit gewonnen, bis zum Referendum vom 21. Februar 2016 (F21), wo sich die Bolivianerinnen und Bolivianer mit knapper Mehrheit (51 Prozent) gegen eine Änderung des Artikels 168 der neuen Verfassung von 2009 aussprachen, der nur eine Wiederwahl in direkter Folge erlaubt. Die MAS ließ dieses Votum durch ein Urteil des Obersten Gerichtshofs kippen, welches das aktive und passive Wahlrecht höher bewertete (siehe z.B. Heft

1/2018). Seitdem protestiert die Opposition unter dem Signum F21.

Sollte die MAS die Wahlen gewinnen, so wäre es für Morales sogar die vierte Amtszeit, denn die erste 2006-2009 zählt man nicht mit, da sie noch unter der alten Verfassung stattfand. In der Tat finden viele Bolivianerinnen und Bolivianer dieses Vorgehen unangebracht. Andererseits ist Morales nach wie vor populär und gilt als charismatische Ausnahmeerscheinung, der es gelingt, die Vielzahl von sozialen und indigenen Bewegungen unter einen Hut zu bringen.

Die Opposition fürchtet sich zu Recht vor ihm. Zwar ist diesmal mit dem honorigen Historiker und Journalisten Carlos D. Mesa ein ausgesprochenes Schwergewicht als Spitzenkandidat im Rennen. Doch auf ihm lastet der Umstand, dass er Vizepräsident der verhassten neoliberalen Regierung „Goni“ Sánchez de Lozada (2002-2003) war. Unbewiesen sind Vorwürfe, er hätte seinerzeit für seine Kandidatur eine halbe Million Dollar erhalten, entkräften konnte er sie allerdings auch nicht. Umfragen sehen Morales bei 39, Mesa bei 22 und Ortiz bei 9 Prozent der Stimmen. Die Hoffnungen der Opposition ruhen auf der Möglichkeit einer Stichwahl, bei der sich dann die Unzufriedenen hinter ihrem Kandidaten versammeln würden. Andererseits bestehen Zweifel, ob Morales kompetent genug wäre, gegebenenfalls eine Koalitionsregierung anzuführen. Bolivien könnte in offenen Autoritarismus taumeln.

## Tektonische Verwerfungen und sterile Diskurse

Dabei sind inhaltliche Unterschiede eher klein. Abgesehen vom F21-Protest ist die Opposition uneins und hat nicht wirklich etwas zu bieten. Carlos D. Mesa steht auch nicht für eine Rückkehr zum *ancien regime*. Zwar will er Beziehungen zu Washington wieder aufnehmen, lehnt aber

Reprivatisierungen ab. Wichtige Weichenstellungen für die Politik der MAS-Regierung erfolgten bereits während seiner Amtszeit als Interimspräsident: die Volksabstimmungen des Jahres 2004 über eine Verfassungsgebende Versammlung und die Nationalisierung der Kohlenwasserstoffressourcen. Da passt es ins Bild, dass der öffentliche Wahlkampf nur auf Sparflamme läuft (Stand Anfang August). Das sollte aber nicht über tektonische Verwerfungen hinwegtäuschen. Da sind zunächst die Abstiegssängste von KleinbürgerInnen, die es gewohnt sind, großbürgerlich zu leben. Sie fühlen sich vom Aufstieg der Unterschichten bedroht und pflegen teilweise sehr aggressive Anti-Regierungs-Diskurse, zum Beispiel jenen vom „*narco-gobierno*“, der durch nichts untermauert ist – nicht einmal vom Drogenbericht des US-Außenministeriums. (Der brasilianischen PT ist die Feindschaft der Mittelschicht zum Verhängnis geworden.)

Schmerzlicher noch mag der Verlust der Linksintellektuellen sein. Eine der wichtigsten Oppositionskräfte ist die *Universidad Mayor de San Andrés* mit ihren 80.000 Studenten, aus der auch die wichtigsten Intellektuellen der Regierung hervorgegangen sind. Widersprüche der Regierungspolitik und zunehmend sterile Diskurse werden dort scharf kritisiert. Die Replik, es handle es sich dabei um „*la derecha*“ (die Rechte), ist eines jener sterilen Stereotypen, die an der Realität vorbei gehen. Real sind dagegen neue Allianzen zwischen der MAS und einer aufstrebenden Mestizen-Bourgeoisie und ein Stillhaltepakt mit den (Großgrundbesitzer-)Eliten im Tiefland. Die Landreform liegt dort auf Eis. Sogar der Anbau von genmanipuliertem Soja ist (entgegen der Gesetzeslage) geduldet. Der oppositionelle Halbmond aus den Tieflanddepartments existiert heute nicht mehr. Umfragen zufolge gewinnt die Opposition nur mehr das Departement Tarija, während andererseits die MAS im Hochland Verluste einstecken muss. Neben neuen Klassenallianzen sind dafür auch demografische Verschiebungen ausschlaggebend: die Abwanderung proletarisch-indigener Arbeitskräfte zu den neuen wirtschaftlichen Gravitationszentren im Tiefland.

Wie ernst er die Konkurrenz nimmt, zeigt die Tatsache, dass Morales mit Oscar

Coca (der schon drei verschiedene Ministerämter bekleidete), Juan Ramón Quintana (schon vorher zweimal *Ministro de la Presidencia*) und dem wiedergewählten Superminister für Wirtschaft und Finanzen, Luis Arce Catacora, drei politische Schwergewichte zurück ins Kabinett holte. Darüber hinaus setzt man im Wahljahr auf Frauenthemen (gegen *feminicidios*) und hat eine unentgeltliche Gesundheitsversorgung eingeführt, was ohne Schaffung der nötigen Infrastruktur die Krankenhäuser an den Rand des Kollaps gebracht und die Ärzte in den Streik getrieben hat. Im Übrigen betont man eine wirtschaftliche und soziale Erfolgsbilanz, die sich sehen lassen kann.

ben; er liegt heute bei umgerechnet gut 200 €; desgleichen eine Mindestrente, deren Ausschüttung sich zwischen 2008 und 2014 um zwei Drittel erhöht hat. 2,2 Millionen Familien kommen in den Genuss einer Schuljahresabschlussprämie (27 €), die Schulbesuchsquote liegt bei 98 Prozent. Ein Mutter- und Kind-Bonus dient als Anreiz, in die Schwangerschaftsberatung und zur Nachbetreuung zu gehen. Schließlich wird ein konjunkturabhängiges 14. Monatsgehalt ab Wachstumsraten von 4 Prozent ausbezahlt.

Das alles hat dazu geführt, dass 1,7 Millionen Menschen aus der Unterschicht in die Kategorie „gefährdete Mittelschicht“ aufgestiegen sind und die extreme Armut

porteure unter den Preiseinbrüchen, konnte sie aber bisher durch den gestärkten Binnenmarkt abfedern. Allerdings kann man bei den wichtigsten Abnehmern, Brasilien und Argentinien, heute nicht mehr auf das Entgegenkommen befreundeter Regierungen setzen.

Der wirtschaftliche Extraktivismus findet seine Entsprechung in der Arbeitswelt. In den Metropolregionen (La Paz, El Alto, Cochabamba, Santa Cruz) sind die Arbeitseinkommen um 44 Prozent gestiegen. Dadurch ist die städtische Mittelschicht mit ihrer Nachfrage nach Wohnraum und Dienstleistungen angewachsen. Die Einkommenssteigerung ist aber nicht von einer Änderung der Produktionsstruktur begleitet. Vorherrschend sind Arbeitsplätze niedriger Qualität hinsichtlich Stabilität der Beschäftigung, sozialer Absicherung, der Länge der Arbeitstage. In den Metropolregionen zahlen nur 19 Prozent der Beschäftigten in den Pensionsfonds ein, 28 Prozent sind krankenversichert, nur 29 Prozent haben einen Arbeitsvertrag. Seit 2001 unverändert arbeiten 58 Prozent im informellen Sektor. Frauenlöhne liegen durchschnittlich 44 Prozent unter denen der Männer.

Im Bergbau sind die oftmals gewalttätigen Dauerkonflikte zwischen *cooperativistas* und Arbeitern der staatlichen COMIBOL Ausdruck einer nicht bewältigten Erblast des Neoliberalismus. Dabei stehen 7.500 COMIBOL-Arbeitern und 8.000 im privatwirtschaftlichen Sektor 119.000 *cooperativistas* gegenüber; obwohl sie im Verband FENCOMIN organisiert sind, handelt es sich zumeist nicht wirklich um Kooperativen, sondern um Arbeiter, die nach dem Niedergang des Bergbaus auf eigene Rechnung weitermachen.

Ein großes Versprechen der „Regierung der sozialen Bewegungen“ war die Emanzipation der indigenen Bevölkerungsmehrheit: In der Tat nennt sich Bolivien nach der Präambel der Verfassung von 2009 „plurinationaler Staat“ und diese Verfassung berücksichtigt indigene Rechte wohl so breit wie keine andere – einschließlich der Definition indigener Autonomien. Doch zehn Jahre nach ihrer Verabschiedung gibt es bei 36 indigenen Völkern nur zwei formale indigene Autonomien. Was es gibt, ist eine stärkere soziale Mobilität für indigene Individuen im Rahmen des Nationalstaats, aber keine Zunahme an Autonomie indigener Gemeinschaften. Nicht zuletzt bleibt die Umweltpolitik hinter den Diskursen von *pacha-*



Der Autor mit bolivianischer Begleiterin vor dem Hauptgebäude der Uni La Paz

## „It's the economy, stupid“

Mit der Nationalisierung der Kohlenwasserstoffressourcen am 1. Mai 2006 hat man sich von chronischen Defiziten und Rekordverschuldungen verabschiedet, wurde Geld in die Staatskassen gespült. Seit 2005 ist das Bruttoinlandsprodukt um 327 Prozent angewachsen; die Einnahmen aus Erdöl und -gas von 247 Mio. auf 2.883 Mio. USD. Vormalig auf Gedeih und Verderb von ausländischer „Entwicklungshilfe“ abhängig, liegt Bolivien heute bei den Devisenreserven im Verhältnis zur Wirtschaftskraft gleichauf mit Paraguay auf Platz zwei hinter Peru. Beim Wirtschaftswachstum teilt man sich Platz eins mit Uruguay. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre lag es bei 4 Prozent; für 2019 prognostiziert die CEPAL 4,4 Prozent.

Diese Einnahmen ermöglichten eine umfassende Sozialpolitik. Ein Mindestlohn wurde eingeführt und mehrfach angeho-

von 38 auf 18 Prozent gesenkt werden konnte; letztere betrifft noch immer zwei Millionen Menschen, aber das Ziel, sie bis 2025 ganz zu beseitigen, scheint erreichbar. Wirtschaftspolitisch bedeutet das eine deutliche Stärkung der Sparguthaben und der Binnenkaufkraft (2017 +7,2%). Und während andernorts mit vollen Händen Geld für singuläre soziale Wohltaten ausgegeben wurde, hält Bolivien Haushaltsdisziplin.

## Extraktivismus und kein Systemwandel

Das alles geschieht freilich auf der Grundlage des Extraktivismus: Der bolivianische Staat finanziert sich wie eh und je aus Exportabgaben für nicht erneuerbare Rohstoffe und ist nicht zum „Steuerstaat“ geworden. Die Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas ist sogar noch gewachsen und man leidet so gut wie andere Ex-

## KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen; deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika, Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin  
Tel: +49-30/789 913 61, Internet: <http://www.npla.de>  
E-mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de); als Email-Abo kann POONAL bei obiger Adresse gegen Spende bestellt werden.

### PUERTO RICO

#### Rücktritt des Gouverneurs nach Protestwelle

Als Gouverneur Ricardo Rosselló am 24. Juli seinen Rücktritt erklärte, brach auf den Straßen von San Juan Jubel aus. Seiner Entscheidung waren zweiwöchige Massenproteste von Puerto RicanerInnen auf der Insel und in den USA selbst vorausgegangen. Mit dem Slogan „Ricky renuncia“ hatte die Bevölkerung damit auf 889 Seiten geleakte Chatprotokolle reagiert, in denen Rosselló und enge Vertraute, darunter auch Mitglieder seiner Regierung, politische Rivalen, Feministinnen, queere Menschen, Opfer des Hurrikans Maria und andere verspottet und beschimpft hatten.

Angegriffen wurde auch die Organisation *Colectiva Feminista en Construcción*, die schon vor den geleakten Protokollen immer wieder vor Rossellós Villa demonstriert hatte, um auf die grassierende Gewalt gegen Frauen hinzuweisen. Puerto Rico verzeichnet die höchste Rate an Frauen über 14, die von ihrem Partner getötet werden. Das Frauenkollektiv nahm an vorderster Front an den Protesten teil, in deren Folge nun mit Wanda Vázquez zum zweiten Mal in der Geschichte der Insel eine Frau Gouverneurin ist. Zwar wird die bisherige Justizministerin wegen ihrer engen Verbindungen zu Rosselló kritisiert, doch zeigt sie sich Gesprächsbereiter als ihr Vorgänger.

Auch wenn die beleidigenden Botschaften die breite Ablehnung Rossellós durch die Bevölkerung ausgelöst haben, reichen die Wurzeln des Zorns über die politische Elite des Landes viel tiefer. Sie haben zu tun mit mehr als einem Jahrhundert einer kolonialen Beherrschung, zuletzt verschärft durch Privatisierungen und eine Austeritätspolitik angesichts der massiven Verschuldung der Insel, mit dem schlep-

penden Wiederaufbau nach dem Hurrikan Maria des Jahres 2017, mit konstanten Angriffen der Herrschenden. Wie Marisol Lebrón, Universitätsprofessorin und Autorin mehrerer Bücher über Puerto Rico, schreibt, waren die geleakten Chats für die Puerto RicanerInnen „nur die letzte Erinnerung an die vielen Formen, in denen ihr Leben entwertet und ihnen Zukunft verwehrt wird, sowohl durch die koloniale Herrschaft wie durch die Habgier lokaler Eliten“.

Zachary Kligler, *NACLA*

Zachary Kligler, *NACLA*

### HAITI

#### Proteste und Generalstreik

Inmitten einer erneuten innenpolitischen Krise haben Oppositionsparteien und Gewerkschaften Ende September zu einem Generalstreik aufgerufen, um den Rücktritt von Präsident Jovenel Moïse zu erzwingen. Die DemonstrantInnen werfen der Regierung Korruption und Versagen bei der Lösung der schweren wirtschaftlichen Krise des Landes vor.

Der Generalstreik war der vorläufige Höhepunkt einer fast dreiwöchigen Protestwelle. Auslöser war der schwere Treibstoffmangel, der die Menschen im ganzen Land seit geraumer Zeit belastet. Bislang hat die Regierung Moïse kein Konzept vorgelegt, um dieses Problem zu beheben. Die von oppositionellen Gruppen und Parteien ausgerufenen Demonstrationen verliefen vor allem in der Hauptstadt Port-au-Prince gewalttätig. Es kam es zu Plünderungen von Geschäften, der Blockade von Straßen und Barrikaden aus brennenden Reifen.

Im berühmten Armenstadtteil *Cité Soleil*, einer Gemeinde am nördlichen Rand der Stadt, griffen wütende Demonstranten einen Stützpunkt der Bereitschaftspolizei an und entwendeten Waffen, Munition, kugelsichere Westen und Bürogeräte. Im Stadtteil Jeremie im Süden der Hauptstadt zündeten militante Regierungsgegner Fahrzeuge von Ministerien an und in Petit-Goâve südlich der Hauptstadt setzten sie ein Gerichtsgebäude in Brand.

Während Präsident Moïse sich wiederholt weigerte, das Amt aufzugeben, haben

sich mehrere Bürgermeister und religiöse Vereinigungen dem Rücktrittsgesuch angeschlossen. Der Senator für den Verwaltungsbezirk Artibonit und ehemalige Regierungssympathisant Youri Latourtue rief die Bevölkerung auf, „die Barrikaden zu verteidigen“, sich zu organisieren und die Proteste fortzuführen, bis die Regierung fällt. Der Sieg sei nahe, so Latourtue, der 30. September werde als Anfang vom Ende der Regierung Moïse in die Geschichte eingehen. Die unlängst gegründete „Übergangskommission“, ein Bündnis oppositioneller Gruppen und Parteien, kündigte indes eine Verschärfung des Kampfes gegen Jovenel Moïse an.

Von Harald Neuber, *amerika21*

### MEXIKO

#### Freilassungen im Fall Ayotzinapa

Der mexikanische Richter Samuel Ventura Ramos hat 24 Lokalpolizisten freigelassen, die im Zusammenhang mit dem Verschwindenlassen der 43 Lehramtsstudenten aus Ayotzinapa im Bundesstaat Guerrero inhaftiert waren. Damit sind schon 77 von insgesamt 142 mutmaßlichen Tätern wieder aus der Haft entlassen worden.

Der Staatssekretär für Menschenrechte, Alejandro Encinas, kritisierte die Entscheidung des Richters als ordnungswidrig, da sie während der Feiertage stattgefunden hat. Außerdem sei der Richter im Justizsystem nicht registriert. Ramos hat bereits am 30. August den mutmaßlich wichtigsten Hintermann im Fall der 43 Lehramtsstudenten, Gildardo López Astudillo, alias El Gil, freigesprochen.

Encinas berichtete außerdem, dass gegen diejenigen Staatsbeamten, die ihre Verantwortung bei der Ermittlung nicht wahrgenommen haben, nun ermittelt wird: „Die Generalstaatsanwaltschaft soll den Ex-Generalstaatsanwalt, Jesús Murillo Karam, und Tomás Zerón de Lucio als damaligen Zuständigen für die Kriminalpolizei zur Rechenschaft ziehen“.

Sowohl Murillo Karam als auch Zerón wird Beweismanipulation im Fall Iguala vorgeworfen, um mit einer offiziellen Erklärung den Fall frühzeitig abzuschließen. Sie besagt, dass die 43 jungen Männer von Bundespolizisten an die Drogenbande *Guerreros Unidos* übergeben wurden. Drei Mitglieder der Bande sollen dann die Lehramtsstudenten auf einer Müllkippe lebend



verbrannt haben. Diese Version der Geschehnisse wurde dann offiziell als „historische Wahrheit“ verkündet.

Die Eltern der bis heute verschwundenen jungen Männer hatten sich am 11. September mit López Obrador getroffen und folgende Forderungen gestellt: Die Generalstaatsanwaltschaft soll seriös und gründlich in dem Fall ermitteln; es soll eine Zusammenarbeit zwischen ihr, der Bundespolizei und dem Militär stattfinden, um den Verbleib der 43 jungen Männer aufzuklären. Bei dem Treffen mit den Eltern gab Generalstaatsanwalt Alejandro Gertz Madero bekannt, dass die Ermittlungen in dem Fall Iguala neu beginnen werden. „Dabei werden die von den unabhängigen Experten vorgeschlagenen Ermittlungslinien übernommen“.

Die 43 Lehramtsstudenten sind in der Nacht zum 27. September 2014 in der kleinen Stadt Iguala von Bundespolizisten angegriffen und verschleppt worden. Seitdem fehlt von ihnen jede Spur.

*Leticia Hillenbrand, amerika21*

## KOLUMBIEN

### FARC-Mitglieder nehmen bewaffneten Kampf wieder auf

Ein kleiner Teil der ehemaligen kolumbianischen Guerilla FARC-EP hat am 29. August angekündigt, wieder zu den Waffen zu greifen. Dies sei die Antwort auf den „Verrat des kolumbianischen Staates an den Friedensverträgen“, die 2016 in Havanna unterzeichnet wurden.

Iván Márquez, der Anführer der Gruppe, verlas in Anwesenheit von etwa 20 Personen eine Erklärung, in der er das „Recht der Völker“ betonte, „den bewaffneten Kampf gegen die Unterdrückung“ aufzunehmen. Márquez war einer der FARC-Verhandlungsführer bei den Friedensgesprächen in Havanna. Er betonte, Ziel der Gruppe sei, einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit in Kolumbien zu schaffen. Begleitet wurde Márquez von den ehemaligen Guerillaführern Jesús Santrich und Hernán Darío Velásquez alias *El Paisa*, gegen die von der kolumbianischen Sondergerichtsbarkeit für den Frieden JEP ermittelt wird.

Die Gruppe kritisierte die ungebrochene Mordserie an sozialen Führungspersonen und entwaffneten ehemaligen KämpferInnen und nannte diese und weitere Probleme als Grund für die Rückkehr zum be-

waffneten Kampf. Márquez versprach zudem, gegen Korruption und Straflosigkeit kämpfen zu wollen.

Im Manifest der Gruppe heißt es, die neue Guerilla richte sich nicht gegen Soldaten oder Polizisten, die „die Interessen der Bevölkerung respektieren“. Die neue Organisation werde sich vielmehr gegen „die korrupte Oligarchie, Mafia und Gewalt“ zur Wehr setzen. Man werde zugleich einer neuen Strategie folgen und „nur auf Angriffe reagieren“. Auch wollen die Guerilleros von der umstrittenen Methode der Entführungen absehen, um Lösegeld zu erpressen.

Der Vorsitzende der Farc-Partei, Rodrigo Londoño, alias Timochenko, bat Kolumbien und die internationale Gemeinschaft um Vergebung für das Verhalten seiner ehemaligen Mitstreiter. „Jeder von uns fühlt Scham, denn wir haben gelernt, die Vereinbarungen zu erfüllen und die Versprechen zu halten“, sagte er in Bezug auf den Friedensprozess. In einer Mitteilung wies die Farc-Partei darauf hin, dass die Entscheidung der Dissidenten zur Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes die Vereinbarungen von Havanna verletze. Man teile „kein einziges Wort“ des von Márquez vorgetragenen Manifestes. Kolumbiens Präsident Duque hat indes einen Militäreinsatz gegen die Guerilleros um Márquez angekündigt.

## BRASILIEN

### Neue Spur im Mordfall Marielle Franco

In die Aufklärung des Mordes an der Politikerin der sozialistischen Partei PSOL Marielle Franco und ihres Fahrers Anderson Gomes in Brasilien ist Bewegung gekommen. Die Bundesbehörden in Brasília haben einen ersten möglichen Auftraggeber identifiziert, berichtet die Tageszeitung *O Globo*. Demnach liegen der Generalstaatsanwältin Raquel Dodge Hinweise vor, dass der Ex-Politiker der rechtskonservativen PMDB und suspendierte Berater des Rechnungshofes von Rio de Janeiro, Domingos Inácio Brazão, den Mord an der Afrobrasilianerin in Auftrag gegeben haben könnte. Franco und Gomes waren am 14. März 2018 im Zentrum von Rio erschossen worden.

Am 2. September beantragte Dodge den Zugang zu den kompletten Akten der ermittelnden Behörden von Rio de Janeiro.

Zuvor hatte der Oberste Gerichtshof (STJ) dem Antrag der Generalstaatsanwaltschaft stattgegeben, nachdem Rios Justizbehörden die Herausgabe verweigert hatten. Laut Dodge seien die lokalen Behörden einer Spur in Richtung Brazão nicht nachgegangen.

Brazão wird seit Langem verdächtigt, die Mordermittlungen behindert zu haben, indem er bewusst falsche Fährten legte. Dazu missbrauchte er Strukturen und Personal seines Kabinetts am Rechnungshof. Dies solle die Ermittlungen der *Policia Civil* auf falsche Fährten gebracht haben. Dabei waren Angehörige der Mordkommission der Polizei in die Verschleierung eingeweiht und dafür bezahlt worden, schreibt *O Globo*.

Nach den jüngsten Erkenntnissen gehen die BundesermittlerInnen nun von einer Verbindung zwischen dem suspendierten Ex-Berater des Rechnungshofes und der paramilitärischen Miliz namens „Büro des Verbrechens“ aus. Dieser werden Verstrickungen in Geldwäsche und Schutzgelderpressung sowie Auftragsmorde vorgeworfen – auch die an Franco und Gomes. Mitte März 2019 nahm die Polizei zwei Tatverdächtige fest, die der Miliz *Es-critório do Crime* angehörten. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt die zwei früheren Polizisten, die Schüsse auf Franco und Gomes abgefeuert zu haben.

Auf Nachfrage von *O Globo* bezeichnete Brazão die Anschuldigungen als „absurd“. Hinweise auf eine Verwicklung Brazãos in die Morde erhärteten sich jedoch im Februar dieses Jahres, berichtet das Nachrichtenportal UOL. Zuvor hatte die Bundespolizei im November 2018 Ermittlungen wegen Behinderungen der Justiz im Mordfall Franco aufgenommen. Auf Grundlage von Zeugenaussagen inhaftierter Mafia-Mitglieder beschloss der damalige Bundesminister für Sicherheit, Raúl Jungmann, die Hinweise zu verfolgen, wonach ein Netzwerk aus Mitgliedern des organisierten Verbrechens und der Polizei von Rio die Aufklärung torpedierte.

Brazão ist seit 1998 Abgeordneter der rechtskonservativen Partei PMDB in Rio de Janeiro. Im Zuge der *Lava Jato*-Ermittlungen wurde er der Entwendung öffentlicher Gelder 2017 überführt und von seinem Amt suspendiert.

Am 3. Oktober wurden weitere vier Personen festgenommen, die im Verdacht stehen, KomplizInnen von Ronnie Lessa zu sein, der als mutmaßlicher Täter bereits in Haft ist. *Mario Schenk, amerika21*

⇒ von Seite 35:  
KURZNACHRICHTEN

## PERU

### Machtkampf zwischen Präsident und Parlament

Im Machtkampf zwischen Präsident und Parlament scheint Staatschef Martín Vizcarra die Oberhand zu gewinnen. Nachdem der Präsident am 30.9. den Kongress aufgelöst und für den 26. Januar Neuwahlen ankündigt hatte, erklärten die meist oppositionellen Abgeordneten ihn für abgesetzt. Nun erhielt Vizcarra den Rückhalt von Armee und Polizei. In der Hauptstadt Lima und anderen Städten des südamerikanischen Landes gingen die Menschen für Vizcarra auf die Straßen.

„Der Oberkommandierende des Vereinten Kommandos der Streitkräfte und die Kommandeure des Heeres, der Marine, der Luftwaffe und der Polizei bekräftigen im Regierungspalast ihre uneingeschränkte Unterstützung der verfassungsmäßigen Ordnung und von Präsident Martín Vizcarra“, hieß es in einer Twitter-Kurzbotschaft der Regierung. Auch mehrere Regionalregierungen versicherten dem Präsidenten ihre Rückendeckung.

Die Krise in Peru nahm ihren Anfang, als Vizcarra die „verfassungsmäßige Auflösung“ des Kongresses verkündete. Das Parlament hatte zuvor versucht, neue Regeln für die Besetzung des Verfassungsgerichtes aufzustellen und Richter, denen zum Teil kriminelle Handlungen vorgeworfen werden, einzusetzen. Vizcarra warf Abgeordneten zudem vor, ein hartes Vorgehen gegen Korruption zu verhindern, um eigene wirtschaftliche Interessen zu schützen. Der Präsident hat nach Artikel 134 der Verfassung das Recht, das Parlament aufzulösen, nachdem es ihm mehrfach die Vertrauensfrage verweigert hat. Beobachter gehen daher davon aus, dass die rechte Parlamentsmehrheit den Eklat mit der wiederholten Verweigerung der Vertrauensfrage bewusst herbeigeführt hat.

Wenige Stunden nach der Auflösung votierte die Kongressmehrheit für die Suspendierung Vizcarras für zwölf Monate. Zugleich ließen die Abgeordneten Vizepräsidentin Mercedes Aráoz als „amtierende Präsidentin“ des Landes den Amtseid ablegen. Doch sie zogen im Machtkampf den Kürzeren. Am 26. Jänner 2020 werden Neuwahlen stattfinden.

Christian Kliver, *amerika21*

⇒ von Seite 33: BOLIVIEN

*mama* und *buen vivir* zurück; weithin findet sie einfach nicht statt. Das zeigt sich aktuell in Vorwürfen und Ängsten, die Regierung habe Bergbaukonzessionen ohne Umweltauflagen an zumeist chinesische Unternehmen vergeben und damit die ohnehin prekäre Trinkwasserversorgung von La Paz weiter gefährdet. Man verwaltet das Erreichte, pflegt sterile Diskurse ohne zukunftsweisende neue Ideen.

### „Wir haben letzte Nacht ein kleines Abenteuer erlebt“

Damit meinte Präsident Morales sein nächtliches Umherirren in den Wäldern um Roboré im brasilianisch-paraguayischen Grenzgebiet, wo er an Löscharbeiten im Trockenwald teilgenommen hatte. Im Wahlkampf sind solche Fernsehbilder hilfreich, auch wenn sie vor allem die Hilfslosigkeit der Löscharbeiten abseits einer entsprechenden Infrastruktur zeigen. Ein Amateurvideo zeigt den Präsidenten mit einer Handvoll Bauern im stockfinsternen Wald nach den ihn begleitenden Militärs rufen: „Donde están!“ Damit unterscheidet er sich wohltuend von seinem pöbelnden Amtskollegen aus Brasilia. Was sie indes wenig unterscheidet, ist die Philosophie und Praxis einer exportorientierten Landwirtschaftspolitik, die Kleinbauern dazu treibt, die *frontera agraria*, das landwirtschaftlich genutzte Gebiet, ständig weiter auszuweiten.

Kritikern daran begegnete der Vizepräsident bereits vor Jahren mit der Drohung, ihre NGOs zu verbieten. So erleichterte das Gesetz 741 vom September 2015 und zuletzt ein Dekret vom Juli 2019 (Brand-)Rodungen für Betriebe unter 20 Hektar Größe. Ob der MAS diese Mitverantwortung für den Verlust von vier Millionen Hektar Wald durch die Brände bei den Wahlen zum Verhängnis wird, ist zweifelhaft. Zwar liegt der Anteil der Unentschlossenen laut Umfragen bei über 20 Prozent, doch der Stellenwert der Umweltpolitik entspricht durchaus dem Umweltbewusstsein.

Wer im August 2019 erlebt hat, wie Patienten in den Krankenhäusern die Sanitätsfahrzeuge nicht verlassen konnten, weil Gänge und Treppenhäuser verstopft waren wie nach einer Katastrophe, der fragt sich nicht nur, ob das Wahlzuckerl *Sistema Único de Salud* (SUS) verantwortungsvoll ist (mit ganzen 200 Mio. USD Budget sollen 49 neue Krankenhäuser ge-

baut und 8.000 neue Ärzte eingestellt werden). Er oder sie mag sich auch fragen, ob man für ein so hohes Ziel nicht doch lieber weiter Erdöl- und -gas exportieren soll. Extraktivismus hin oder her: Beim wichtigsten wirtschaftlichen Hoffnungsträger, den Lithiumvorkommen, ist man bisher jedenfalls besonnen und langsam vorgegangen. Ob aus Behutsamkeit oder Unvermögen, es hat jedenfalls keinen Ausverkauf gegeben. Bei der Erschließung großer Eisenvorkommen im Tiefland ist man gar nicht voran gekommen. Große Infrastrukturprojekte wie eine Zugverbindung zwischen Atlantik und Pazifik wurden begonnen. Und am 10. März wurde die zehnte innerstädtische Seilbahnlinie für den öffentlichen Nahverkehr in La Paz in Betrieb genommen, eine weitere soll bis 2020 folgen. Der bolivianische Regierungssitz wird dann über ein 33 Kilometer langes Netz verfügen. Schon heute ist es das weltweit umfangreichste. Jüngst sind in Cochabamba Prototypen eines Elektroautos vorgestellt worden, *hecho en Bolivia*.

Inwieweit ist Bolivien von der Krise Venezuelas betroffen? Trotz der anfänglichen notorischen Präsenz von Hugo Chávez nach der Regierungsübernahme war die Bedeutung Venezuelas begrenzt. Auf intransparente Weise flossen Mittel für Infrastrukturprojekte im Rahmen eines Programms „*Evo Cumple*“. Nach der Nationalisierung der Kohlenwasserstoffressourcen hatte man aber schnell selbst genug Geld in den Kassen. Eine Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen weg von den USA und hin zu den Nachbarn – insbesondere Argentinien und Brasilien – hatte schon vor 2005 begonnen. Ein grundsätzlicher Systemwandel wurde nur ansatzweise in Angriff genommen. Was aber erreicht wurde, ist ein ungeahntes Maß an Konsolidierung und Selbstbestimmung. Ein Fanal dafür war der Hinauswurf des US-Botschafters im Jahr 2008. Das hätte sich wenige Jahre zuvor niemand träumen lassen. Und wenn man den Ausgangsstatus eines abhängigen „*aid regime*“ zum Maßstab nimmt, dann ist das eine ganze Menge. Der *proceso de cambio* wird in den kommenden Jahren allerdings eine inhaltliche und personelle Auffrischung benötigen, bevor er in Stillstand oder Rückschritt mündet. Von der bevorstehenden Wahl ist eine solche – so oder so – nicht zu erwarten. ■

Robert Lessmann ist Autor des Buches: „Das neue Bolivien“, Rotpunkt Verlag. Im August hat er in La Paz ein Postdoc-Seminar geleitet.



## BUCHBESPRECHUNG

## IMPULSE ZUR ERNEUERUNG AUS AMAZONIEN

**Erwin Kräutler: Erneuerung jetzt**  
**Impulse zur Kirchenreform aus Amazonien**  
 In Zusammenarbeit mit Josef Bruckmoser,  
 Tyrolia-Verlag, Innsbruck – Wien 2019,  
 160 Seiten, 19,95 Euro

Angesichts der jüngsten Aufsehen erregenden Brandrodungen im Amazonasgebiet am „Tag des Feuers“ verweist Erwin Kräutler in einem Interview auf die Mitschuld der Industrieländer an der Ausbeutung und Vernichtung des Regenwalds. „Die G7-Nationen und andere Staaten müssen sich auch fragen, inwieweit sie selbst an der Zerstörung mitschuldig sind. Wo gehen denn die illegal geschlagenen Hölzer Amazoniens hin? Und all die Milch- und Fleischprodukte, für die der tropische Regenwald abgebrannt wird?“ In dieser Rolle, als unermüdliche Stimme der „Leidensgeschichte Amazoniens“, ist der ehemalige Bischof der Prälatur Xingu vielen Menschen bekannt. Das genau zu seinem 80. Geburtstag erschienene Buch „Erneuerung jetzt. Impulse zur Kirchenreform aus Amazonien“ zeigt uns jedoch auch eine weniger bekannte Seite des Autors: Erwin Kräutler als Berater des Papstes und Mitglied des Vorbereitungsteams für die im Oktober stattfindende Bischofssynode „Amazonien: neue Wege für die Kirche und eine ganzheitliche Ökologie“.

Dabei geht es in diesem Buch nicht um eine protokollarische Darstellung des Vorbereitungsprozesses, sondern vielmehr um persönliche Erfahrungen, Eindrücke, Stimmungen und Hintergrundberichte zu verschiedenen Themen. Berührend ist eine Begegnung mit Papst Franziskus im Vatikan. Kräutler sah ihn bei einer Fastenpredigt und war überrascht: Plötzlich ging rechts vorne die Türe auf. Der Papst trat in die Kapelle und, statt sich auf den Thron zu setzen, nahm er in der ersten Reihe Platz. „Hoppla, sagte ich zu mir selbst, da

weht ja nun wirklich ein anderer Wind.“ Dieser Eindruck verstärkte sich während der Privataudienz. Franziskus entpuppte sich als ein aufmerksamer Zuhörer und Ermutiger. Am Ende des Gesprächs forderte er mutige Vorschläge zu den jeweiligen Anliegen. „Sean corajudos“ „Seien Sie kühn und verwegen in Ihren Forderungen!“

Und diese sind es! Geht es doch um eine Öffnung der Weiheämter. Kräutler plädiert für die Weihe von „Viri probati“, verheirateten Männern, zu Priestern. Dabei ist sein Hauptanliegen nicht die Abschaffung des Zölibats, sondern die Ermöglichung der regelmäßigen Eucharistie für alle Gläubigen. Denn in der derzeitigen Situation kann in 90 Prozent der Gemein-

den nur „ein, zwei, drei oder maximal vier Mal im Jahr die Eucharistie“ gefeiert werden. Das ist eindeutig zu wenig, zumal bei den Freikirchen der Pastor immer zur Stelle ist. Kräutler verwendet aber lieber den Begriff „Personae probatae“, da die meisten Aufgaben in den Gemeinden von Frauen erledigt werden. Für diese könne er sich aber – als ersten Schritt zur Gleichberechtigung – eine Diakonatsweihe vorstellen.

Interessant ist, dass bei dieser Diskussion um die Weiheämter weitere Österreicher entscheidende Beiträge liefern. Kräutler nennt namentlich den Wiener Pastoraltheologen Michael Zulehner und den Salzburger Bibelwissenschaftler Wolfgang Beilner. Letzterer habe – so eine kleine Anekdote – schon in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts auf die Frage seiner Studierenden, wann wohl auch in der katholischen Kirche die Priesterweihe für Frauen möglich wäre, geantwortet: in 70 Jahren! Das wäre dann 2030. Ein Anfang dazu könnte bei der Amazonassynode getan werden. Ein kleiner Schritt für die Zivilgesellschaft, aber ein Meilenstein für die katholische Kirche.

Wolfgang Schweiger

500 JAHRE  
KATHOLISCHE KIRCHE

**Johannes Meier: Die Stimme erheben.**  
**Studien zur Kirchengeschichte Lateinamerikas und der Karibik**

(Studien zur Außereuropäischen Christentumsgeschichte, Band 30) hrsg. von Annetegret Langenhorst, Christoph Nebgen et al.  
 Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2018,  
 324 Seiten, 50,40 Euro

Fragt man Johannes Meier, seines Zeichens emeritierter Professor für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte an der Johannes Gutenberg Universität zu Mainz, nach dem schönsten Moment in seinem Leben, dann nennt er spontan den 13. März 2013. Dies war der Tag, an dem Jorge Mario Bergoglio, der Kardinal „vom Ende der Welt“, zum Papst gewählt wurde. Bei dieser Wahl wurde nämlich auch in der amtskirchlichen Hierarchie Johannes Meiers größtes Anliegen berücksichtigt: die Überwindung des Eurozentrismus. Auf akademischer und wissenschaftlicher Ebene, insbesondere im Rahmen der Kirchengeschichtswissenschaft, ist es das Verdienst des Mainzer Theologen, diesen überwunden zu haben. Johannes Meier ist einer der ersten katholischen Kirchenhistoriker im deutschsprachigen Raum, der den Blick der Theologie auf globale Zusammenhänge und weltkirchliche Entwicklungen öffnet. Sein Fokus liegt dabei auf dem Entstehen und Werden der Kirche in Lateinamerika und in der Karibik.

Schon im Laufe des Studiums erwuchs das Interesse an Spanien und Portugal. Durch die „Eine Welt-Arbeit“ rückte Lateinamerika in den Fokus und sollte sein Forscherleben fortan prägen. 1980 konnte er als einziger europäischer Teilnehmer an einem Intensivkurs der „Studienkommission für Lateinamerikanische Kirchengeschichte“ über die Geschichte des Christentums in Lateinamerika unter der Leitung von Prof. Dr. E. Dussel teilnehmen. Über 30 Studien- und Forschungsaufenthalte folgten und ermöglichten ihm, vor Ort die lateinamerikanische Kirchengeschichte aus der Perspektive der Armen zu erforschen: ein nötiger befreiungstheologischer Perspektivenwechsel. Besonderes Interesse widmet er den Ordensgemeinschaften und Personen, die in diesem Prozess „die Stimme erheben“ und als innerkirchliche Mahner und Kritiker gesellschaftlicher Fehlentwicklungen auftreten.



⇒ von Seite 37: BUCH-BESPRECHUNGEN

Anlässlich des 70. Geburtstages von Johannes Meier erschien ein Band, der ausgewählte Beiträge aus dem Schaffen dieses engagierten Theologen und Kirchenhistorikers sammelt und zugleich einen Epochen übergreifenden Überblick zur lateinamerikanischen Kirchengeschichte darstellt. Dabei wird am Beispiel prophetischer Gestalten ge-



zeigt, was einmal möglich war, und auch wieder – in abgewandelter Form – möglich sein könnte. Im Sinne von Johann Baptist Metz könnte man auch von „gefährlichen Erinnerungen“ sprechen, die das Potenzial haben, die Kirche in ihrer je aktuellen Form und mit ihren je aktuellen Positionen durch ihre eigene Geschichte herauszufordern und in Frage zu stellen.

Die ausgewählten Aufsätze bilden einen Überblick über 500 Jahre Kirchengeschichte beginnend mit den ersten Bistumsgründungen und kolonialismuskritischen Stimmen eines Bartolomé de las Casas in seiner „*Historia de las Indias*“. Besonderes Augenmerk wird auch auf die Leistungen der Ordensgemeinschaften gerichtet. Erwähnt seien die Jesuitenmissionen mit ihrem landschaftsprägenden Gesellschaftsmodell der Reduktionen. Aber auch afrikanische Einflüsse auf das Christentum in Brasilien werden thematisiert. Mehrere Beiträge beschreiben die Zeit der Unabhängigkeitsbewegung, die Rolle der Kirche in Kuba, die spezielle Form der Kreuzestheologie und Kreuzesfrömmigkeit in Lateinamerika und schließlich das 20. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Befreiungstheologie. Ein Beitrag widmet sich dem Wirken von Don Sergio Mendez Arceo, dem Bischof von Cuernavaca in Mexiko, bevor dann die Umbrüche in Zentralamerika beschrieben werden. Ein Beitrag über die Menschenrechts- und Friedensarbeit der Katholischen Kirche in Lateinamerika seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil beendet das Buch. Die Beiträge sind „Best-Practice-Beispiele aus der Kirchengeschichte“ – zur Nachahmung empfohlen!

Wolfgang Schweiger

## WURZELN DES POPULISMUS

Ursula Prutsch:  
**Populismus in den USA und Lateinamerika**  
VSA-Verlag, Hamburg, 2019, 197 Seiten, 16,80 Euro



Populismus“ ist in aller Munde. Fast immer ist der Begriff negativ konnotiert. Der Populismusvorwurf gilt politischen Gegnern. Doch wird andererseits auch diskutiert, ob man erfolgreichen Rechtspopulisten nicht mit einem Linkspopulismus begegnen soll. Die Historikerin und *Lateinamerika anders*-Autorin Prof. Ursula Prutsch ist in ihrem Buch dem Phänomen auf der Spur und sagt – um die Quintessenz vorwegzunehmen –, es sei „keine Ideologie, sondern ein Bündel von Herrschaftselementen“. Und: „Es gibt keinen guten Populismus.“ Doch: Was ist Populismus?

Im ersten Kapitel versucht das Buch eine Begriffsklärung, werden die Herrschaftstechniken oder -elemente des Populismus beschrieben, ohne allzu tief in eine Theoriedebatte einzusteigen. Es ist mit wissenschaftlicher Gründlichkeit recherchiert, aber ist keine Wissenschaftspublikation im engeren Sinne, sondern in klarer Sprache gehalten und gut lesbar.

Sodann stellt die Autorin populistische Bewegungen und Präsidentschaften vor, die sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika ziehen, dem Mutterland des Populismus: von Andrew Jackson bis Donald Trump. Dieses Kapitel ist sehr hilfreich, um die historischen Wurzeln des Populismus zu verstehen. Doch schon da wird deutlich, dass nicht immer alle diese Bestimmungselemente auf alle Fälle zutreffen. Ist auch Bernie Sanders ein Populist? Schon gar nicht ist das in Lateinamerika so, wo Argentinien (Peronismus), Peru (Fujimori), Venezuela (Chávez), Ecuador (Correa) und Bolivien (Morales) vorgestellt werden; die beiden letzteren freilich etwas arg kursorisch.

Prutsch hat ein überaus kenntnisreiches und lesenswertes Buch vorgelegt, das nicht

zuletzt auch zum Nachdenken über die eigenen Populisten in Europa und hierzulande anregt.

Robert Lessmann

## ALPTRAUM IN CARACAS

Karina Sainz Borgo:  
**Nacht in Caracas**  
S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main, 2019, 220 Seiten, 21,60 Euro



Einige Episoden und Figuren des Romans lehnen sich an reale Vorfälle an, erheben jedoch nicht den Anspruch, Fakten zu sein“, warnt die Autorin im Nachspann ihres Buchs, das in den Feuilletons der deutschsprachigen Medien als *der* große Venezuela-Roman unserer Zeit gefeiert wird. Es geht um eine Verlagslektorin, erwachsene Tochter einer alleinerziehenden Mutter, die nach deren Tod ihrer Wohnung beraubt wird. In die Schilderungen der dramatischen Gegenwart werden immer wieder Erinnerungen an eine Kindheit in der Welt des vergangenen Jahrhunderts eingeflochten, als Venezuela noch prosperierte und alle ihr Auskommen hatten. Die deutsche Ausgabe erscheint in einer Zeit, da die Auseinandersetzungen zwischen einer rückwärts-gewandten, USA-hörigen Opposition und einem abgewirtschafteten sozialistischen Regime bis Europa vorgedrungen sind.

Nach der Lektüre des Romans muss man Venezuela für ein Land halten, wo ein außer Rand und Band geratenes Willkür-Regime alle verfolgt, die nicht für den Comandante stramm stehen oder auf oppositionelle Demonstranten eindreschen. Auch wenn man wenig Sympathie für den polternden Präsidenten Nicolás Maduro hegt, der seine eigene Unfähigkeit durch krude antiimperialistische Rhetorik zu verschleiern versucht, muss man den Plot einem Realitäts-Check unterziehen. Weder der Name des aktuellen Präsidenten noch der von Hugo Chávez kommen übrigens vor. Es ist immer nur vom *Comandante* oder *Presidente Comandante* die Rede. Seine militanten Anhänger werden als

## BIENNALE 2019: LATEINAMERIKA MIT LICHT UND BLÄSSE

– und eine Südtiroler Biwakschachtel am Meer

*Hijos de la Revolución*, „Söhne der Revolution“, etikettiert.

Willkür und Korruption auf dem Flughafen werden zutreffend geschildert, auch der Verlust der Rechtsstaatlichkeit und die Angst, nach Einbruch der Dunkelheit das Haus zu verlassen, beschreiben das Leben in Caracas und anderen Großstädten korrekt. Die Polizeigewalt gegen vermeintliche Regimegegner und das Wüten selbsternannter Revolutionäre sind ausreichend dokumentiert. Das trifft auch auf die Hyperinflation und die Schwarzhandelsmafia zu. Aber die Art und Weise, wie sich die Ich-Erzählerin nur über Leichenschändung und Annahme einer fremden Identität aus dem Lande schmuggeln kann, erinnert mehr an ein totalitäres Regime hinter dem Eisernen Vorhang, als an ein Land, aus dem in den letzten Jahren Millionen Menschen ungehindert geflüchtet sind: über die Landgrenzen wie auf dem Luftweg. Zu dick Aufgetragenes hinterlässt einen etwas flauen Nachgeschmack.

Ralf Leonhard

## PREISGEKRÖNTE LIEBESGESCHICHTE

Carlos Franz: *Das Quartett der Liebenden*  
Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/M., Wien,  
Zürich, 2019, 470 S., 26 Euro

Charles Darwin und der Augsburger Kunstmaler Johann Moritz Rugendas haben sich vor Erdbeben und Wettersturz am Aconcagua in eine Höhle geflüchtet, in der sie ein totes Inkamädchen entdecken. Ein Grab, eine Opferstätte. Wenige Minuten vorher hatte der Maler den Naturforscher noch umbringen wollen – aus Eifersucht. Nun verheißt er seine Staffelei und seine Farben, um sich und den schwächlichen Wissenschaftler am Leben zu halten. Eine Vierecks-Liebesgeschichte um eine bemerkenswerte Frau, bei der auch Alexander von Humboldt mitmisch, sowie deren alternder Gatte, ein kriegsversehrter Oberst. Gewürzt ist der Roman stellenweise mit knisternder Erotik sowie mit Disputationen zwischen der rein wissenschaftlichen Vernunft der Aufklärung (Darwin, Humboldt) und der Romantik (Rugendas) – schließlich geht es vor allem um Liebe. „*Si te vieras con mis ojos*“ (Originaltitel) erhielt den chilenischen Kritikerpreis sowie den Literaturpreis Mario Vargas Llosa.

Robert Lessmann



Foto: Robert Lessmann

Die „unterhaltsamste Biennale seit Jahren“, schrieb die Wochenzeitung *Die Zeit* und meint damit diplomatisch: die unpolitischste. Doch die 58. Biennale (11. Mai – 24. November 2019) von Venedig ist als Weltausstellung der bildenden Kunst schlicht zu groß, als dass es ohne politische Bezüge geht. Für Schlagzeilen sorgte *Barca Nuestra*: Der Schweizer Christoph Büchel hat das Schiff nach Venedig gebracht, mit dem im Jahr 2015 700 Menschen vor der libyschen Küste ertrunken waren. (Die Lega protestierte prompt – gegen das Wrack!) Gleich dahinter ragen überdimensionale, weiße Hände über der Marineeinfahrt zu den *Arsenale* aus dem Wasser – flehend, betend. Der kanadische Pavillon thematisiert das Leben der Inuit. Der afroamerikanische Altmeister Martin Puryear lässt sein Pferdegespann *New Voortrekker* mit naturgesetzlicher Sicherheit auf den Abgrund zufahren.

Im brasilianischen Pavillon wird mit *Swinguerra* eine populäre, zeitgenössische Tanzbewegung aus dem Nordwesten des Landes vorgestellt. Argentinien wartet mit einem überdimensionalen Tango-Tanzsaal auf. Dauergast Venezuela widmet sich in unruhigen Zeiten dem Thema Krieg und Frieden mit indigenen Bezügen. Äußerst pffrig und kulturkritisch thematisiert der peruanische Beitrag *Iquitos* die kommerzielle Exotisierung des Indigenen. Sehr sehenswert und zeitkritisch ist auch das chilenische *Museo de la Hegemonía*. Nach

vier Jahren Abstinenz lockt ein kubanischer Pavillon wieder viele BesucherInnen auf die Insel San Servolo, bleibt aber bis auf Eugenio Tibaldis Scherenschnitt aus Geldscheinen eher blass.

Auf dem Weg dorthin kommen die Besucher im Park von San Servolo am *Rifugio Günther Messner* vorbei, einer vielschichtigen Überraschung, die in gelungenem Kontrast zu manch opulenter Effekthascherei steht. Im Jahr 1972, zwei Jahre nach dem Tod des Namensgebers am Nanga Parbat, war die alpine Notunterkunft mit sechs Klappbetten auf 2.510 Metern Höhe am Hochferner in den Zillertaler Alpen aufgestellt worden, fast direkt an der Grenze. Hundert Jahre nach dem Vertrag von Saint-Germain erinnert sie in der Lagune von Venedig nicht nur an die Denkwürdigkeit solcher Grenzziehungen. Als offener Schutzraum kann das *Rifugio* als Ort der Zuflucht, der Migration, des Empfangs, des Austausches und der Überwindung von Grenzen gelesen werden. Es steht insofern auch als unausgesprochenes Manifest gegen die Politiken der Trumps und Salvinis dieser Welt. Die rote Metallbox wird vom Verein „Art in the Alps“, der Kuratorin Christiane Rekade und darüber hinaus von sechs jungen Künstlern bespielt. Sie soll anschließend noch an mehreren Orten in Südtirol zu sehen sein und wurde dafür vom *Messner Mountain Museum* ausgeliehen. Bravo.

Robert Lessmann